

Noch nicht genehmigt

Protokoll 14

Stadtratssitzung

Donnerstag, 24.08.2023, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr.....	863
2023.SR.0112.....	864
1 Begrüssung und Mitteilungen	864
2023.SR.000019	865
2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2023 (Protokoll 11 vom 01.06.2023)	865
2020.SR.000387	865
3 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl und Wahl von stellvertretenden Mitgliedern	865
2019.SR.000292	866
13 Motion Milena Daphinoff (CVP), Marieke Kruit (SP): Ein «Bänkli zum Brichte»	866
2019.SR.000297	867
14 Postulat Milena Daphinoff (CVP): Metroschlaufe durch die Länggasse.....	867
2019.SR.000294	870
15 Motion Milena Daphinoff (CVP): Innovative Lösungen für den öffentlichen Verkehr.....	870
2021.BSS.000091	872
4 Wohnstrategie der Stadt Bern: Umsetzung Massnahme 5.6; Verpflichtungskredit.....	872
2023.SK.000015	878
5 Grundstück 248/VI, Looslistrasse/Untermattweg, 3027 Bern: Kauf; Investitionskredit (Abstimmungsbotschaft)	878
2019.FPI.000091	880
6 Ersatz Telefonanlage: Ausrichtung der Telefonie auf das Projekt Digitaler Arbeitsplatz (DAP) 4.0 und das Programm Neue digitale Zusammenarbeit (NDZ); Investitions- und Verpflichtungskredit	880
2023.FPI.000039	882
7 WLAN: Lizenzierung und Rahmenvertrag; Investitions- und Verpflichtungskredit.....	882
2023.FPI.000041	883
8 IAM-Betriebsunterstützung: Software Assurance und Managed Services; Verpflichtungskredit.....	883
2020.SR.000074	885
9 Prüfung des Jahresberichts der Stadt Bern 2023: Auftrag an eine verwaltungsexternen Revisionsstelle.....	885
2022.SR.000084	886

10	Geschäftsreglement des Stadtrats (GRSR); Teilrevision; Änderungsantrag der Fraktion GB/JA! (Anna Jegher, JA!/Franziska Geiser, GB): Gestaltung des Geschäftsreglements gemäss «Sprachleitfaden Kommunikation und Geschlecht» sowie Änderungsantrag der Geschäftsprüfungskommission: «Klärung der Vorgehensweise bei der Traktandierung der dringlichen Interpellationen im Stadtrat sowie redaktionelle Korrekturen und Anpassungen des GRSR aufgrund der verschiedenen GRSR-Teilrevisionen im Jahr 2022»; 1. Lesung	886
	2000.GR.000398	893
11	Hochwasserschutz Aare Bern: Wasserbauplan «Gebietsschutz Quartiere an der Aare» und Ausführungskredit (Abstimmungsbotschaft)	893
	Die Sitzung wird unterbrochen um 18.58 Uhr	895
	Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.25 Uhr	896
	2000.GR.000398	897
	11 Fortsetzung: Hochwasserschutz Aare Bern: Wasserbauplan «Gebietsschutz Quartiere an der Aare» und Ausführungskredit (Abstimmungsbotschaft)	
	2023.TVS.0130	913
	12 Beschaffung eines neuen, kostengünstigeren Wartehallen-Typs; Nachkredit (Erhöhung Projektierungskredit)	
	2021.SR.000099	919
	16 Interfraktionelle Motion GB/JA!, GFL/EVP, SP/JUSO, AL/GaP/PdA (Eva Krattiger, JA!/Katharina Gallizzi, GB/Brigitte Hilty Haller, GFL/Timur Akcasayar, SP/Jemima Fischer, AL): Planung autofreier Bahnhofplatz jetzt an die Hand nehmen!	
	2021.SR.000100	924
	17 Interfraktionelle Motion GB/JA!, GFL/EVP, SP/JUSO, GLP/JGLP (Eva Krattiger, JA!/Katharina Gallizzi, GB/Brigitte Hilty Haller, GFL/Timur Akcasayar, SP/Michael Ruefer, GLP/Jemima Fischer, AL): Bollwerk: Boulevard statt Beton-Wüste	
	Verschobene Geschäfte	926
	Eingänge	926
	Schluss der Sitzung: 22.26 Uhr	927

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr

Stadtrat anwesend

Michael Hoekstra, Präsident

Yasmin Amana Abdullahi	Lionel Gaudy	Niklaus Mürner
Valentina Achermann	Franziska Geiser	Dominic Nellen
Janina Aeberhard	Thomas Glauser	Barbara Nyffeler
Timur Akçasayar	Claude Grosjean	Halua Pinto de Magalhães
Lena Allenspach	Lukas Gutzwiller	Simone Richner
Ruth Altmann	Bernadette Häfliger	Claudio Righetti
Ursina Anderegg	Erich Hess	Mirjam Roder
Mirjam Arn	Thomas Hofstetter	Michael Ruefer
Tom Berger	Matthias Humbel	Kurt Rüegsegger
Diego Bigger	Seraphine Iseli	Vanessa Salamanca
Lea Bill	Ueli Jaisli	Mahir Sancar
Laura Binz	Bettina Jans-Troxler	Judith Schenk
David Böhner	Anna Jegher	Sara Schmid
Michael Burkard	Raffael Joggi	Nicole Silvestri
Eva Chen	Nora Joos	Chandru Somasundaram
Francesca Chukwunyere	Barbara Keller	Ursula Stöckli
Dolores Dana	Fuat Köçer	Irina Straubhaar
Milena Daphinoff	Nora Krummen	Therese Streit-Ramseier
Sibyl Eigenmann	Anna Leissing	Bettina Stüssi
Vivianne Esseiva	Corina Liebi	Michael Sutter
Alexander Feuz	Maurice Lindgren	Johannes Wartenweiler
Jelena Filipovic	Matteo Micieli	Janosch Weyermann
Sofia Fisch	Szabolcs Mihalyi	Marcel Wüthrich
Katharina Gallizzi	Tanja Miljanovic	Paula Zysset

Stadtrat entschuldigt

Gabriela Blatter	Sarah Rubin	Florence Schmid
Ingrid Kissling-Näf	Salome Mathys	Lukas Wegmüller
Simone Machado		

Gemeinderat anwesend

Michael Aebersold FPI	Franziska Teuscher BSS	Marieke Kruit TVS
-----------------------	------------------------	-------------------

Stadtkanzlei anwesend

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Franck Brönnimann, Stv. Rats-Cornelia Stücker, Sekretariat weibel
--------------------------------	---

2023.SR.0112

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsident: Werte Stadträt*innen, liebe Gäste, die online zugeschaltet sind, werte Medienvertretende, ich begrüsse Sie zur zweiten Hälfte meines Präsidialjahrs. Ich hoffe, Sie haben schöne Sommerferien verbracht.

Es sind keine Rücktritte zu vermelden, dementsprechend auch keine neuen Mitglieder zu begrüssen. Auch in dieser Woche sind mir keine Geburtstage bekannt. Und dann wären wir noch bei den Mitteilungen. Heute während der Ratspause findet endlich wieder einmal das Aare-Schwimmen statt, nachdem es wetterbedingt und coronabedingt nicht stattfinden konnte. Also: Jene, die Abkühlung brauchen wegen dieses heissen Saals, haben während der Ratspause die Möglichkeit zum gemeinsamen Aare-Schwimmen. Weiter möchte ich noch mitteilen, dass nächsten Donnerstag, dem 31. August das sogenannte Treffen der Räte stattfindet, das heisst, das Treffen zwischen unserem Stadtrat und dem Burgergemeinderat. Es gibt von unserer Seite nur sehr bescheiden Anmeldungen. Ich bitte jene, die Zeit haben, sich doch dort anzumelden, damit wir auch entsprechend gut vertreten sind. Dann das obligatorische Badgen nicht vergessen. Für jede Sitzung muss ein- und ausgebadgt werden, auch bei der jeweiligen Pause. Und noch der letzte Hinweis: Wie immer müssen dringende Vorstösse bis um 21 Uhr und die übrigen Vorstösse bis um 21.30 Uhr bei Valentina Achermann eingereicht werden. Wir kommen zu den Ordnungsanträgen, bevor wir mit der Traktandenliste starten. Es geht um den Ordnungsantrag 1 des Büros bezüglich der reduzierten Debatte bei den Traktanden 13 bis 18. Wir stimmen ab.

Ordnungsanträge

<u>Nr.</u>	<u>Antragstellende</u>	<u>Antrag</u>												
	<u>Büro</u>	<p><u>Die Traktanden 13 – 18 werden unter folgender Verhandlungsordnung beraten:</u></p> <p>BERATUNG:</p> <table border="1"> <tr> <td>1</td> <td><u>Einreichende der Motion / des Postulats</u></td> <td><u>3 Min.</u></td> </tr> <tr> <td>2</td> <td><u>Fraktionserklärungen</u></td> <td><u>3 Min.</u></td> </tr> <tr> <td>3</td> <td><u>Einzelvoten</u></td> <td><u>1 Min.</u></td> </tr> <tr> <td>4</td> <td><u>Gemeinderat</u></td> <td><u>3 Min.</u></td> </tr> </table> <p>ABSTIMMUNG:</p> <p><u>Über die Erheblicherklärung der Motion / des Postulats</u></p>	1	<u>Einreichende der Motion / des Postulats</u>	<u>3 Min.</u>	2	<u>Fraktionserklärungen</u>	<u>3 Min.</u>	3	<u>Einzelvoten</u>	<u>1 Min.</u>	4	<u>Gemeinderat</u>	<u>3 Min.</u>
1	<u>Einreichende der Motion / des Postulats</u>	<u>3 Min.</u>												
2	<u>Fraktionserklärungen</u>	<u>3 Min.</u>												
3	<u>Einzelvoten</u>	<u>1 Min.</u>												
4	<u>Gemeinderat</u>	<u>3 Min.</u>												
	<u>Büro</u>	<u>Die Traktanden 19 und 25 werden auf eine spätere Sitzung verschoben.</u>												
	<u>Milena Daphinoff, Mitte</u>	<u>Die Traktanden 13-15 sind nach den Wahlen, Traktandum 3 zu behandeln.</u>												

Abstimmungen

2023.SR.0112: Antrag 1 Büro		
Annahme		
Ja	51	
Nein	1	
Enthalten	0	Namensliste 004

Präsident: Der Antrag ist angenommen. Wir kommen zum Antrag 2 des Büros. Es geht um die Verschiebung der Traktanden 19 und 25 auf eine spätere Sitzung.

2023.SR.0112: Antrag 2 Büro

Annahme

Ja 51

Nein 0

Enthalten 0

Namensliste 005

Präsident: Dieser ist angenommen worden. Wir kommen zum letzten Ordnungsantrag. Das ist der Ordnungsantrag bezüglich vorziehen der Traktanden 13 bis 15 gleich nach Traktandum 3. Wir stimmen ab.

2023.SR.0112: Antrag 3 Daphinoff

Annahme

Ja 27

Nein 25

Enthalten 2

Namensliste 006

Präsident: Der Antrag ist angenommen worden. Dann werden wir nach dem Traktandum 3 entsprechend mit den Traktanden 13 bis 15 weiterfahren.

2023.SR.000019

2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2023 (Protokoll 11 vom 01.06.2023)

Präsident: Wir kommen zum Traktandum 2. Das ist die Protokollgenehmigung des Protokolls 11 vom 1. Juni 2023. Es sind bei uns keine Änderungsanträge eingegangen. Ist das Protokoll bestritten? Das ist nicht der Fall. Dann gilt das Protokoll als genehmigt und ich danke den Verfasserinnen.

Stillschweigende Genehmigung

2020.SR.000387

3 Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl und Wahl von stellvertretenden Mitgliedern

Präsident: Wir kommen zum Traktandum 3. Das sind Ersatzwahlen. Für die zurücktretende Ursula Stöckli (FDP/JF) wird als neues Mitglied Thomas Hofstetter nominiert. Zweitens wird von der Fraktion für den zurücktretenden Thomas Hofstetter das stellvertretende Mitglied Ursula Stöckli nominiert – also eine Rochade. Und Nummer 3: Von der GLP/JGLP wird neu Irina Straubhaar als stellvertretendes Mitglied nominiert. Gibt es weitere Wahlvorschläge? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann würden wir in globo mittels Handheben abstimmen. Wer für diese Wahlvorschläge ist, stimmt Ja. Gibt es Enthaltungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann gratuliere ich herzlich zur Wahl in die neuen Funktionen.

Anträge

1.	FDP/JF	Für die zurücktretende Ursula Stöckli (FDP) nominiert die Fraktion FDP/jf als Mitglied Thomas Hofstetter (FDP).
2.	FDP/JF	Für den zurücktretenden Thomas Hofstetter (FDP) nominiert die Fraktion als stellvertretendes Mitglied FDP/jf Ursula Stöckli (FDP).
3.	GLP/JGLP	Als stellvertretendes Mitglied nominiert die Fraktion GLP/JGLP Irina Straubhaar (GLP).

Einstimmige Wahl

2019.SR.000292

13 Motion Milena Daphinoff (CVP), Marieke Kruit (SP): Ein «Bänkli zum Brichte»

Präsident: Wir sind jetzt bereits bei Traktandum 13. Das ist die Motion von Milena Daphinoff. Dort wird die Annahme als Richtlinie empfohlen. Eine Frage in die Runde: Ist diese Motion bestritten? Sie ist bestritten. Das Wort für die Einreichenden hat Milena Daphinoff.

Milena Daphinoff (Mitte) für die Einreichenden: Die Motion mit dem Titel «Bänkli zum Brichte», hat schon eine gewisse Vorgeschichte. Und sie sagt eigentlich nichts anderes, als dass wir möchten, dass an 1 Prozent all der Bänke, die auf städtischem Grund bereits stehen, ein Schild angebracht wird, das dazu auffordert, dass sich die Bevölkerung untereinander austauschen und miteinander plaudern soll. Jetzt denkt ihr euch: Ja, was soll das? Wieso muss man die Leute noch dazu auffordern? Aber es hat sich gezeigt – und das wurde gerade in der letzten Zeit auch durch ein paar Studien wieder belegt –, dass anhaltende soziale Isolation das gleiche Risiko birgt wie zum Beispiel das Rauchen von 15 Zigaretten am Tag. Vor diesem Hintergrund ist unsere Gesellschaft gefordert, etwas dagegen zu machen, gegen die Einsamkeit vorzugehen. Und das wäre eine sehr niederschwellige Methode nach einem Vorbild im englischsprachigen Raum, wo eine sogenannte Chat-Bank eingerichtet worden ist. Es kostet uns quasi nichts. Der Aufwand ist so gut wie gleich Null. Das Projekt liegt quasi schon in der Schublade, aus der man es herausziehen könnte. Daher sehen wir nur viele Vorteile und wenige Nachteile darin, der Bevölkerung auf eine charmante Art und Weise zu verstehen zu geben: Tausche dich doch mit deinem Nachbarn auf dem Bänkchen aus. Ob man das will, ist natürlich weiterhin den Einzelnen überlassen, aber es wäre ein Zeichen gegen die zunehmende Isolation in der Gesellschaft. Ich bitte euch in diesem Sinn, dieser Motion zuzustimmen. Besten Dank.

Präsident: Danke vielmals. Gibt es Fraktionsvoten? Alexander Feuz für die SVP.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Unser Fraktionssprecher ist noch nicht, er hat noch eine andere Verpflichtung. Darum springe ich rasch ein. Wir lehnen diesen Vorstoss ab. Damit wir uns richtig verstehen: Ich bin einer, der eigentlich gerne plaudert. Ich kann eigentlich überall plaudern, ob jetzt ein Bänkchen «zum Plaudern» angeschrieben ist oder nicht. Aber denkt daran, wir haben Ausländer, wir haben Leute, die teilweise nicht Deutsch können. Jetzt macht ihr da noch eine weitere Kategorie. Ich bin

Freund dieser Ruheabteile in der SBB, die man nicht als solche erkennt. Und etwas vom Schlimmsten: Wenn ihr irgendwie in einem Ruheabteil der SBB redet, wird plötzlich jemand extrem ärgerlich und sagt: Wird es endlich leise? Und die Person schreit das herum, dass alle, die schlafen, erwachen. Ich bin der Meinung, wir müssten hier keine besonderen Kategorien machen. Wir sollen reden miteinander. Wenn halt jemand reden will und vielleicht etwas leiert, dann geht man nachher weiter. Aber ich bin der Meinung, wir müssen hier nicht noch Extrakategorien von Bänken machen, auf denen man plaudern darf und Bänken, auf denen man nicht plaudern darf. Wir haben genug gesunden Menschenverstand. Ich bin ein freiheitlicher, ich würde sogar sagen libertärer Mensch, aber Bänke zum Plaudern, das geht zu weit. Denn plötzlich sagt jemand: Das Bänkchen, auf dem ich sitze, ist kein Plauderbänkchen. Hier darf man nicht plaudern. Ich will meine Ruhe haben, also bitte. Darum lehnen wir das ab.

Präsident: Danke vielmals, Alex. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint auch nicht der Fall zu sein Dann hätte das Wort der Gemeinderat. Er verzichtet. Dann wären wir hier für die Abstimmung bereit. Wir stimmen über die Motion als Richtlinie ab.

Abstimmung

2019.SR.000292: als Richtlinie		
Annahme		
Ja	62	
Nein	3	
Enthalten	0	Namensliste 007

Präsident: Sie haben dieser Bank zugestimmt. Wir kommen zum Traktandum 14.

2019.SR.000297

14 Postulat Milena Daphinoff (CVP): Metroschlaufe durch die Länggasse

Präsident: Es ist ein Postulat bezüglich Metroschlaufe durch die Länggasse. Auch hier hätte Milena Daphinoff das Wort.

Milena Daphinoff (Mitte) für die Einreichenden: Hier ist die Stadt aufgefordert worden, eine Prüfung zu machen, ob man die Länggasse auch mittels einer Metrolinie erschliessen könnte. Hintergrund davon ist natürlich, wie ihr wisst, die konstante Überlastung der Busse in der Länggasse und das mögliche Momentum des Umbaus des Bahnhofs Bern. Der Vorstoss ist entsprechend auch schon ein bisschen in die Jahre gekommen. Nichtsdestotrotz ist er zusammen mit der Motion, die nachher kommt, ein Päckchen, das den Gemeinderat auffordert, künftig bei all diesen Planungsgeschäften im öffentlichen Verkehr nicht nur in den traditionellen herkömmlichen Linien zu denken – und Linien wirklich im wörtlichen Sinn: Tramlinien oder eben Buslinien –, sondern vielleicht ein bisschen über den Tellerrand hinauszuschauen und auch zu prüfen, ob man nicht in die Höhe oder eben in die Tiefe bauen könnte, weil die Verkehrsflüsse zunehmen und wir sie entflechten müssen. Eine Variante, wie Städte – Lausanne zum Beispiel – das vormachen, ist eben eine Metro im urbanen Raum. Ich danke dem Gemeinderat für

die Prüfung und den Prüfungsbericht, der vorliegt. Ich bin nicht mit allen Punkten einverstanden. Zum Beispiel sagt er, dass man auch dann nicht um Busse herumkommen würde. Das habe ich auch in keiner Weise gesagt. Es wäre ein Nebeneinander. Der Bus wäre weiterhin für die kurzen Haltestellen zuständig. Aber für alle, die einfach von einem Ort bis zum Beispiel hinten zur Uni wollen oder nachher auch zum Vierer- und Mittelfeld wären nur 1, 2 Stationen nötig, und das wäre durchaus denkbar. Natürlich ist das etwas, das eine grössere Investition bedingen würde. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass man Metrooptionen prüfen sollte. Und es wird nicht gesagt, dass das die alleinige Variante sein soll. Wir akzeptieren den Prüfungsbericht, aber wir wünschen uns in Zukunft Offenheit bei verkehrsplanerischen Projekten, dass man nicht nur mit den bestehenden Scheuklappen oder in den bestehenden Silos denkt, sondern sich auch eine Metro weiterhin als Option offenhält. Bitte nehmt das Postulat an.

Präsident: Merci vielmals, Milena. Wir wären bei der Fraktionsvoten. Johannes Wartenweiler von der SP/JUSO-Fraktion.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Danke, Bettina, für das Ausdrucken der Unterlagen. Thema sind innovative Lösungen. Und ich finde, der Wunsch nach Innovation trübt manchmal den Blick für die Realitäten. Und ich glaube, der Vorstoss leidet ein bisschen unter dieser Krankheit. Was gibt es zu sagen? U-Bahnen sind extrem teure Infrastrukturbauten und lohnen sich erst ab einer gewissen Dichte. In der Stadt Bern wäre man wohl mit vielen leeren Wagen und leeren Stationen unterwegs, wenn man einen regelmässigen Takt haben müsste. Der RBS-Bahnhof ist als Sackgasse geplant. Das ist vernünftig. Ich glaube, man darf schon Utopien haben, aber bitte nicht umsetzen. Und zu den Seilbahnen: Die Schweiz ist ein Seilbahnparadies. Wir wissen, dass es sinnvoll ist, Hanglagen und Berge so zu erschliessen. Auch in verschiedenen Städten hat man sich inzwischen für dieses Verkehrsmittel entschieden, weil es mit bescheidenen Aufwänden zu installieren ist. Allerdings sind die Kapazitäten auch sehr begrenzt. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis, das es für das Inselspital haben sollte, wurde nicht untersucht. Bei der Zweckmässigkeitsbeurteilung (ZMB) ÖV-Insel ist das allerdings durchgefallen. Ich glaube, wir halten uns am besten an die laufenden Planungen und öffnen hier keine neuen Pfade, die Ressourcen verbrauchen, ohne dass sie zum Ziel führen. Wir lehnen diese Motion ab.

Präsident: Merci, Johannes. Als nächstes käme Alexander Feuz für die SVP. Ich wäre froh, wenn man sich schon bereitmachen würde, um zu sprechen, dann sind wir ein bisschen schneller.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ja gut, man weiss manchmal schon nicht, wie lange der Vorredner ist. Also, wie gesagt nur kurz zum Postulat. Wir sind hier kritisch. Die Prüfungsberichte können wir annehmen, aber es liegen ein paar Überlegungen vor. Wir sind gar nicht technologiefeindlich. Wir haben ja – Hans Ueli Gränicher und ich auch – noch einen Vorstoss gemacht, der grossmehrheitlich überwiesen wurde. Ich danke allen, die damals mitgemacht haben, dass man planerisch sicherstellt, den RBS-Bahnhof weiterzuziehen in Richtung Inselspital, Köniz. Das scheint mir sachgerecht. Zur Metroschleife: Dafür scheint mir der Abschnitt zu kurz. Wir sind auch für Untertunnelungen. Wir waren auch einmal für einen Vorstoss – den habt ihr hochkant versenkt –, als man gesagt hat, wir würden von der Laupenstrasse – hierbei hatte Hans Ueli Gränicher die Federführung – von der Laupenstrasse, vom Raum Hirschengraben allenfalls Richtung Reithalle weiterziehen, um die Sache zu entflechten, unterirdisch zu

machen. Das ergibt Sinn. Aber ich habe das Gefühl, die Länggasse hinauf – man muss auch sehen, eine Metro, tektonisch, dort mit den Bahngleisen etc. – ich habe das Gefühl, das ist wirklich der falsche Weg.

Präsident: Ich verstehe Alex fast nicht mehr.

Alexander Feuz (SVP) führt sein Votum fort: Ich bin bereits am Ende angekommen. Darum sind wir relativ kritisch. Um es zusammenzufassen: Wir sind der Meinung, dass die Metrovariante Länggasse nicht sinnvoll ist. Bei anderen Projekten waren wir immer dafür, aber hier ist auch tektonisch die Strecke zu kurz.

Präsident: Danke vielmals, Alex. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Dann wäre das Wort bei Frau Gemeinderätin Marieke Kruit. Es müsste sie noch jemand anmelden. Merci.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Herzlichen Dank und Entschuldigung für die Verspätung. Jetzt habe ich natürlich meine "Bänkli zum Brichten" verpasst, aber wie ich gehört habe, sind die ja durchgekommen. Ja, Herr Stadtratspräsident, geschätzte Stadträtinnen und Stadträte, der Gemeinderat unterstützt eigentlich grundsätzlich das Anliegen der Motionärin, mit der zunehmenden Verdichtung aber auch den zunehmenden und vielfältigen Bedürfnissen an öffentlichem Raum seien innovative Lösungen gefragt. Das Mobilitätsverhalten der Leute hat sich seit Corona deutlich verändert und das Ende ist noch nicht absehbar. Wie nachhaltig das dann sein wird, weiss ich nicht. Deshalb ist die Planung von ÖV-Projekten zurzeit besonders herausfordernd, und Lösungen, die aufwärtskompatibel sind, sind dringend nötig. Die Ergebnisse der ZMB Insel liegen seit dem Sommer vor. Auch in diesem Rahmen wurden verschiedene innovative Lösungen geprüft, wie beispielsweise ein sogenannter Automated People Remover, also eine horizontale Standseilbahn zur Beförderung von Personen. Die Variantenprüfung hat allerdings gezeigt, dass eine solche Lösung sowohl aus städtebaulichen als auch aus sicherheitstechnischen Gründen nicht umsetzbar ist. Der Medizinalstandort Insel wird in den nächsten Jahren sicher stark wachsen und damit natürlich auch das Verkehrsaufkommen in diesem Gebiet. Es hat sich gezeigt, dass bis zum Zeithorizont 2030 die Erschliessung mit 2 Doppelgelenklinien auf der Freiburgstrasse und auf der Murtenstrasse die beste Lösung darstellt. Das ist die Y-Lösung. Bei der ZMB zweite Tramachse liegt jetzt eben auch eine Grobbewertung vor. 3 Varianten sind jetzt in der Vernehmlassung. Wir sind natürlich gespannt auf die Rückmeldungen aus dieser Mitwirkung. Der Raum ist knapp und die Möglichkeit eben wirklich nur begrenzt. Noch kurz zur ZMB ÖV Köniz / Bern-Süd. Dazu ist ja vor einiger Zeit die Medienmitteilung raus. Es stellt sich hier die Frage, wie der Korridor Bern-Köniz-Schwarzenburg künftig mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen werden soll. In den letzten Monaten hat der Kanton gemeinsam mit allen betroffenen Partnerinnen und Partnern verschiedene Varianten intensiv geprüft. Jetzt liegen die Ergebnisse vor in einer Zweckmässigkeitsbeurteilung. Zwischen Juli und September läuft jetzt die Mitwirkung. Es zeigt sich, dass die Wahl der besten ÖV-Erschliessung auch stark von der erwarteten Mobilitätsentwicklung abhängig ist. Die ZMB hat wichtige Erkenntnisse geliefert und ist eine wertvolle Grundlage für die weitere Planung. Wertvoll ist, dass die ZMB Handlungsoptionen aufzeigt für unterschiedliche Mobilitätsentwicklungen, denn es ist noch nicht abzusehen, wie sich das Mobilitätsverhalten in den nächsten Jahren entwickeln und verändern wird.

Präsident: Danke vielmals, Marieke. Dann wären wir auch hier beschlussfähig. Wir stimmen über das Postulat ab.

Abstimmung

2019.SR.000294		
Ablehnung		
Ja	29	
Nein	37	
Enthalten	0	Namensliste 008

2019.SR.000294

15 Motion Milena Daphinoff (CVP): Innovative Lösungen für den öffentlichen Verkehr

Präsident: Das Postulat ist abgelehnt worden. Wir kommen zum Traktandum 15. Das ist die Motion «Innovative Lösungen für den öffentlichen Verkehr». Auch hier frage ich in die Runde, ob das bestritten ist. Das ist bestritten. Das Wort für die Einreichenden hat Milena Daphinoff.

Milena Daphinoff (Mitte) für die Einreichenden: Ich kann hier eigentlich nahtlos anknüpfen. Ich bin gefragt worden im Vorfeld, ob ich wandeln möchte in ein Postulat, aber es macht nur noch als Motion Sinn, weil es ein ganz simpler Satz ist, nämlich die Aufforderung, bei der Planung des Ausbaus des öffentlichen Verkehrs künftig solche Lösungen miteinzubeziehen. Und das ist de facto nichts anderes als ein Appell an den Gemeinderat oder eine Verpflichtung, diese Lösungen jedes Mal auch zu prüfen. Wir haben es von Gemeinderätin Marieke Kruit gehört, dass das zum Glück teilweise auch schon passiert ist in der Vergangenheit, was wir sehr begrüßen. Wir möchten das aber als Verpflichtung für die Zukunft so festhalten, damit das nicht untergeht. Wir danken für eure Unterstützung und halten an der Motion fest.

Präsident: Merci vielmals, Milena gibt es Fraktionsvoten? Johannes Wartenweiler von der SP/JUSO-Fraktion.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Zur Metroschleife Länggasse folgendes: –

Präsident: Wir sind bei Traktandum 15, Johannes. Die Metroschleife ist vorher gewesen. Das ist «Innovative Lösungen für den öffentlichen Verkehr». Gut. Verzichtet. Tipp-topp. Merci. Dann kommt für GB/JA! Jelena Filipovic.

Jelena Filipovic (GB) für die Fraktion: Die GB/JA!-Fraktion hat bei dieser Motion Stimmfreigabe beschlossen. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass alle Möglichkeiten geprüft werden sollten, die die Attraktivität des ÖV steigern, und dass man über den Tellerrand von Bus- und Tramverbindungen hinausschauen und offen für innovative Lösungen sein sollte. Ein Mattenlift, so wie wir ihn hier auch schon beschlossen haben, war in diesem Sinn auch eine innovative Lösung, weil man die Erschliessung eines Quartiers massgeblich verbessern konnte. Das sieht auch der Gemeinderat so und

setzt sich bereits jetzt dafür ein, regelmässig die alternativen Optionen zu prüfen. Ob aber in Zukunft alles drin liegt, also die teuren Luxusprojekte wie zum Beispiel Seilbahnen oder Metroverbindungen, wie wir es vorhin schon gehabt haben, bezweifeln einige aus der Fraktion angesichts der doch recht kleinen Stadt Bern. Deshalb haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Danke vielmals.

Präsident: Merci, Jelena. Für die SVP-Fraktion Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Wie gesagt: Mit dem ersten Satz sind wir einverstanden. Für innovative Lösungen sind wir immer gewesen und ich habe schon im vorderen Referat gesagt, dass wir uns einsetzen dafür, eben die S-Bahn weiterzuziehen Richtung Insel – völlig unbestritten auch, dass man Metrolinien prüft. Womit wir Mühe haben, – gut, wenn man das streichen würde –, ist das mit der Seilbahn. Also Seilbahnen sehe ich praktisch nicht in Bern. Wir sind UNESCO-Weltkulturerbe. Und ich sehe auch den Sicherheitsstandpunkt. Wenn man jetzt eine Seilbahn über die Eisenbahnlinie führen möchte, gehe ich davon aus, dass nach den Sicherheitsvorschriften, die wir hier haben, Bundesbahn, etc., das höchst problematisch wäre, wenn nachher auf einer solchen Achse irgendwie ein Problem wäre – eine Gondel etwa, die man bergen müsste. Darunter haben wir eine Eisenbahnlinie, die Richtung Westen geht. Dann müsste man wegen der Evakuierung einer Gondel stundenlang den ganzen Eisenbahnverkehr von Bern nach Lausanne-Freiburg aufhalten. Das geht nicht. Hättet ihr den Satz gestrichen, hätten wir dieser Motion zugestimmt. Ich weiss nicht, ob es formell zulässig ist zu sagen, die Seilbahn werde rausgestrichen, aber dann könnten wir wahrscheinlich sogar zustimmen. Aber so, wenn der Satz drin ist, kann ich in Form einer Motion nicht zustimmen, und wenn ihr es als Postulat macht, könnte ich sagen, wir könnten zustimmen. Aber so, kann ich es als Jurist nicht verantworten.

Präsident: Merci vielmals Alex. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Marieke Kruit hat mir gesagt, sie habe für beide Vorstösse bereits gesprochen. Darum verzichtet auch sie auf ein Votum. Daher sind wir auch hier abstimmungsreif. Wir stimmen über die Motion als Richtlinie ab.

Abstimmung

2019.SR.000294: als Richtlinie		
Ablehnung		
Ja	32	
Nein	34	
Enthalten	2	Namensliste 009

Präsident: Die ist abgelehnt. An dieser Stelle, bevor wir weiterfahren, gehen wir wieder zurück zu Traktandum 4.

2021.BSS.000091

4 Wohnstrategie der Stadt Bern: Umsetzung Massnahme 5.6; Verpflichtungskredit

Präsident: Traktandum 22 von Ruth Altmann ist zurückgezogen worden. Traktandum 22 behandeln wir in diesem Fall nicht. Dann kommen wir zu Traktandum 4. Hier geht es um die Wohnstrategie der Stadt Bern. Das ist ein Verpflichtungskredit. Ich übergebe hier das Wort für die SBK Corina Liebi. – Da ist was schief gegangen. Kannst du sie nochmal schnell anmelden?

Corina Liebi (JGLP) für die SBK, die SBK-Minderheit und die Fraktion: Im April 2019 hat der Stadtrat die durch den Gemeinderat ausgearbeitete Wohnstrategie zur Kenntnis genommen. Darin ist eine Massnahme definiert worden, die den Aufbau eines Beratungs- und Vermittlungsangebots für Menschen mit Unterstützungsbedarf auf dem Wohnungsmarkt sowie eine Bündelung der bestehenden Angebote vorsieht. Unter Menschen mit Unterstützungsbedarf fallen namentlich jene, die eine Kulturlegi beziehen dürfen. Massgeblich sind also vor allem die Kriterien für Leute, die Anspruch haben auf eine Kulturlegi und mehr Hilfe bei der Wohnungssuche in Anspruch nehmen müssen als beispielsweise andere Bevölkerungsschichten. Das geplante Grundangebot soll eine einfache Beratung in Wohnfragen, Unterstützung bei der Wohnungssuche und bei der Wohnraumvermietung, eine bedarfsorientierte, längerfristige Begleitung, einen Kontakt und die Beziehungspflege zu den Verwaltungen und anderen wichtigen Playern auf dem Platz Bern sowie die Kommunikation und die Koordination der verschiedenen Angebote beinhalten. Ebenso ist angedacht, dass die beim Einladungsverfahren kontaktierten Trägerschaften ein erweitertes Angebot auf die Beine stellen, das durch Eigenleistungen und zusätzliche Einnahmen finanziert werden soll. Ziel soll es sein, dass das Angebot zu Selbstkosten der ganzen Bevölkerung offensteht und allenfalls für bestimmte Gruppen auch zu einem Sozialtarif. Basierend auf einem externen Rechtsgutachten hat die Stadt Bern für die Vergabe des Leistungsvertrags für ein entsprechendes Angebot ein Einladungsverfahren bei 2 Trägerschaften durchgeführt. Beide Organisationen sind auf dem Platz Bern aktiv, gut vernetzt und gemeinnützig aufgestellt. Sobald der Zuschlag erteilt wird, schliesst die Stadt eine Leistungsvereinbarung über die Pilotphase von 4 Jahren mit der gewählten Organisation ab, wobei es nach 2 Jahren zu einer Zwischenevaluation kommt. Die Stadt Bern ist bereit, für das Angebot jährlich eine 80-Prozent-Stelle in der Höhe von 84 000 Franken sowie 4 000 Franken an den allgemeinen Betriebsaufwand zu sprechen. Über die geplante Leistungsvertragsdauer von 4 Jahren fallen also für den vorliegenden Verpflichtungskredit 352 000 Franken an. Mit dem Geld sollen jährlich rund 240 Fälle begleitet werden können. Über den Daumen gerechnet wird unser Angebot pro Fall also fast 1 500 Franken kosten. Der Stadtrat hat die Wohnstrategie mit dieser Massnahme 2019 zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Auftrag dafür kam aber nicht aus dem Stadtrat, sondern direkt vom Gemeinderat. Das Geschäft ist aus Sicht der SBK inhaltlich stimmig und sauber ausgearbeitet. Die SBK empfiehlt mit 7 Ja zu 4 Nein bei 0 Enthaltungen dem Stadtrat aus diesem Grund, den vorliegenden Verpflichtungskredit zu genehmigen, nicht zuletzt aus der logischen Konsequenz heraus, dass die Umsetzung der in der Wohnstrategie definierten Massnahmen halt auch etwas kostet.

Ich erlaube mir, meinen Hut zu wechseln und schnell den Antrag der SBK-Minderheit zu begründen, der euch vorliegt. Bei dieser Planungserklärung geht es darum, dass auf

den Grundsatz, dass das Beratungs- und Vermittlungsangebot der ganzen Wohnbevölkerung offenstehen soll, verzichtet wird. Die SBK-Minderheit ist nämlich der Meinung, dass die Öffnung des Angebots dazu führt, dass gemeinnützige Organisationen Leistungen erbringen müssen, die gar nicht mehr an ihre Zielgruppen gerichtet sind. So verzetteln sie sich nicht nur, sondern der Fokus auf die armutsbetroffenen und -gefährdeten Personen, die mit dieser Massnahme aus der Wohnstrategie unterstützt werden sollen, geht verloren. Ebenfalls ist nicht ersichtlich, welcher Anreiz für eine Organisation besteht, ein derartiges Angebot anzubieten, wenn sie damit gar keinen Gewinn erzielen darf. Zudem gibt es verschiedene private Anbieter, die derartige Angebote gegen Entgelt zur Verfügung stellen und entsprechend konkurrenziert werden.

Zum Schluss wechsele ich jetzt nochmals den Hut und hänge auch noch das Fraktionsvotum der GLP/JGLP-Fraktion an. Unsere Fraktion anerkennt das Problem der Wohnungsnot in der Stadt Bern und ist sich der Problematik der steigenden Mietpreise und des fehlenden Wohnraums bewusst. Ein Beratungs- und Vermittlungsangebot auf die Beine zu stellen, ist aus unserer Sicht aber nur Symptom- und sicher nicht Ursachenbekämpfung. Wir fragen uns sehr, wie zielführend diese Massnahme ist, insbesondere wegen der angespannten Finanzlage der Stadt Bern. Weiter irritiert uns sehr, dass der Gemeinderat beabsichtigt, eine Angebotsausweitung schriftlich in einem Leistungsvertrag festzuhalten. Wir regen sehr stark an, an diesem Punkt anders zu denken. Wenn ein Anbieter ein subventioniertes Angebot in sein übriges Angebot integrieren will, soll er das natürlich dürfen, aber es soll für die Stadt Bern keine Mehrkosten mit sich bringen. Das zur Grundvoraussetzung für einen Leistungsvertrag zu machen, geht für uns zu weit und führt dazu, dass der Fokus auf die Hauptsubventionsgruppe verloren geht. Gleichzeitig warnen wir davor, dass es nach 4 Jahren heisst, das zusätzliche Angebot sei viel aufwändiger gewesen als erwartet und da das eine Voraussetzung für den Leistungsvertrag sei, brauche man jetzt doch mehr Geld. Das ist Geld, das wir einfach nicht haben. Zudem ist für uns einmal mehr unklar, weshalb der Gemeinderat nur mit gemeinnützigen Organisationen und nicht mit privaten zusammenarbeitet. Gerade für das erweiterte Dienstleistungsangebot, also für die zusätzlich angedachten Dienstleistungen wie eine Unterstützung bei Umzug und Räumung, Unterstützung beim Haushalten oder bei der Vermittlung von Reinigungshilfen stehen heute schon ausreichend private Angebote zur Verfügung, die durch ein städtisch subventioniertes Angebot nur konkurrenziert werden. Die GLP/JGLP-Fraktion unterstützt den Antrag der SBK-Minderheit aus diesem Grund und wird das Geschäft, sollte dieser Antrag nicht durchkommen, ablehnen.

Präsident: Vielen Dank. Wir sind mitten in den Fraktionsvoten. Als nächstes käme Bettina Jans-Troxler für die GFL/EVP-Fraktion.

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Fraktion: Es ist ein sehr löbliches Ziel, Menschen dabei zu helfen, eine bezahlbare Wohnung zu finden, besonders wenn es Menschen sind, die nicht auf der Sonnenseite unserer Gesellschaft stehen. Deshalb ist die Massnahme der Wohnstrategie auf den ersten Blick unbestritten. Ein Teil unserer Fraktion wird den vorliegenden Kredit allerdings ablehnen, weil auch eine Beratungsstelle keine neuen preisgünstigen Wohnungen herzaubern kann. Es ist ein unbestrittenes Problem, dass es in der Stadt Bern allgemein nur sehr wenige freie Wohnungen gibt. Noch schlimmer ist die Situation bei preisgünstigen Wohnungen. Was dabei eine zusätzliche Beratungsstelle leisten kann, ist fraglich, ausser dass sie den betroffenen Menschen moralischen Beistand und Verständnis anbieten kann. Aber gerade genau das können

beispielsweise auch die Sozialdienste der Kirchen oder die bereits vorhandenen Beratungsstellen leisten. Dafür braucht es keine zusätzliche Beratungsstelle. Zudem unterstützt Immobilien Stadt Bern bereits heute, soweit sie können, bei der Wohnungssuche. Und die Stadt sichert durch den Kauf von Häusern mit preisgünstigen Wohnungen solchen Wohnraum. Wir hätten auch gerne einen Zauberstab, um das Problem aus der Welt zu schaffen, aber wie gesagt, sehen wir einen solchen nicht im vorliegenden Kredit und haben deshalb Stimmfreigabe beschlossen. Den Minderheitsantrag der SBK lehnen wir ab, weil wir das Problem nicht sehen, das damit behoben werden sollte. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci vielmals, Bettina. Dann käme ich als nächstes Lea Bill für GB/JA!

Lea Bill (GB) für die Fraktion: Die Wohnstrategie ist bereits aus dem Jahr 2018 beziehungsweise hat der Stadtrat sie 2019 verabschiedet. Das heisst, sie ist bereits 4, 5 Jahre alt. Wir vom Grünen Bündnis und der Jungen Alternative haben dazumal schon gewusst, dass es nicht reichen wird, einfach die guten Ideen in der Wohnstrategie niedergeschrieben zu haben. Vielmehr müssen sie umgesetzt werden. Wir haben darum damals im Januar 2019 auch Vorstösse zu einzelnen Massnahmen eingereicht, damit es eben wirklich auch vorwärtsgeht und sie nicht nur einfach immer schön in einer Strategie stehen. Darunter war unter anderem auch das Einrichten einer Fachstelle Wohnen gemäss dem heutigen Geschäft. Ob unser Vorstoss wirklich das Geschäft beschleunigt hat, das lasse ich jetzt einmal hier einfach so im Raum stehen. Der Stadtrat hat nämlich die Motion erst im Oktober 2022, also letztes Jahr, überwiesen. Geschadet hat es zumindest sicher nicht. Fakt ist, und das haben auch meine Vorrednerinnen und Vorredner zugegeben, dass es durchaus so ist, dass der Wohnungsmarkt in der Stadt Bern seit Jahren in einem desolaten Zustand ist. Es mangelt an günstigem Wohnraum in jedem Quartier und wir wissen auch alle, dass sich nicht sehr viel ändern wird in den nächsten Jahren, weil der Stadt Bern viel zu wenige günstige Wohnungen oder Wohnungen allgemein gehören. Und wenn wir jetzt die Medienmitteilungen der Stadt Bern lesen, müssen wir auch sehen, dass die Stadt Bern zum Beispiel auch nicht davor zurückschreckt, die Mietzinsen bei den eigenen Wohnungen zu erhöhen. Das heisst, dort ist auch nicht wahnsinnig viel zu holen an günstigen Wohnungen und am Anteil von gemeinnützigen Wohnungen oder von Wohnungen im günstigen Preissegment der Stadt Bern. Es geht zwar alles immer ein bisschen aufwärts, aber nicht annähernd in dem Ausmass, das nötig wäre, damit sich die Lage grundsätzlich ändert, damit sie sich grundsätzlich entspannt und es genug günstigen Wohnraum hat in der Stadt Bern. Und seien wir ehrlich. Wir können nicht davon ausgehen, dass die privaten Hauseigentümer*innen da einspringen. Zumindest lässt bis jetzt nichts darauf schliessen, als würde irgendetwas passieren. Und es ist logisch, dass die grundsätzliche Situation, die ich jetzt beschrieben habe, aber praktisch auch jede Veränderung, jede Entwicklung meistens zu Ungunsten derer ist, die ohnehin schon benachteiligt sind. Und da bin ich halt schon gar nicht einig mit meiner Vorrednerin der GFL/EVP-Fraktion: Wenn die Stadt Bern tatsächlich ein Daheim für alle sein will, dann ist die Einrichtung einer Fachstelle zur Unterstützung der Leute, die eine Wohnung suchen, wirklich das Mindeste. Und klar, man kann sagen, dass die 90 000 Franken pro Jahr nicht wahnsinnig viel sind. Das ist kein grosser Topf. Es wird sich zeigen, ob es tatsächlich möglich ist, mit diesen 80 Prozent auch wirklich die 240 Personen zu beraten und wie weit man damit kommt und ob das Bedürfnis nicht grösser ist. Aber es ist zumindest ein Anfang. Es wird sich zudem auch zeigen müssen, wie man das schaukelt, diese Trennung von zahlenden Leuten und Leuten, die von der Stadt unterstützt werden und das Angebot kostenlos

nutzen können. Wir finden es aber grundsätzlich begrüßenswert, dass es hier eine preisliche Abstufung gibt, und lehnen in diesem Zusammenhang den SBK-Minderheitsantrag ab. Die Sprecherin hat es eigentlich auch schon gesagt: Wir sind von Anfang an davon ausgegangen, dass es nicht wirklich darum geht, dass sie sich Sorgen machen, dass die Institutionen plötzlich keine Zeit mehr für die Armutsbetroffenen hätten, die das Angebot tatsächlich brauchen. Vielmehr geht es ihnen darum, dass sie Angst davor haben, dass das Angebot zu teuer wird. Ja, da sind wir halt wirklich anderer Meinung und diesen Minderheitsantrag lehnen wir ab. Ich habe es am Anfang gesagt, es ist schon mindestens 5 Jahre her, seit die Idee auf dem Tisch gelegen hat, dass man eine Fachstelle ins Leben rufen soll. Wir sind ganz klar der Meinung, dass wir hier nicht warten dürfen, sondern loslegen müssen. Und deshalb werden wir als GB/JA!-Fraktion diesen Verpflichtungskredit selbstverständlich annehmen.

Präsident: Danke vielmals Lea. Dann käme für die SP/JUSO-Fraktion Sofia Fisch.

Sofia Fisch (JUSO) für die Fraktion: Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Alle Menschen brauchen sicheren und bezahlbaren Wohnraum. Auch wenn die Stadt Bern in Zukunft mehr günstigen Wohnraum schaffen will, wird dieser in den nächsten Jahren ein knappes Gut bleiben. Und so lange, dass das der Fall ist, haben armutsbetroffene und einkommensschwache Haushalte Mühe, Mietwohnungen zu finden, weil sie gegenüber anderen Bewerber*innen benachteiligt sind. So haben sie beispielsweise nicht die Möglichkeit, eine Mieterhöhung zu stemmen. Die Einkommenssituation ist oft unsicher, die finanziellen Reserven für Mietkautionen fehlen und oft auch das Netzwerk oder das nötige Know-how für eine erfolgreiche Wohnungssuche. Kommen dann noch Betreibungen, Unsicherheiten bezüglich der Aufenthaltsbewilligung oder Arbeitslosigkeit dazu, führt dies zu einem faktischen Ausschluss dieser Personen aus dem Wohnungsmarkt. Damit der verfügbare günstiger Wohnraum tatsächlich denen zugutekommt, die darauf angewiesen sind, braucht es unbedingt den Ausbau eines Beratungs- und Vermittlungsangebots bei der Wohnungssuche. Die SP/JUSO-Fraktion begrüßt aus diesem Grund, dass die Massnahme 5.6 der Wohnstrategie umgesetzt wird. Aus unserer Sicht wäre der Ausbau einer städtischen Stelle zwar sinnvoller gewesen. Wir anerkennen aber auch den Nutzen, eine gemeinnützige Organisation damit zu beauftragen, die im Raum Bern Erfahrung im Bereich Wohnen hat. Ein No-Go wäre für uns die Vergabe an eine gewinnorientierte Organisation gewesen. Es kann nicht sein, dass über ein subventioniertes Angebot eigene teure Angebote vermittelt werden können und so Gewinn mit Beratungen gemacht wird. Die SP/JUSO-Fraktion findet es deshalb richtig und wichtig, dass bei der Vergabe nur gemeinnützige Organisationen berücksichtigt wurden. Ein Problem bleibt, das wurde auch schon angesprochen, dass der Markt hart bleibt. Und schlussendlich werden für die Immobilienbesitzenden finanzielle Sicherheit und Garantien bei den Wohnungsbewerbungen immer ein Hauptkriterium bleiben. Damit armutsbetroffene und einkommensschwache Personen auch wirklich Zugang finden, muss die Beratungsstelle für eine begrenzte Zeit auch Mietzinsdepots vorschiesen und Mietzinsgarantien übernehmen können. Es ist sehr schade, dass dies nicht Teil des Grundangebots ist, und wir hoffen sehr, dass dies zumindest Teil des erweiterten Angebots werden wird. Die SP/JUSO-Fraktion wird den Verpflichtungskredit über 352 000 Franken für das Pilotprojekt von 4 Jahren und den Leistungsvertrag annehmen. Den Antrag der SBK-Minderheit lehnen wir ab. Zum einen ist es gefährlich, das Angebot allzu stark einzugrenzen. Und klar könnten wir jetzt darüber streiten, ob ein erweitertes Angebot ein zwingendes Kriterium sein sollte. Fakt ist aber, dass es bereits interessierte Organisationen gibt, die auch bereit sind, ein erweitertes Angebot mit anderen finanziellen

Mitteln aufzubauen. Je breiter das Angebot ist, desto attraktiver ist es auch für die Stadt Bern. Die Chancen der jeweiligen Organisation, in der Vergabe berücksichtigt zu werden, steigen. Es wird deshalb keine Organisation ihr Angebot schmälern, also erübrigt sich die Diskussion eigentlich auch einfach. Ausserdem gibt es auch viele andere Gründe, wieso Personen auf dem Wohnungsmarkt benachteiligt werden können, beispielsweise aufgrund von Rassismus. Und aus diesem Grund begrüssen wir die Öffnung des Angebotes für die gesamte Bevölkerung.

Präsident: Merci, Sofia. Dann käme Alexander Feuz für die SVP.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich kann es relativ kurz machen. Ganz klar: Wenn ihr den Antrag der SBK-Minderheit ablehnt, werden wir das ganze Geschäft ablehnen. Wir haben in der nächsten Sitzung dann die Budgetdebatte. Hier haben wir jetzt gerade wiederum einen solchen Fall, dass man auf eine Vorlage etwas drauflädt, das dann viel teurer ist, weil wir die ganzen Konsequenzen nicht kennen. Ich hoffe auch, dass ich von Seiten des Gemeinderats Unterstützung bekomme, dass man diesem Minderheitsantrag eigentlich zustimmen sollte, denn sonst haben wir genau die Problematik, die wir immer haben. Wir wünschen immer mehr Dinge, die es eigentlich gar nicht braucht, die vielleicht allenfalls noch wünschbar sind. Aber es ist so, dass die Stadt Bern eine attraktive Stadt ist. Ich habe es immer gesagt, es wird immer mehr Leute geben, die in die Stadt Bern kommen wollen, als nach Huttwil, das einen grossen Leerwohnungsbestand hat. Die Frage, ob es auch sinnvoll ist, dass man alles nach Bern holt und nachher noch mehr von unserer Grünfläche überbaut, wie die rot-grüne Stadtregierung es will, und die jetzt, nachdem sie das Viererfeld verunstaltet hat, ihren Blick auf den Springgarten richtet und auch diesen kaputt machen will, oder das Gaswerkareal. Das sind die Konsequenzen: noch mehr Angebote schaffen, noch mehr Leute herholen. Darum: Für mich gibt es einfach grundsätzlich diese Vorbehalte. Sie sehen den Antrag der SBK-Minderheit. Ich will hier nicht gross ausführen, aber ich bin der Meinung, man sollte den Antrag gutheissen, damit man nicht noch mehr aufwendet und noch mehr Kosten generiert, weil wir spätestens dann bei anderen Sachen, die den Leuten wirklich weh tun, sparen müssen, sonst laufen wir ungeniert in eine Steuererhöhung hinein. Ich sage das jetzt schon im Hinblick auf die Abstimmung über die Fusion mit Ostermundigen. Genau mit solchen Sachen bürdet ihr nachher eben den Leuten in Ostermundigen, die vielleicht meinen, es gehe ihnen dann besser, eine Steuererhöhung auf. Deshalb bin ich ganz klar dafür, dem SBK-Minderheitsantrag zuzustimmen.

Präsident: Gibt es weitere Fraktionsvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es Einzelvoten? Das scheint auch nicht der Fall zu sein. Dann hat Frau Gemeinderätin Franziska Teuscher das Wort, die das falsche Knöpfchen erwischt hat.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Ich gehe nicht noch einmal auf den Vortrag, auf die Präsentation des Geschäfts ein. Das hat Corina Liebi gut gemacht. Ich möchte hier ein paar Punkte ergänzen zum Stand der Umsetzung der Massnahme und dann zu euren Voten. Im Vortrag haben wir euch gesagt, dass wir bei der Vergabe eine externe Trägerschaft im Fokus haben und dass wir im Frühling ein Einladungsverfahren eröffnet haben. Das Einladungsverfahren ist mittlerweile abgeschlossen und zurzeit laufen die Arbeiten zum Abschluss des Leistungsvertrags mit der obsiegenden Anbieterin. Daher hoffe ich natürlich heute, dass ihr dem Verpflichtungskredit auch zustimmt, damit wir nachher den Leistungsvertrag auch abschliessen können. Ich freue mich sehr, dass wir

eine Trägerschaft gefunden haben, die gewillt und geeignet ist, das gewünschte Angebot aufzubauen und zu betreiben. Es ist nämlich nicht eine einfache und leichte Aufgabe. Ich nehme auch Stellung zum Antrag der SBK-Minderheit, den ich nicht verstehe. Gemäss diesem Antrag soll darauf verzichtet werden, dass die Trägerschaft, die das Angebot dieser Wohnberatung- und -begleitung macht, nicht dazu verpflichtet werden soll, dass sie das Grundangebot auch erweitern und zusätzliche Leistungen erbringen kann. Das vorgesehene Grundangebot richtet sich an armutsbetroffene und -gefährdete Menschen und deckt nur den wichtigsten Bedarf ab. Konkret geht es bei dieser Beratungsstelle darum, dass die Personengruppe eine einfache Beratung hat bei Wohnfragen, dass man sie bei der Wohnungssuche begleitet und dass der Zugang für diese Personengruppe, die eben kleine oder Kleinstehenden hat, auf dem Wohnungsmarkt, der heute in der Stadt Bern herrscht, ein bisschen vereinfacht wird. Ich glaube, 88 000 Franken für diese Aufgabe sind nicht zu viel. Sie sind eher knapp bemessen, weil wir bei den Zielgruppen sehr grosse Einschränkungen machen müssen. Man darf sich keine Illusionen machen. Der Wohnungsmarkt wird mit dieser Massnahme nicht verändert. Vielmehr soll sie einfach einer Gruppe, die auf dem Wohnungsmarkt benachteiligt, zum Teil auch stark diskriminiert wird, helfen, ein bisschen einen besseren Zugang zu haben. Von dem her kann ich den Vorschlag der GFL/EVP-Sprecherin, dass das jetzt noch die Sozialdienste der Kirchen machen sollen, überhaupt nicht nachvollziehen. Am runden Tisch Armut hören wir immer wieder, dass die Sozialberatungsstellen der Kirchen dermassen überlastet sind, dass sie selbst schauen müssen, wie sie sich überhaupt finanzieren können. Ihnen jetzt noch eine neue Aufgabe zu übertragen, scheint mir der falsche Weg. Ich bin auch nicht ganz mit der SP einig, die sagt, es wäre besser gewesen, wenn man das städtisch gemacht hat. Wir haben das im Vortrag ausgeführt. Wir haben während Corona und jetzt auch immer wieder am runden Tisch Armut gesehen, dass wir die Niederschwelligkeit mit unseren städtischen Strukturen nicht gewährleisten können. Viele Leute haben nicht so viel Vertrauen in den Staat, wie wir das wahrscheinlich gerne hätten. Und darum sind wir davon überzeugt, dass, wenn wir ein niederschwelliges Angebot haben, das jetzt der richtige Weg ist, den wir so ausprobieren wollen mit einem Leistungsvertrag mit einer Organisation, die hier grosse Kompetenzen hat. Vor diesem Hintergrund bitte ich euch, diesen Minderheitsantrag abzulehnen. Ich bin auch ein bisschen konsterniert über die Debatte. Jetzt habt ihr alle von dieser Wohnstrategie schon vor längerer Zeit Kenntnis genommen. Wir haben X Massnahmen hier drin schon bewilligt, beschlossen, diskutiert. Und das ist doch ein Armutszeugnis für die Stadt, wenn wir jetzt genau bei diesen Leuten, die auf dem Wohnungsmarkt diskriminiert werden, sei das aus irgendwelchen Gründen, nämlich den armutsbetroffenen Menschen, sagen: Nein, 88 000 Franken ist zu viel pro Jahr. Deshalb bitte ich euch, den Minderheitsantrag abzulehnen und dem Verpflichtungskredit zuzustimmen.

Präsident: Danke vielmals. Wir haben noch eine persönliche Erklärung der GFL/EVP-Fraktion, sprich von Bettina Jans-Troxler.

Bettina Jans-Troxler (EVP): Also nur kurz: Frau Teuscher hat mich, glaube ich, falsch verstanden. Wir haben nicht vorgeschlagen, dass wir den Auftrag den Kirchgemeinden geben sollen. Vielmehr machen die das schon zusammen mit anderen Beratungsstellen, die es gibt. Wir glauben, was vielmehr fehlt, ist vielleicht die Koordination zwischen diesen verschiedenen Angeboten, und dass die Leute nachher wahrscheinlich von einem zum anderen wandern, weil halt schlussendlich niemand Wohnungen herzaubern kann. Aber es stimmt nicht, dass das unser Vorschlag gewesen wäre.

Präsident: Danke vielmals. Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen ab über Antrag 1 SBK-Minderheit.

Antrag

1.	<u>SBK Minderheit</u>	<u>Auf die Verpflichtung der Trägerschaft, über das Grundangebot hinausgehende Leistungen zu erbringen, ist zu verzichten.</u>
----	-----------------------	--

Abstimmungen

2021.BSS.000091: Antrag 1 SBK-Minderheit		
Ablehnung		
Ja	26	
Nein	45	
Enthalten	0	Namensliste 010

Präsident: Der Antrag ist abgelehnt worden. Wir stimmen in diesem Fall über den Antrag des Gemeinderates in der nicht bereinigten Form ab, also so, wie er vorliegt.

2021.BSS.000091		
Annahme		
Ja	41	
Nein	30	
Enthalten	0	Namensliste 011

Präsident: Ihr habt dem Verpflichtungskredit zugestimmt.

2023.SK.000015

5 Grundstück 248/VI, Looslistrasse/Untermattweg, 3027 Bern: Kauf; Investitionskredit (Abstimmungsbotschaft)

Präsident: Wir kommen zu Traktandum 5. Das ist der Investitionskredit/die Abstimmungsbotschaft für die Looslistrasse/Untermattweg. Ich wiederhole, es geht hier nur um die Abstimmungsbotschaft. Die entsprechende Diskussion über das Geschäft selber haben wir schon geführt. Ich erteile dazu das Wort der RWSU-Sprecherin Anna Leissing.

Anna Leissing (GB) für die RWSU: Wir reden hier über, es ist gesagt worden, die Abstimmungsbotschaft zum Investitionskredit für den Kauf des Grundstücks 248/VI Looslistrasse/Untermattweg. Der Investitionskredit von 3,7 Millionen Franken für den Kauf des Grundstückes ist vom Stadtrat am 24. November 2022 bewilligt worden. Dagegen ist das Referendum ergriffen worden, das mit 1 866 gültigen Unterschriften zustande gekommen ist. Deshalb stimmt die Berner Stimmbevölkerung über den Grundstückskauf ab und deshalb haben wir heute die Abstimmungsbotschaft zu diesem Geschäft vorliegen. Wie aus dem Vortrag des Gemeinderates hervorgeht, wurden seit dem Stadtratsbeschluss noch ein paar kleinere Anpassungen gemacht. Einerseits haben sich die Vertragsparteien darauf geeinigt, eine Arrondierung durchzuführen, also die

gemeinsame Grenze mit dem Nachbargrundstück neu zu ziehen. Zudem wurde entschieden, das Grundstück mit einer Dienstbarkeit zu belasten. Konkret geht es darum, dem Nachbargrundstück betreffend Grundwasser das Baurecht für 2 Entnahmebrunnen und für die Leitungsführung zu gewähren. Durch die Arrondierung reduziert sich die Fläche des Grundstücks, das die Stadt will, um 110 m² auf 2 227 m². Und zusammen mit der Dienstbarkeit reduziert sich damit der Verkaufspreis um 180 000 Franken auf 3,52 Millionen. Zusätzlich ist mit der Galexis AG vereinbart worden, dass sie bis zu der Erstellung dieser geplanten Spiel- und Begegnungsfläche für die weitere Nutzung des Grundstücks als Parkplatz eine jährliche Entschädigung an die Stadt von 28 000 Franken zahlt. In der vorliegenden Abstimmungsbotschaft geht es also um einen Investitionskredit von 3,52 Millionen für den Kauf eines Grundstücks mit einer Fläche von 2 227 m². In der Kommission wurde bestätigt, dass solche geringfügigen Anpassungen gegenüber dem Stadtratsbeschluss bei Grundstücksgeschäften nicht unüblich seien und dass sie auch keine wesentliche Veränderung des Sachverhalts darstellen. Es sei davon auszugehen, dass der Stadtrat auch dem Kauf einer kleineren Fläche zu einem tieferen Preis zugestimmt hätte und dass auch gegen einen Kredit von 3,52 Millionen das Referendum ergriffen worden wäre. Aus Transparenzgründen hat man sich trotzdem dafür entschieden, die Änderung in der vorliegenden Abstimmungsbotschaft darzulegen. Darüber hinaus beinhaltet die vorliegende Abstimmungsbotschaft wie üblich zuerst Fachbegriffe, fasst das Wichtigste in Kürze zusammen, erläutert die Ausgangslage, also den dringenden Bedarf an Spiel- und Begegnungsflächen im Quartier, informiert über das Grundstück selber und über Kosten und Finanzierung des Projekts und beinhaltet die Stellungnahme des Referendumskomitees. In der Kommission gab es keine grösseren Diskussionen zu diesem Geschäft, zu dieser Abstimmungsbotschaft. Es wurde moniert, dass die Verhandlung mit der Galexis AG betreffend Entschädigung für die Nutzung des Grundstücks als Parkplatz früher hätte erfolgen können und eine Stimme hat gefunden, dass die Botschaft nicht sehr klar formuliert sei. Die grosse Mehrheit der Kommission war aber der Meinung, dass die vorliegende Abstimmungsbotschaft die formellen Kriterien erfüllt und die Stimmbevölkerung adäquat über das zugrunde liegende Geschäft informiert. Sie empfiehlt euch darum mit 9 Ja zu 0 Nein bei 2 Enthaltungen die Abstimmungsbotschaft in der vorliegenden Form zu verabschieden. Ich würde noch das Fraktionsvotum halten.

Präsident: Ich frage noch schnell in die Runde: Ist die Abstimmungsbotschaft grundsätzlich bestritten? Besteht Diskussionsbedarf? Gut. Dann bitte. Einen Moment, jetzt habe ich dich weggekickt. Jetzt müsste jemand Anna nochmals schnell anmelden. Entschuldigung.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Noch ganz kurz die Stellungnahme der Fraktion GB/JA!: Wir teilen die Einschätzungen der RWSU vollumfänglich. Wir werden dieser Abstimmungsbotschaft in der vorliegenden Form zustimmen. Wir haben den Kauf des Grundstücks für eine Spiel- und Begegnungsfläche schon immer unterstützt und es ist für uns zentral, dass dieses Geschäft jetzt endlich zur Abstimmung kommt, denn der Bedarf in diesem Quartier ist schon viel zu lange ein ungelöstes Problem. Auch die Entsiegelung und die Erstellung einer Grünfläche anstelle eines Parkplatzes macht aus unserer Sicht Sinn. Und wir begrüssen ausdrücklich, dass der Gemeinderat noch einmal verhandelt hat und jetzt die Stadt Bern für die Nutzung des Grundstücks als Parkplatz entschädigt wird. Danke vielmals.

Präsident: Danke, Anna. Damit wären wir mitten in den Fraktionsvoten zur Abstimmungsbotschaft. Janosch Weyermann von der SVP-Fraktion.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Ich will nicht künstlich verlängern, nur noch kurz Stellung nehmen als Mitglied des Referendumskomitees. Grundsätzlich zur Abstimmungsbotschaft: Es stimmt alles, was drinsteht, dazu gibt es nichts zu sagen. Ich möchte vielleicht anmerken, dass für uns mitunter der Hauptgrund, das Referendum überhaupt zu ergreifen, war, dass der Parkplatz weiterhin der Galenica kostenlos zur Verfügung gestellt werden sollte. Das ist jetzt in der Abstimmungsbotschaft, wenn ihr sie gelesen habt, nicht mehr der Fall. Also sprich, da wird die Stadt künftig, falls das Geschäft vor dem Volk durchkommt, Geld einnehmen können. Das ist eben einer unserer Kritikpunkte gewesen. Ich weiss nicht, ob es zum politischen Spiel gehört, dass man zuerst ein Referendum ergreifen muss, damit die Stadt irgendetwas macht. Und das andere, dass der Kaufpreis jetzt ein bisschen tiefer ist – ja, das kann wahrscheinlich einmal vorkommen. Aber grundsätzlich gibt es nichts dazu zu sagen. Wir sind gespannt, was das Volk sagt. Wir halten das nach wie vor für einen Blödsinn, vor allem wenn man vorhin von dieser Seite gehört hat, wie herumgerannt wird wegen fehlendem Wohnraum, währenddessen hier die Baufläche überbaut wird mit einem Spielplatz. Da kann ich nur lachen.

Präsident: Danke vielmals. Ich sehe keine weiteren Voten. Gut. Dann wären wir hier in diesem Fall schon abstimmungsreif. Wir stimmen ab.

Abstimmung

2023.SK.000015: Abstimmungsbotschaft		
Annahme		
Ja	57	
Nein	4	
Enthalten	3	Namensliste 012

Präsident: Die ist angenommen worden. Wir kommen zu Traktandum 6.

2019.FPI.000091

6 Ersatz Telefonanlage: Ausrichtung der Telefonie auf das Projekt Digitaler Arbeitsplatz (DAP) 4.0 und das Programm Neue digitale Zusammenarbeit (NDZ); Investitions- und Verpflichtungskredit

Präsident: Es ist ein Verpflichtungskredit für den Ersatz der Telefonanlage. Ich erteile das Wort für die RWSU Judith Schenk.

Judith Schenk (GLP) für die RWSU: Es geht im vorliegenden Geschäft um die Ausrichtung der Telefonie in der Berner Stadtverwaltung einerseits auf das Projekt Digitaler Arbeitsplatz (DAP) 4.0, andererseits auf das Programm Neue digitale Zusammenarbeit (NDZ). Der Investitionskredit von 590 000 Franken und ein Verpflichtungskredit von 490 000 Franken – beides über 5 Jahre – führt zu durchschnittlichen jährlichen Betriebs- und Unterhaltskosten von knapp 100 000 Franken, was gemäss der Stadtver-

waltung doch eine Einsparung von 37 000 Franken ausmacht. Einen Projektierungskredit von 130 000 Franken hat der Gemeinderat vor einem Jahr schon gesprochen. Mit diesen Mitteln wurden Telefonie und Messenger-Möglichkeiten in MS Teams getestet und die Grundlagen der mobilen Nutzung von Notebooks und Smartphones erarbeitet. Die aktuelle Telefonanlage Avaya Blue soll ersetzt werden. Sie erreicht Ende 2023 ihr Lebensende. Für die noch mehr als 1000 Tischgeräte in der Stadtverwaltung, die noch im Einsatz sind, wird es per Ende 2023 somit keinen Wartungsvertrag, keine Sicherheitsupdates und auch kein Ersatzmaterial mehr geben. Im DAP 4 0 soll MS Teams die Grundbedürfnisse der Telefonie, also Telefon und Messenger, aber nicht E-Mail, ersetzen. Für E-Mail wird weiterhin Outlook als Bestandteil des Microsoft-Pakets genutzt. Der Rollout der DAP 4 0 inklusive Standorttelefoniefunktionen in MS Teams soll im 3. und 4. Quartal passieren, also jetzt. Spezielschaltungen hingegen werden schon jetzt nicht mit Avaya Blue, sondern über das andere System, nämlich Avaya Red, abgedeckt. Neu sollen sie aber über das System Innovaphone laufen. Diese Ablösung soll 2024, spätestens 2025 erfolgen. Die Stadtverwaltung will nämlich zuerst die Erfahrungskapitalisierung von Innovaphone in der neuen Schwimmhalle Neufeld abwarten. Danach soll der restliche Teil der Spezielschaltungsinfrastruktur innerhalb der Verwaltung ebenfalls über Innovaphone laufen, mit Spezielschaltungen sind Türsprechanlagen, Callcenter, Funktelefone, analoge Alarmtelefone und so weiter gemeint. Von diesem Geschäft sind die Blaulichtorganisationen nicht betroffen, weil sie über die Infrastruktur des Kantons Bern laufen. Die Finanzierung läuft über den Informatikdienst. Die Betriebskosten werden verursachergerecht den einzelnen Dienststellen weiterverrechnet. Mit dem Wechsel auf MS Teams wird auch die Standorttelefonie ortsunabhängiger und flexibel einsetzbar. Für die Telefonie können Handys und Tablets genutzt werden, auch private. Es gibt der Stadt die Chance, um vermehrt Homeoffice zu gewährleisten. Flexible Arbeitsformen wirken sich bekanntlich positiv auf die Work-Life-Balance und somit auch auf die psychische Gesundheit und eine verbesserte Vereinbarkeit aus. Flexibel arbeiten und weniger ortsgebunden zu sein, hat ebenso positive Effekte auf den Energieverbrauch und somit auf den Klimaschutz. Die RWSU empfiehlt dieses Geschäft einstimmig zur Annahme.

Präsident: Merci vielmals Judith. Eine Frage in die Runde: Besteht zu dem Geschäft Diskussionsbedarf? Jawohl, dann wäre das Mikrofon offen für die Fraktionsvoten. Für die AL/PdA-Fraktion Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Die AL/PdA-Fraktion ist nicht ein Fan von MS Teams, wie sie überhaupt gegenüber Microsoft eine grosse Zurückhaltung übt. Wir sind eigentlich auch unzufrieden über die Digitalisierungsstrategie, die ganz klar auf Microsoft 365 setzt. Es ist schon klar, dass alles besser klingt, wenn es aus dem gleichen Haus kommt, aber wir finden, die Telefonie wäre es Wert, dass man auch evaluiert, ob es nicht andere Lösungen gibt. Klar, jetzt sind wir schon ein bisschen spät dran. Das Projekt sollte eigentlich schon Ende dieses Jahres auslaufen. Ich sage euch jetzt als Informatiker: Es wird sowieso nicht reichen. Es wird noch viel länger gehen, bis man diesen Rollout machen kann, zumal die Telefonie oder die Spezielschaltungen auch nicht im Zuge dieser Lösung gehen, so dass man für die nachher irgendwie noch später auf Innovaphone setzen würde. Also behaftet mich nicht auf alle Details, aber der Zeitplan klingt irgendwie ambitioniert und die Lösung irgendwie auch noch nicht so richtig ausgegoren. Wir empfehlen daher, das abzulehnen und noch einmal über die Bücher zu gehen. Danke vielmals.

Präsident: Vielen Dank, Raffael. Als nächstes kommt Diego Bigger für die SP/JUSO-Fraktion.

Diego Bigger (SP) für die Fraktion: Für die SP/JUSO-Fraktion ist es unbestritten, dass die städtische Kommunikationstechnik modernisiert werden muss. Dazu gehört eben auch die Telefonanlage Avaya Blue, die End of Life ist. Eine Integration in die bereits bestehenden Systeme von Microsoft Teams ist hier die naheliegende Lösung. Also im Gegensatz zu meinem Vorredner unterstützen wir das, weil wir der Auffassung sind, dass die moderne digitale und effiziente Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung und auch mit den Bürgerinnen und Bürgern fördert. In diesem Sinn unterstützen wir die weitere Digitalisierung der Verwaltung und werden dem Verpflichtungskredit zustimmen. Danke vielmals.

Präsident: Danke, Diego. Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann kommt Gemeinderat Michael Aebersold, der sich noch schnell anmelden müsste. – Du musst es bei dir am Arbeitsplatz. Ja.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Ich halte mich kurz. Also ich finde immer, bei einem einstimmigen Entscheid der Kommission könnte man eigentlich auf eine Diskussion verzichten und dann würde ich auch nichts sagen zum Geschäft. Wir haben jetzt noch 3 Anläufe, bei denen das vielleicht der Fall ist. Wir sind voll im Roll-out. Unsere Leute brauchen die Digitalisierung, wir brauchen einen Arbeitsplatz. Wir arbeiten jetzt bereits Jahre mit den alten Geräten. Das ist aussergewöhnlich. Das habe ich hier auch schon gesagt. Wir wollen die Geräte lange behalten, auch im Sinne der Nachhaltigkeit. Aber jetzt ist der Roll-out voll am Laufen und ich habe kein Telefon mehr auf dem Tisch, sondern nur noch einen Computer und einen Kopfhörer. Und ich bitte euch entsprechend, dem Kredit zuzustimmen.

Präsident: Vielen Dank, Michael. Wir sind abstimmungsreif und stimmen über den Verpflichtungskredit ab.

Abstimmung

2019.FPI.000091		
Annahme		
Ja	56	
Nein	6	
Enthalten	2	Namensliste 013

Präsident: Ihr habt dem zugestimmt.

2023.FPI.000039

7 WLAN: Lizenzierung und Rahmenvertrag; Investitions- und Verpflichtungskredit

Präsident: Wir kommen zu Traktandum 7. Das ist ein Verpflichtungskredit für die WLAN-Lizenzierung und den Rahmenvertrag. Auch da erteile ich das Wort für die

RWSU Judith Schenk. – Ich glaube, das System hat zu heiss. Jetzt hat es geklappt, Judith.

Judith Schenk (GLP) für die RWSU: Bei diesem Geschäft geht es um den Investitions- und Verpflichtungskredit für die Verlängerung der Lizenzen, WLAN-Lizenzen sowohl für die Stadtverwaltung als auch für die Schulen, und um den Rahmenvertrag für die vereinfachte Beschaffung von Access Points. Der Investitionskredit für die Verlängerung der Lizenz um 5 Jahre beläuft sich auf 1 Million, der Rahmenvertrag über die gleiche Laufzeit von 2024 bis 2028 ist mit Kosten von 706 000 Franken verbunden. Die WLAN-Access Points der Schulen sind 2018 mit Lizenzen für 5 Jahre beschafft worden und die Lizenzen laufen Ende 2023 aus. Sie sollen um 5 Jahre verlängert werden. Falls der Stadtrat die beantragten Kredite nicht genehmigen würde, würde die Stadt ohne funktionierende Lizenzen dastehen und mit ungültigen Lizenzen arbeiten, was natürlich rechtlich nicht zulässig ist. Bei der veranschlagten Stückzahl Access Points wird von der maximalen Anzahl ausgegangen. Die RWSU empfiehlt auch dieses Geschäft einstimmig zur Annahme.

Präsident: Danke vielmals, Judith. Gibt es zu diesem Geschäft Diskussionsbedarf? Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich frage euch, ist das Geschäft bestritten? Das ist auch nicht bestritten, dann würden wir das so ohne Abstimmung annehmen.

Stillschweigende Annahme

2023.FPI.000041

8 IAM-Betriebsunterstützung: Software Assurance und Managed Services; Verpflichtungskredit

Präsident: Wir kommen zu Traktandum 8. Hier geht es auch um einen Verpflichtungskredit. Es geht um die IAM-Betriebsunterstützung. Hier gebe ich das Wort für die RWSU Simone Richner.

Simone Richner (FDP) für die RWSU: Ich möchte eure Aufmerksamkeit auf das aktuelle Geschäft, die sogenannten IAM-Betriebsunterstützung lenken. Es handelt sich dabei um eine Angelegenheit, die ich gerne als bedeutend für unsere zukünftige Entwicklung im Prozess der Digitalisierung bewerten möchte. IAM steht für Identity and Access Management und gewinnt in einer Ära zunehmender Dezentralisierung und verstärktem Einsatz mobiler Geräte zunehmend an Bedeutung. Als Reaktion auf die strengen Compliance-Anforderungen ist die Stadt Bern verpflichtet, personenbezogene Daten konsequent zu speichern, ständig verfügbar zu halten und zuverlässig aufzubereiten. Die Herausforderungen besteht darin, Daten zahlreicher Nutzer mit unterschiedlichen Zugriffsrechten auf verschiedenen Systemen zu verwalten, die wiederum verschiedenen Direktionen zugeordnet sind. Die Führung eines IAM-Systems ermöglicht der Stadt Bern, diesen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen. Ein solches System gewährleistet, dass die Zugriffsrechte im Einklang mit den Richtlinien und den Rollen der Benutzer in der Verwaltung stehen. Damit werden alle Personen und Dienste korrekt authentifiziert, autorisiert und überprüft, was essenziell für die Wahrung der geltenden Datenschutzstandards ist, insbesondere im Hinblick auf die Verschärfungen des Datenschutzgesetzes, die am 1. September in Kraft treten. Die Stadt Bern betreibt seit 2020 schon eine IAM-Plattform, die derzeit den internen Dienst unterstützt. Jetzt steht

die Erweiterung auf einen eGov-Mandanten bevor, was meines Erachtens eine äusserst positive Entwicklung darstellt. Damit wird es zukünftig Bürgerinnen und Bürger möglich sein, sicher über ein Service-Portal auf die Dienststellen der Stadt Bern zuzugreifen. Es wird höchste Zeit dafür. Der Gemeinderat beantragt einen Verpflichtungskredit im Umfang von 670 000 Franken über 3 Jahre. Der Betrag ist aufgesplittet die 3 Teile: 240 Franken sind vorgesehen für die Betriebsunterstützung und ein Wissenstransfer für unsere Informatikdienste und für die Bewältigung von komplexen Störungen. Weitere 210 Franken sind für die Software Assurance vorgesehen, die notwendig ist, um regelmässige Sicherheitslücken zu schliessen und die Sicherheit aufrecht zu erhalten. Die verbleibenden 220 Franken werden für Managed Services genutzt, das eine aktive Überwachung der Systemleistungen, Verfügbarkeit, Logs, Update-Service und Zertifikatsservice beinhaltet. Die geplante Freihandvergabe hat die Kommission angesichts der spezifischen Anforderungen als sinnvoll erachtet. Die Laufzeit des Verpflichtungskredits über 3 Jahre ist in unseren Augen angemessen, da die Software Assurance im Jahr 2025 ausläuft und dann sowieso eine Neuausschreibung gemacht werden muss. Aus diesen Gründen empfiehlt die Kommission, diesem Geschäft einstimmig zuzustimmen und damit einen wichtigen Schritt in Richtung einer modernen und effizienten Verwaltung zu gehen. Danke vielmals.

Präsident: Merci vielmals, Simone. Wir fragen auch hier zuerst in die Runde, ob Diskussionsbedarf besteht. Es besteht kein Bedarf, ausser beim Gemeinderat. Wir geben dem Gemeinderat in dem Fall am Schluss noch kurz das Wort: Michael Aebersold. – Du musst dich aber trotzdem noch schnell anmelden. Entschuldigung.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Einfach nur zuhanden des Protokolls. Danke vielmals, Simone, für die Vorstellung des Geschäfts. Einfach nicht, dass ihr über das Falsche abstimmt. Es sind nicht 240, 210, 220 Franken, sondern mal 1000. Es ist also ein sechsstelliger Betrag, einfach zuhanden des Protokolls. Nicht, dass es dann Beschwerden gibt und man sagt, man habe nicht gewusst, über was man abstimmte. Die Zahlen sind in den Unterlagen. Es sind also insgesamt 670 000 Franken. Ich danke für die Zustimmung.

Präsident: Danke vielmals für die Präzisierung. Nun in die Runde: Ist das Geschäft bestritten? Ist es unbestritten. Wir stimmen darüber ab. Wir stimmen über den Verpflichtungskredit ab.

Abstimmung

2023.FPI.000041

Annahme

Ja	66
Nein	1
Enthalten	0

Namensliste 014

Präsident: Der ist angenommen worden.

2020.SR.000074

9 Prüfung des Jahresberichts der Stadt Bern 2023: Auftrag an eine verwaltungsexternen Revisionsstelle

Präsident: Wir sind bei Traktandum 9. Das ist eine Wahl zur Prüfung des Jahresberichts 2023 der Stadt Bern. Ich gebe das Wort für die FIKO Chandru Somasundaram, den jemand noch schnell anmelden müsste. – Moment schnell. Vorne solltest du nicht drücken. Jetzt ist es wieder abgestürzt. Kann noch einmal jemand versuchen, ihn anzumelden? Halua?

Chandru Somasundaram (SP) für die FIKO: Man könnte leicht den Überblick darüber verlieren, was jetzt in Sachen Finanzaufsicht in der Stadt Bern alles schon passiert ist. Wir haben einerseits den Entscheid der FinDel, also der Finanzdelegation, von 2020, dass man die externe Revisionsstelle zur Prüfung der Jahresberichte neu ausschreiben soll, was sehr sinnvoll ist, um die Rechnung auch mal von neuen Augen prüfen zu lassen. Als man dann wechseln wollte, hat sich auf die Ausschreibung praktisch niemand zur Verfügung gestellt. Ein Grund war, dass viele Firmen die Kapazitäten nicht hatten, die Prüfung eines Kalibers wie der Stadt Bern durchzuführen. Der andere Grund betrifft die interne Compliance der Firmen. Die Revisionsstellen sollten nämlich gestützt auf der Prüfung des Finanzinspektorats, dem FI, ihre Prüfungshandlungen durchführen. Das war ihnen aber teilweise ein zu grosses Risiko und hat ihren internen Vorgaben nicht entsprochen. Und hier kommt die interfraktionelle Motion GB/JA!, GLP/JGLP von Hasim Sancar und Claude Grosjean ins Spiel. Sie fordert eine gesetzliche Grundlage für ein Finanzkontrollsystem, das der kantonalen Finanzkontrolle entspricht. In der FIKO beraten wir das Geschäft momentan, und es soll in diesem Jahr klar sein, welche gesetzliche Grundlage wir für das künftige Ausschreiben haben werden. Das heisst aber auch, dass wir für eine präzise Neuausschreibung das Mandat für die BDO bis dahin verlängern müssen. Aufgrund dieser Ausgangslage beantragt die FIKO dem Stadtrat einstimmig die Wahl der BDO als verwaltungsunabhängige Stelle zur Revision des Jahresberichts 2023 – im Wissen, dass das Mandat auch auf die neue Legislatur verlängert werden kann, falls gewünscht. Somit wird man dann auch mit gutem Gewissen für das Jahr 2024 und für die neue Legislatur unter dem neuen Finanzkontrollsystem neu mandatieren können. Merci vielmal.

Präsident: Merci vielmals, Chandru. Gibt es Fraktionsvoten zu dieser Wahl? Das scheint nicht der Fall zu sein. Einzelvoten? Auch das ist nicht der Fall. Wenn Gemeinderat Michael Aebbersold verzichtet, werden wir zur Wahl schreiten. Nominiert ist, wie gesagt, die Firma BDO. Gibt es weitere Wahlvorschläge? Das scheint nicht der Fall zu sein, dann würden wir mit Handerheben abstimmen. Wer ist für die Firma BV? Gibt es Enthaltungen? Das scheint nicht der Fall zu sein, dann wäre die Firma BDO entsprechend gewählt. Ich möchte ihr vielmals gratulieren.

Stillschweigende Wahl

2022.SR.000084

10 Geschäftsreglement des Stadtrats (GRSR); Teilrevision; Änderungsantrag der Fraktion GB/JA! (Anna Jegher, JA!/Franziska Geiser, GB): Gestaltung des Geschäftsreglements gemäss «Sprachleitfaden Kommunikation und Geschlecht» sowie Änderungsantrag der Geschäftsprüfungskommission: «Klärung der Vorgehensweise bei der Traktandierung der dringlichen Interpellationen im Stadtrat sowie redaktionelle Korrekturen und Anpassungen des GRSR aufgrund der verschiedenen GRSR-Teilrevisionen im Jahr 2022»; 1. Lesung

Präsident: Wir kommen zu Traktandum 10. Das ist die Teilrevision des GRSR-Reglements. Es geht hier um die erste Lesung. Es sind bereits Anträge eingegangen. Darüber werden wir heute nicht abstimmen. Ich erteile hier für die GPK Matteo Micieli das Wort.

Matteo Micieli (PdA) für die GPK und die Fraktion: Der erste Teil des vorliegenden Geschäfts basiert auf einem Antrag der GB/JA!-Fraktion, der verlangt, dass das GRSR gemäss Sprachleitfaden Kommunikation und Geschlecht umformuliert wird. Konkret wird gefordert, dass einige Formen wie «Stadträtinnen und Stadträte» durch geschlechtsneutrale oder inklusive Personenbezeichnungen ersetzt werden, also entweder Stadträte mit Gender-Stern oder geschlechtsneutral «Mitglieder des Stadtrats». Das so ein bisschen dazu. Wir haben das in der Kommission vorberaten, und dass man das Reglement irgendwie anpassen muss beziehungsweise dem Antrag auf die eine oder andere Weise folgen will, stand nicht gross zur Diskussion. Für eine inklusive Stadt ist es eigentlich geboten, dass wir wenigstens mit unserem Geschäftsreglement irgendwie mitziehen. Diskriminierungen müssen abgebaut werden, und das auch sprachlich. Deshalb hat sich die AK damals auch mit klarer Mehrheit dazu entschieden, sich dieser Änderung anzunehmen. Die Frage war vielmehr nur, ob man eben mit neutralen Formulierungen arbeiten will oder mit inklusiven. Für die inklusive Variante ist argumentiert worden, dass es eben nicht nur geschlechtsneutral sein soll, sondern inklusiv auch Leute gemeint sein sollen, die sich weder als Frau noch als Mann verstehen, und das somit eigentlich eine klarere Gleichstellung aller Menschen bedeuten würde. Zudem seien neutrale Formulierungen oft holperig und führten zu komplexen oder schwierigen Satzbauten und unklaren Formulierungen. Bedenken bezüglich der Barrierefreiheit, die theoretisch stete Entwicklung der Gender-Zeichen vom Gender-Gap zum Doppelpunkt, zum Stern und der Verweis auf andere Gemeinden, auf den Bund und den Kanton haben dann doch überwogen. Und so hat sich die Mehrheit der Kommission dafür ausgesprochen, nur auf neutrale Formulierungen zu setzen. Die Stadtkanzlei hat grünes Licht gegeben und die Fachstelle Gleichstellung hat das Anliegen von Anfang an unterstützt und begleitet. Nachdem in Zusammenarbeit mit der Kommission ein erster Entwurf dieser GRSR-Revision ausgearbeitet wurde, sind wir an den folgenden Sitzungen das ganze Reglement durchgegangen und haben diese Änderungen diskutiert. Zahlreiche Bezeichnungen wurden umformuliert. Zum Beispiel ist es statt «Präsidentin oder Präsident» «das Präsidium». Aber auch veraltete oder nicht mehr ganz aktuelle Begriffe wie «Ratssekretärin» hat man genderneutral und zeitgemäss zu «Leitung Stadtratssekretariat» umformuliert. Ohne eigentlich sehr grosse Mühe hat man so das ganze Geschäftsreglement nachher geschlechtsneutral umformulieren können. Und wir empfehlen in dem Sinn natürlich dem Rat, das Geschäft auch so anzunehmen. Um diese Synergien nachher gerade zu nutzen und das neu aufgefrischte Wissen über das Regle-

ment nicht zu verschwenden, haben wir uns nachher auch noch gerade der Frage gewidmet, wie das jetzt mit dieser Traktandierung von dringlichen Interpellationen ist. Und um das vereinen zu können und alles in einem Zug zu machen, haben wir im Stadtrat einen Antrag eingereicht, damit wir uns dieser Frage widmen können. Nebst so redaktionellen Änderungen, die nach der GRSR-Teilrevision zum Abbau des Pendenzenbergs angefallen sind, war eben die Frage der Traktandierung dringlicher Interpellationen, die wir dann auch in der GPK diskutiert haben. Interpellationen werden heute nur noch dann traktandiert, wenn ein Mitglied aus dem Stadtrat das verlangt. Und nach der Zustellung der Antwort auf die Interpellation hat man 2 Monate Zeit dafür. So steht es in Artikel 63 Absatz 4. In Artikel 64 im gleichen Reglement steht im Moment aber, dass Motionen und Interpellationen spätestens am 4. Sitzungstag nach der Dringlichkeitserklärung traktandiert werden müssen. Und offenbar gibt es hier Unklarheiten, die wir mit dem Antrag bereinigen wollen. Die Frage, die sich stellt, war, ob die dringlichen Interpellationen also immer traktandiert werden oder eben nur, wenn man das verlangt, wie das bis jetzt bei den normalen Interpellationen auch der Fall ist. Die Mehrheit der GPK war dann der Meinung, dass davon auszugehen ist, dass, wenn eine Interpellation als dringlich erklärt wird, auch immer eine Traktandierung beantragt wird und somit das Ganze irgendwie so ein bisschen ad absurdum geführt würde, wenn man eine Traktandierung beantragen müsste, so nach dem Motto: Wozu sonst würde man es denn überhaupt dringlich erklären? Aber wie ihr seht, sind wir uns da nicht ganz einig gewesen. Es gibt auch noch einen Minderheitsantrag der GPK, der verlangt, dass die Traktandierung auch bei dringlichen Interpellationen verlangt werden muss. Ich darf das schnell begründen. Und zwar geht es dort im Prinzip darum, wie ihr auch in der Synopsis lesen könnt, dass es möglich ist, dass die Einreichenden einfach eine dringliche und öffentlich zugängliche Antwort auf eine Frage wünschen, ohne dass das nachher auch traktandiert werden muss. Das war so ein bisschen die Diskussion.

Und jetzt würde ich auch noch schnell das Fraktionsvotum halten. Ganz kurz: Die AL/PdA-Fraktion begrüsst die Umformulierung des Geschäftsreglements und begrüsst die Richtung zu einer gendergerechten Sprache sehr. Eine gendergerechte Sprache repräsentiert die Welt, so wie wir sie uns vorstellen. Und ich hoffe, wir sind alle so weit zu wissen, dass die Welt nicht so binär ist, wie sie bisher zum Beispiel in unserem Reglement dargestellt wurde. Alles andere ausser einer gendergerechten Sprache bedeutet die Ablehnung dieser Vielfalt, die ausserhalb der Sprache real existiert. Mit dieser Revision des Geschäftsreglements machen wir einen Schritt in die richtige Richtung und zur Akzeptanz dieser Vielfalt. Eigentlich muss ich, glaube ich, nicht viel dazu sagen, wieso das wichtig ist, obwohl wir inklusivere Formen der Sprache, wie zum Beispiel eben den Gender-Stern bevorzugen würden im Wissen darum, dass schlussendlich erst so wirklich alle Geschlechtsidentitäten umfasst werden können, und auch ohne Angst davor zu haben, nachher plötzlich progressiver zu sein als der Bund oder der Kanton und dann vielleicht halt in den nächsten paar Jahren wieder einmal etwas anpassen zu müssen. Nichtsdestotrotz werden wir dieser Anpassung ganz klar zustimmen, und zur Traktandierung von dringlichen Interpellationen haben wir eigentlich die gleiche Debatte wie bei der GPK geführt und dementsprechend Stimmfreigabe beschlossen.

Präsident: Danke, Matteo. Wir sind mitten in den Fraktionsvoten. Vielleicht noch korrigierend: Einleitend habe ich gesagt, wir stimmen nicht darüber ab heute. Wir stimmen selbstverständlich über das Nichteintreten und über die Rückweisungsanträge ab. Als nächster Sprecher Alexander Feuz von der SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Wir haben einen Nichteintretensantrag und einen Rückweisungsantrag gestellt. Wir haben wahrscheinlich nicht gross Chancen. Ich werde das auch nicht episch begründen, aber ihr wisst, wir sind der Meinung, dass wir hier eidgenössische Vorschriften haben. Wir haben hier einen eidgenössischen Leitfadenden, aber die Stadt Bern will wiederum vorpreschen. Wir haben hier wiederum einen eigenen Sprachleitfaden. Nun sollte man alle diese Reglemente umschreiben. Ich bin noch nicht besonders glücklich mit all diesen Varianten mit Stadtratspräsident, mit Stadtratspräsidentin etc., aber um immer alles wieder zu ändern, haben wir wieder Kosten, haben wir wieder Umtriebe. Die Kommission hat sich in X Sitzungen mit dem befasst. Wir sind ja der Meinung, das wird wahrscheinlich nur der Anfang sein, das wird wahrscheinlich nicht aufhören, bis man das hinterste Reglement und den hintersten Leitfaden auch gendergerecht ausformuliert hat. Und dann wisst ihr ja, wir haben da nicht zugestimmt. Und alles muss noch auf Kurdisch und Portugiesisch sein. Dann gibt es auch noch Aufwand und Zeug. Darum sagen wir: Stopp den Anfängen. Uns geht es mehr um einen Grundsatz. Wir haben es ganz einfach formuliert. Wir haben gesagt, «Auf die Vorlage sei, soweit sie Änderungen des Geschäftsreglements gemäss Sprachleitfaden Kommunikation und Geschlecht vorsieht, nicht einzutreten.» Dann wäre die ganze Sache vom Tisch und wir müssten darüber gar nicht diskutieren. Der zweite Antrag ist ein Rückweiser. Die Vorlage sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, eine neue Vorlage auszuarbeiten, die sich auf die Klärung bei der Vorgehensweise bei der Traktandierung der dringlichen Interpellationen im Stadtrat sowie auf redaktionellen Korrekturen und Anpassungen des Geschäftsreglements auf die verschiedenen Teilrevisionen im Jahr 2022 beschränkt. Die Begründung habt ihr schriftlich. Ich kann einfach hier noch ergänzen: Ich bin der Meinung, ob ihr den betroffenen Personen mit diesen Änderungen dermassen viel hilft, wie ihr glaubt – ich habe das Gefühl, das ist ein reines Lippenbekenntnis. Ich bin der Meinung, man sollte auf die Sachen hinweisen, die wir klar von der Eidgenossenschaft haben. Ich habe immer gesagt und sage es hier und heute. Es kann ja nicht sein, dass der Kanton Obwalden, der Kanton Nidwalden, Uri, die Gemeinde Därstetten und die Gemeinde Wileroltigen und Amriswil im Thurgau je einen eigenen Sprachleitfaden entwickeln. Wir haben ein Deutsch, wir haben einmal einen Duden gehabt. Seitdem man dort alles immer ändert, schaue ich die Rechtschreibung jetzt auch relativ entspannt an. Ich bin der Meinung, wir haben vorranglichere Probleme in der Stadt Bern. Deshalb haben wir den Rückweisungsantrag gestellt. Ich weiss, wir haben nicht gross eine Chance. Ich will hier das Ganze auch nicht in die Länge zu ziehen, aber denkt einfach daran, ob das jetzt wirklich das Wichtigste ist, wie wir hier die Bezeichnungen wählen. Ich bin der Meinung, es ist am falschen Ort den Schwerpunkt gesetzt. Wir haben jetzt hier noch einen Detailantrag, Ergänzungsanträge. Und das sind wirklich rein praktische Sachen. Ich schicke voraus, das ist auf der Seite 15. Wir sind der Meinung, dass das Problem darin liegt, dass die richtigen Experten nachher zu etwas eine Expertise machen. Es soll nicht sein, dass ein Steuerrechtler zu einer handelsrechtlichen Frage eine Expertise, ein Gutachten abgibt oder umgekehrt, oder dass ein anerkannter Hochschullehrer für Psychiatrie oder Psychologie, der sich nie mit Sicherheitsfragen zur Reithalle beschäftigt, nachher ein Gutachten abgeben kann zur Frage, was man zur Verbesserung der Reithalle und dem Umfeld machen soll. Darum haben wir dort eine Formulierung gewählt – und ihr seht in der Begründung, dass wir da eigentlich froh sind, wenn die GPK eine etwas schlankere Sache macht als das, was ich irgendwie gestern Abend spät noch das Gefühl hatte, man könnte das so machen. Ich habe einfach die Variante gemacht: «Sie kann Expertenaufträge an geeignete, ausgewiesene Fachpersonen erteilen, die für die Lösungsfindung der konkreten Probleme besonders qualifiziert sind.» Es geht mir hier darum

einfach aufzuzeigen, das sage ich insbesondere für das Protokoll im Hinblick auf die GPK, dass sie eben die Experten einsetzen, die genau für das Problem zuständig sind, nicht, dass man einfach einmal einen Experten einsetzt, der vielleicht in dem Problemfeld dann auch nicht der Supercrack ist. Deshalb möchte ich einfach dort die Verdeutlichung haben. Das wäre der eine Antrag. Und der andere Antrag, der hat vielleicht sogar Chancen, mehrheitsfähig zu sein. Auf Seite 33 habt ihr immer noch das Wort Finanzdelegation drin. Das ist Artikel 70. Und ihr wisst: Die Finanzdelegation haben wir zum Glück beerdigt. Ich war ja selber nie besonders glücklich über das Gremium. Wir haben jetzt eine FIKO. Da bin ich also der Meinung, das ist ein ganz schlechtes Zeugnis, wenn wir das nicht einmal anpassen, jetzt wo wir das haben. Ihr seht es: Für das Gendergerechte, da habt ihr immer Zeit. Aber nicht für die Basics, was wir für Gremien haben – wenn wir die nicht einmal richtig bezeichnen. Ich hoffe, dass ihr diesem Antrag in der zweiten Lesung zustimmt, obwohl er von der SVP ist.

Präsident: Danke, Alex. Als nächstes käme Anna Jegher für GB/JA!.

Anna Jegher (JA!) für die Fraktion: Es freut uns sehr, dass unser Antrag von der GPK unterstützt wird und wir heute die Möglichkeit haben, unser Geschäftsreglement gendersensibler zu gestalten. Eine inklusive und gendersensible Sprache ist viel mehr als nur ein symbolisches Zeichen und deshalb in allen Bereichen und auf allen Ebenen wichtig. Die Art und Weise, wie wir Sachen benennen, hat einen direkten Einfluss auf die Realität von uns und der Menschen um uns herum. Das gilt natürlich nicht nur im Zusammenhang mit gendergerechter Sprache, sondern auch in Bezug auf beispielsweise rassistische oder behindertengerechte Sprache. Die Bekämpfung jeglicher Form von Diskriminierung bringt nichts, wenn wir nicht auch bei unserer Sprache ansetzen. Deshalb muss das Ziel sein, unsere Sprache möglichst diskriminierungsfrei zu gestalten. Die vorliegende Teilrevision des Geschäftsreglements ist ein wichtiger, wenn auch nicht der letzte Schritt in diese Richtung. Dass sprachliche Anpassungen in Gesetzestexten wichtig sind, zeigt auch ein Blick in die Vergangenheit. So hätte das Stimm- und Wahlrecht für Frauen auch ohne Volksabstimmung und entsprechend schon viel früher eingeführt werden können, wenn das Bundesgericht damals nicht entschieden hätte, dass mit der Formulierung «Stimmberechtigt bei Wahlen und Abstimmung ist jeder Schweizer» eben nur Männer gemeint seien. Erst mit dem Zusatz «und Schweizerinnen» haben Frauen auch abstimmen und wählen dürfen, natürlich vorausgesetzt, sie haben einen Schweizerpass und sind über 21-jährig beziehungsweise über 18-jährig. Und dafür hat es eben eine Verfassungsänderung, sprich eine Volksabstimmung gebraucht. Es gibt aber auch genug aktuelle Studien, die aufzeigen, dass durch das sogenannte generische Maskulinum, also durch die männliche Form, mit der eben alle mitgemeint sein sollen, nicht alle mitgemeint sind. So gibt es zum Beispiel Studien, die zeigen, dass der Grossteil der Leute beim Wort Politiker an Männer denkt, beim Wort PolitikerInnen – mit Binnen-I – stellen sich viel mehr auch Frauen vor. Genauso verhält sich es zum Beispiel auch bei nonbinären Personen, die selbstverständlich mitgemeint sind, aber eben nicht erwähnt werden, weil man bei einer binären Schreibweise bleibt. Stillschweigend mitmeinen funktioniert auch da nicht. Wir begrüßen deshalb grundsätzlich die neuen geschlechtsneutralen Formulierungen, die uns die GPK mit dieser Teilrevision vorschlägt. Es hat uns hingegen ziemlich irritiert, dass sich die GPK explizit gegen das Gender-Zeichen wie zum Beispiel den Gender-Stern ausspricht. Das Argument, dass Gender-Zeichen in stetiger Entwicklung seien und unklar sei, was sich durchsetzen wird, ist absurd. Unsere Sprache verändert sich konstant. Bezeichnungen, die wir brauchen, ändern sich konstant. So hat die GPK letztes Jahr noch AK geheissen

und niemand wäre auf die Idee gekommen, die Namensänderung anzuzweifeln, weil man vielleicht in ein paar Jahren einen anderen Namen für die Kommission passender findet. Es geht auch vielmehr darum, dass man mit dem Wissen und den Begriffen und Zeichen, die man heute zur Verfügung hat, versucht, die beste und inklusivste Lösung zu finden. Und wenn sich in ein paar Jahren eine bessere Lösung herausgestellt hat, ändert man das halt wieder. Aber darauf zu warten, dass eine sprachige Entwicklung abgeschlossen ist, scheint uns mehr als absurd. Sprachliche Entwicklungen sind per se nie abgeschlossen. Und auch der Verweis auf die Empfehlung der Bundeskanzlei scheint uns relativ unpassend. Bei einem Bundesrat, der nicht einmal die Existenz von nonbinären Personen anerkennt, und einem Sprachleitfaden, der entsprechend aufgebaut ist, Argumente zu holen, finden wir ziemlich irritierend; erst recht, weil die Stadt Bern ja einen eigenen Sprachleitfaden hat, der viel inklusiver ist. Wenn man die aktuellen queerfeindlichen Debatten anschaut und sieht, mit welcher Vehemenz sich gewisse Leute gegen die Gender-Sterne wehren, müsste man doch hinstehen und sagen: Ja, wir brauchen den Gender-Stern. Und ja, er soll stören, weil er sichtbar machen soll, was man so lange versucht hat, unsichtbar zu machen, nämlich, dass es mehr als 2 Geschlechter gibt, mehr als nur Frauen und Männer, dass unser binäres Geschlechtermodell ein erfundenes Konstrukt ist, das uns schlussendlich eigentlich alle einschränkt. Auch wenn wir es enorm schade finden, dass man die Möglichkeit verpasst, hier eine klare Position zu beziehen, werden wir den Änderungen der GPK zustimmen. Den Antrag der SVP lehnen wir selbstverständlich ab. Danke vielmals.

Präsident: Vielen Dank, Anna Jegher. Dann käme als nächstes für die SP/JUSO-Fraktion Mihalyi Szabolcs.

Szabolcs Mihalyi (SP) für die Fraktion: Die Anforderungen gemäss Sprachleitfaden, die wir hier diskutieren unter diesem Traktandum, sind nur die konsequente Umsetzung dessen, was wir anderswo schon beschlossen haben. Es ist nur fair. Warum sollte für uns, den Stadtrat, und unser Reglement, etwas anderes gelten als für die Stadtverwaltung, die wir selber dazu verpflichtet haben? Es ist genauso eine Anpassung an gesellschaftliche Veränderungen. Unsere Gesellschaft ist inklusiv, unsere Stadt sowieso und das ist gut so. Gleichzeitig muss man auch anerkennen, dass die gesellschaftlichen Entwicklungen noch nicht ganz abgeschlossen sind und das ist auch gut so. So sieht es zumindest die Bundesbehörde. Und diese Einschätzung scheint einleuchtend. Der Gender-Stern ist zwar inzwischen bekannt und weitverbreitet, aber vielleicht noch nicht ganz das Ende der laufenden Entwicklung. Abgesehen davon gibt es beim Gender-Stern auch technische Barrieren. Entsprechend stehen hier andere Lösungen im Vordergrund. Ein weiterer Teil der Vorlage sind die Abläufe bei der Traktandierung von dringlichen Interpellationen. Hier wollen wir als JUSO- und SP-Fraktion wie die Kommissionmehrheit die Abläufe schlank halten. Die Traktandierung von dringlichen Interpellationen sehen wir als selbstverständlich an und das sollte entsprechend nicht optional sein und keine zusätzlichen Hürden haben. Ansonsten ist eine Dringlichkeitserklärung einfach sinnlos. Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt die Anträge von Traktandum 10 und empfiehlt die Minderheitsanträge aus der GPK zur Ablehnung.

Präsident: Vielen Dank, Szabolcs. Als nächstes kommt Therese Streit-Ramseier für die GFL/EVP-Fraktion.

Therese Streit-Ramseier (EVP) für die Fraktion: Die GFL/EVP-Fraktion begrüsst die Anpassungen im Geschäftsreglement, die die GPK vorschlägt und dass Formulierungen aus dem Sprachleitfaden der Stadt Bern übernommen werden. So wird ein Schritt in die richtige Richtung gemacht und der geschlechtergerechte Umgang mit der Sprache gefördert. Dass die GPK in ihren Anträgen auf die Verwendung von Gender-Zeichen verzichtet hat, begrüssen wir grossmehrheitlich, weil sich die geschlechtergerechte Sprache nach wie vor verändert. Das finden auch wir. Und wir finden es im Moment auch ein Stück weit verfrüht, das fix einzuführen, weil ich davon ausgehe, dass es nicht einfach ist und auch sehr kostspielig, wenn man alle paar Jahre die Reglemente wieder anpassen würde, weil Formulierungen wieder neu angepasst werden müssten. Mit einer geschlechtergerechten Sprache Diskriminierungen abzubauen ist ein Ziel. Das ist wichtig. Doch uns ist auch wichtig festzuhalten, dass mit angepassten Formulierungen die tatsächliche Diskriminierung von Menschen in jeglicher Form nicht umgesetzt wird. Und das erachten wir als genauso wesentlich und dringend. Auch wir sind der Meinung, dass dringliche Interpellationen auch ohne Traktandierungsantrag traktandiert werden sollen. So wird ein zusätzlicher bürokratischer Aufwand vermieden, weil wir auch davon ausgehen, dass ein dringlicher Vorstoss dringend ist und sicher debattiert werden will. Danke für eure Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci vielmals, Therese. Gibt es weitere Fraktionsvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es Einzelvoten? Das scheint auch nicht der Fall zu sein. Dann hat noch der Gemeinderat das Wort. Er verzichtet. Dann wären wir hier auch schon abstimmungsreif. Wir stimmen ab über Nichteintreten. Das ist Antrag 1 SVP. Wir stimmen ab.

Anträge

1	SVP	Nichteintreten: Auf die Vorlage sei - soweit sie Änderungen des Geschäftsreglements gemäss «Sprachleitfaden Kommunikation und Geschlecht» vorsieht- nicht einzutreten.
2	SVP	Rückweisung: Es sei die Vorlage an den Gemeinderat zurückzuweisen unter der Auflage, eine neue Vorlage auszuarbeiten, die sich auf die Klärung der Vorgehensweise bei der Traktandierung der dringlichen Interpellationen im Stadtrat sowie redaktionelle Korrekturen und Anpassungen des GRSR aufgrund der verschiedenen GRSR-Teilrevisionen im Jahr 2022 beschränkt.

Abstimmungen

2022.SR.000084: Antrag 1 SVP Nichteintreten		
Ablehnung		
Ja	6	
Nein	59	
Enthalten	1	Namensliste 015

Präsident: Der ist abgelehnt. Wir kommen zum Antrag 2 SVP Rückweisung.

2022.SR.000084: Antrag 2 SVP Rückweisung

Ablehnung

Ja	6
Nein	59
Enthalten	1

Namensliste 016

Präsident: Der ist abgelehnt. Dann würden wir das so zuhanden der zweiten Lesung zurück in die Kommission geben. Danke vielmals.

Anträge

Art. 23 Aufgaben

SVP¹:

~~4~~ Die Untersuchungskommission befindet über ihre Infrastruktur, soweit sie nicht durch das Ratssekretariat gestellt werden kann, und beschliesst die dafür nötigen Ausgaben. ~~Sie kann Aufträge an sachverständige Dritte erteilen.~~ **Sie kann *Expertenaufträge an geeignete ausgewiesene Fachpersonen erteilen, die für die Lösungsfindung der konkreten Probleme besonders qualifiziert sind.***

Art. 58 Arten und Form

GPK Minderheit²:

~~5~~ Die Beantwortung Dringlicher Motionen, und Dringlicher Postulate ~~und Dringlicher Interpellationen~~ erfolgt schriftlich mittels Email bis spätestens Montagmittag vor dem Sitzungstag an das Ratssekretariat, das für die umgehende Weiterleitung an die Mitglieder des Stadtrats besorgt ist.

GPK Minderheit³:

Art. 63 Interpellation

~~1-3~~ (unverändert)

~~4~~ Ein Mitglied des Stadtrats kann innert zwei Monaten nach elektronischer Zustellung der Antwort auf eine Interpellation beim Präsidium des Stadtrats verlangen, dass sie traktandiert wird. ~~Dringliche Interpellationen werden immer traktandiert. Es gilt Artikel 64 Absatz 3~~

Bei gleichzeitiger Anpassung von Artikel 58 und 64 wie folgt:

Art. 58 Arten und Form

~~1-4~~ (unverändert)

~~5~~ Die Beantwortung Dringlicher Motionen, und Dringlicher Postulate ~~und Dringlicher Interpellationen~~ erfolgt schriftlich mittels Email bis spätestens Montagmittag vor dem Sitzungstag an das Ratssekretariat, das für die umgehende Weiterleitung an die Mitglieder des Stadtrats besorgt ist.

Art. 64 Dringliche Behandlung

~~1-2~~ (unverändert)

~~3~~ Ist Dringlichkeit beschlossen, werden Motionen, ~~und~~ Postulate ~~und Interpellationen~~ unter Vorbehalt von Artikel 47 Absatz 1 spätestens am vierten auf die Dringlicherklärung folgenden Sitzungstag traktandiert. ~~Die Behandlung dringlicher Vorstösse ist nach deren einmaliger Verschiebung an der darauffolgenden Stadtratssitzung zwingend~~

~~4~~-(Neu) **Dringliche Interpellationen werden vom Gemeinderat bis zum Montagmittag vor dem vierten auf die Dringlicherklärung folgenden Sitzungstag beantwortet. Das Ratssekretariat leitet die Antworten umgehend an die Mitglieder des Stadtrats weiter. Es gilt Artikel 63 Absatz 4.**

⁵ (Neu) **Die Behandlung dringlicher Vorstösse ist nach deren einmaliger Verschiebung an der darauffolgenden Stadtratssitzung zwingend.**

GPK Minderheit⁴:

Art. 64 Dringliche Behandlung

1-2 (unverändert)

³ Ist Dringlichkeit beschlossen, werden Motionen, **und** Postulate und Interpellationen unter Vorbehalt von Artikel 47 Absatz 1 spätestens am vierten auf die Dringlicherklärung folgenden Sitzungstag traktandiert. ~~Die Behandlung dringlicher Vorstösse ist nach deren einmaliger Verschiebung an der darauffolgenden Stadtratssitzung zwingend~~

⁴(Neu) **Dringliche Interpellationen werden vom Gemeinderat bis zum Montagmittag vor dem vierten auf die Dringlicherklärung folgenden Sitzungstag beantwortet. Das Ratssekretariat leitet die Antworten umgehend an die Mitglieder des Stadtrats weiter. Es gilt Artikel 63 Absatz 4.**

⁵ (Neu) **Die Behandlung dringlicher Vorstösse ist nach deren einmaliger Verschiebung an der darauffolgenden Stadtratssitzung zwingend.**

Art. 67 Ausscheiden der Erstunterzeichnenden

SVP⁵:

¹ Jedes Mitglied des Stadtrats, die Kommissionen, ~~die Finanzdelegation~~ **Gremien** sowie die Fraktionen haben das Recht, Planungserklärungen zu Berichten des Gemeinderats einzureichen, von denen der Stadtrat Kenntnis nimmt.

[...]

2000.GR.000398

11 Hochwasserschutz Aare Bern: Wasserbauplan «Gebietsschutz Quartiere an der Aare» und Ausführungskredit (Abstimmungsbotschaft)

Präsident: Wir kommen zu Traktandum 11. Ich habe schon jemandem gesagt, wahrscheinlich kämen wir nicht dazu. Wir sind aber gut in der Zeit. Bei Traktandum 11 geht es um einen Ausführungskredit und eine Abstimmungsbotschaft für den Hochwasserschutz Aare Bern. Das Wort für die PVS hat Barbara Nyffeler.

Barbara Nyffeler (SP) für die PVS: Wir debattieren heute über ein Geschäft mit einem sperrigen Titel und einem auch für unsere Verhältnisse hohen Frankenbetrag und ein Geschäft, das mehr als 10 Jahre Vorbereitungszeit und schon viele Diskussionen hinter sich hat. Die älteren Ratsmitglieder unter uns erinnern sich an die Überschwemmungen 1999 und 2005 mit grossen Schadenfolgen. 2013 hat das Berner Stimmvolk deswegen einem Projektierungskredit über 11,8 Millionen Franken für den Hochwasserschutz mit 88 Prozent zugestimmt. Das vorliegende Projekt hat Mitwirkung und Auflagen durchlaufen, der Umweltverträglichkeitsbericht liegt vor. Die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission und die Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege haben das Projekt als mit dem Ortsbild und dem Denkmalschutz vereinbar sowie umweltverträglich taxiert. Die Voraussetzungen für die Bewilligungsfähigkeit sind gegeben. Das vorab einmal. Wann haben wir eigentlich ein Hochwasser und wann sind Massnahmen nötig? Das ist auch nicht eine ganz exakte Wissenschaft. Hier gilt der Wert von 350 bis 400 m³ pro Sekunde, etwa so Höhe Dählhölzli. Im Juni 2021 waren es 562 m³ pro Sekunde und die Aare ist damals gerade knapp nicht über die Ufer getreten. Was will man jetzt mit dem Hochwasserschutzprojekt? Man hat das Ziel, dass man mit den baulichen Massnahmen ein Jahrhunderthochwasser bewältigen kann. Und man will nur das realisieren, was ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis hat, also nicht den höchstmöglichen

Schutz. Der Hochwasserschutz enthält verschiedene Elemente, die je nach Abschnitt unterschiedlich zum Einsatz kommen. Zusätzlich wird es weiterhin immer mobile Elemente brauchen, gemeinhin bekannt auch als Beaverschläuche. Und es braucht zusätzlich Massnahmen in Bern selbst für die Siedlungsentwässerung, denn wenn es 20 Kilometer Aare aufwärts stark regnet, dann schüttet es auch in der Stadt selbst und das bringt noch zusätzlich Wasser. Ich gehe nicht auf die technischen Details gross ein, die müsste man visualisieren, skizzieren, aber hier kurz pro Abschnitt die sichtbaren Elemente: Im Gaswerkareal soll es eine ökologische Aufwertung geben mit Verbreiterung der Aare und einer flachen Uferböschung. Dort wird ja sowieso alles neugestaltet. Und im Marzilibad gibt es Sitzmauern beziehungsweise Pritschenmauern, auf denen man liegen kann. Im Raum Dalmazi gibt es auch eine Mauer, auf der man sitzen kann. Beim Abschnitt Aarstrasse wird das Trottoir über die Aare zurückgebaut. Wenn man dort entlanggeht, sieht man es deutlich: Das Trottoir liegt über der Aare selber. Es gibt dann eine Trennung zwischen Fussgänger*innen und übrigen Verkehr. Es gibt auch eine Begrünung und es gibt eine Sandsteinmauer, die 1 bis 1,10 m hoch sein wird. Am Verkehrsregime, wie es heute besteht und an Tempo 30 ändert sich nichts. In der Matte sind die meisten Eingriffe geplant: wiederum eine Ufermauer aus Sandstein, eine Ufermauer mit Dichtewand, Anhebung des Tychstegs. Und auf der gegenüberliegenden Seite wird das Aareufer zwischen dem Schwellenmätteli und dem Bärenpark saniert. Heute ist der Weg eher ein holpriger Wanderweg als ein Spazierweg. Er soll hindernisfrei werden. Beim Abschnitt Klösterlistutz reicht die bestehende Mauer. Dort gibt es nur mobile Elemente. Im Abschnitt Altenberg-Längmauer sind wiederum Ufermauern vorgesehen und die Absenkung und Verbreiterung des Uferwegs. Aareseitig auf der Altenbergseite gibt es ein kniehohes Mäuerchen und auf dem landseitigen Teil gibt es eine etwas höhere Mauer, das wiederum bei abgesenktem Weg. Eine Sitztreppe, die einmal zu Diskussionen geführt hat, gibt es nicht mehr. Der Altenberg ist wichtig, denn dort muss auch bei Hochwasser die Zufahrt sichergestellt werden. Dort hat es unter anderem ein Altersheim. Und bei einer Wasserhöhe von 1 m kommen die Ambulanzfahrzeuge nicht mehr durch. Ich komme zu den Kosten. Die Kosten für die Realisierung des Wasserbauplans teilen sich in einen steuerfinanzierten und in einen gebührenfinanzierten Teil. Der steuerfinanzierte Teil beträgt 130,29 Millionen Franken und der gebührenfinanzierte Teil – Stichwort Siedlungsentwässerung – beläuft sich auf 18,57 Millionen Franken. Total also knapp 150 Millionen Franken. Der Hochwasserschutz ist jetzt aber eine Verbundaufgabe von Bund, Kanton und Gemeinden. Das heisst, man hat eine gemeinsame Finanzierung. Wenn die Kriterien erfüllt sind bei dem, was die Stadt jetzt realisieren will, also die Schutzziele erreicht werden, werden Bund und Kanton mitfinanzieren. Man kann also mit Beiträgen zwischen 55 und 75 Millionen Franken rechnen. Die Volksabstimmung wird aber nach Bruttoprinzip sein, also über die knapp 150 Millionen Franken. In der Kommission haben wir dieses Geschäft sehr ausführlich diskutiert, dies mit Blick auf die hohen Kosten und die bestehende oder noch zu erwartende Opposition mit diesen hängigen Einsprachen. Wir haben diskutiert, braucht es im UNESCO-Perimeter wegen des Denkmalschutzes wirklich Sandsteinmauern oder würden günstigere Betonmauern nicht auch genügen? Wir haben uns auch sagen lassen, dass je nach Abschnitt eben unterschiedliche Mauerkonstruktionen angewendet werden und auch nicht immer in der gleichen Höhe, aber dass das halt die Lösung ist, die optimal ist. Wir haben auch die Situation im Altenberg angesprochen, wo die Opposition am grössten ist. Dort hat die Stadt einen Kompromiss angestrebt, eben mit niedrigeren Mauern und dafür auch mehr mobilen Elementen. Darum sind wir halt am Schluss auch zu einer fast philosophischen Frage gekommen, ob man etwas so Teures bauen soll, das die betroffenen Leute gar nicht wollen, oder auch zur Frage, dass wir die hören,

die Opposition machen. Aber die, die eigentlich einverstanden sind mit dieser Lösung, sich nicht laut äussern. Ich komme zum Schluss. Was würde passieren, wenn wir als Stadtrat das Geschäft jetzt zurückweisen würden oder die Stimmbevölkerung Nein sagen würde. Seit 2015 ist der Kanton und nicht mehr die Gemeinde für den Hochwasserschutz zuständig. Da das Projekt aber schon relativ weit in der Planung war, haben Kanton und Stadt abgemacht, dass die Stadt im Lead bleibt. Wenn wir jetzt einfach Nein sagen oder die Stimmbevölkerung Nein sagt, dann passiert nicht nichts, sondern der Kanton wird das Projekt wohl plus-minus übernehmen, wird vielleicht noch die eine oder andere Korrektur machen und nachher wird über den Kredit der Grosse Rat entscheiden, aber die Stadt wird nachher die 50 bis 75 Millionen dazu gleichwohl bezahlen müssen. Vor diesem Hintergrund beantragt euch die PVS, dem Wasserbauplan «Gebietsschutz Quartiere an der Aare» zuzustimmen und auch den Stimmberechtigten zum Entscheid vorzulegen. Wir empfehlen auch die Zustimmung zu den Ausführungskrediten für die Ausführungsmassnahmen, und zwar mit einem Verhältnis von 8 Ja zu 0 Nein bei 3 Enthaltungen. Ebenfalls empfehlen wir euch, der Abstimmungsbotschaft mit dem Änderungsantrag der PVS, dass man das «nur» streicht, mit 11 Ja zu 0 Nein bei 0 Enthaltungen zuzustimmen. Danke vielmals.

Präsident: Danke, Barbara Nyffeler. Wir würden die Diskussion zu diesem Traktandum hier unterbrechen. Ich übergebe dem Veranstalter des Aare-Schwimmens das Wort: Ueli Jaisli.

Ueli Jaisli (SVP): Ja, Freude herrscht. Wir haben noch einen «gäbigen» Sommer jetzt, trotz der Kälte, die wir schon gehabt haben vor 14 Tagen. Der Sommer ist zurück, und zwar recht gut. Wir haben ideale Voraussetzungen, um heute das Schwimmen durchzuführen, das Stadtratsschwimmen. Ich möchte mich kurzfassen. Wir treffen uns um 19.30 Uhr beim Haupteingang Marzilibad. Und auch die, die ganz spontan mitkommen wollen – das ist jedem freigestellt –, sind herzlich willkommen. Badehosen oder sonst irgendwie Bade-Tenüs kann man mieten. So bin ich orientiert worden. Danke und auf bald.

Präsident: Gute Pause miteinander. Bis um 20.30 Uhr.

Die Sitzung wird unterbrochen um 18.58 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

X

Michael Hoekstra

für das Protokoll

X

Anita Flessenkämper

Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.25 Uhr

Stadtrat anwesend

Michael Hoekstra, Präsident

Yasmin Amana Abdullahi
 Valentina Achermann
 Janina Aeberhard
 Timur Akçasayar
 Lena Allenspach
 Ruth Altmann
 Ursina Anderegg
 Mirjam Arn
 Tom Berger
 Diego Bigger
 Lea Bill
 Laura Binz
 David Böhner
 Michael Burkard
 Eva Chen
 Francesca Chukwunyere
 Dolores Dana
 Sibyl Eigenmann
 Vivianne Esseiva
 Alexander Feuz
 Jelena Filipovic
 Sofia Fisch
 Katharina Gallizzi
 Lionel Gaudy
 Franziska Geiser

Thomas Glauser
 Claude Grosjean
 Lukas Gutzwiller
 Bernadette Häfliger
 Erich Hess
 Thomas Hofstetter
 Matthias Humbel
 Seraphine Iseli
 Ueli Jaisli
 Bettina Jans-Troxler
 Anna Jegher
 Raffael Joggi
 Nora Joos
 Barbara Keller
 Ingrid Kissling-Näf
 Fuat Köçer
 Nora Krummen
 Anna Leissing
 Corina Liebi
 Maurice Lindgren
 Matteo Micieli
 Szabolcs Mihalyi
 Tanja Miljanovic
 Niklaus Mürner

Dominic Nellen
 Barbara Nyffeler
 Halua Pinto de Magalhães
 Simone Richner
 Claudio Righetti
 Mirjam Roder
 Sarah Rubin
 Michael Ruefer
 Kurt Rüegsegger
 Vanessa Salamanca
 Mahir Sancar
 Judith Schenk
 Sara Schmid
 Nicole Silvestri
 Chandru Somasundaram
 Ursula Stöckli
 Irina Straubhaar
 Therese Streit-Ramseier
 Bettina Stüssi
 Michael Sutter
 Johannes Wartenweiler
 Janosch Weyermann
 Marcel Wüthrich
 Paula Zysset

Stadtrat entschuldigt

Gabriela Blatter
 Milena Daphinoff

Simone Machado
 Salome Mathys

Florence Schmid
 Lukas Wegmüller

Gemeinderat anwesend

Marieke Kruit TVS

Stadtkanzlei anwesend

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Ratssekretärin

Franck Brönnimann, Stv. Ratsweibel

Cornelia Stücker, Sekretariat

2000.GR.000398**11 Fortsetzung: Hochwasserschutz Aare Bern: Wasserbauplan «Gebietschutz Quartiere an der Aare» und Ausführungskredit (Abstimmungsbotschaft)**

Präsident: Geschätzte Anwesende, ich begrüsse Sie herzlich zur zweiten Sitzung. Wir sind beschlussfähig und fahren weiter beim Traktandum Nummer 11. Ich bitte Sie Platz zu nehmen. Dann erteile ich das Wort für das Fraktionsvotum der GFL/EVP-Fraktion Tanja Miljanovic.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: Ich bin ehrlich mit euch, das Geschäft hier, das deprimiert mich. Fast 150 Millionen Franken für den Hochwasserschutz und vor den Sommerferien noch einmal 48 Millionen Franken bei den Klimaanpassungsmassnahmen entlang dem Fernwärmenetz. «Ja und?», werdet ihr euch jetzt fragen, ist doch nötig. Natürlich ist es nötig, aber die Frage ist eine andere. Warum ist es denn nötig? Ich sage es euch. Es ist nötig, weil wir seit Jahrzehnten falsch priorisieren und nicht genug in den Klimaschutz investieren. Versteht mich nicht falsch. Seit ich im Rat bin, setze ich mich dafür ein, dass wir Klimaschutz und Klimaanpassung gleichwertig behandeln und doch – sind wir ehrlich –, es ist doch einfach traurig, dass wir 2023 auf dem Gebiet der Stadt Bern 200 Millionen Franken investieren müssen, um die Bevölkerung vor den Auswirkungen der Klimakrise zu schützen. Für jene, die jetzt meinen, dass ich vom Thema abschweife, nein, die Kurve kommt gerade. Der Punkt ist, der GFL/EVP-Fraktion geht es um die richtige und nachhaltige Priorisierung von knappen Finanzmitteln, und zwar bei jedem Geschäft. Stellt euch vor die GFL/EVP-Fraktion oder kantonal nachher die Grünen, hätten vor 20 Jahren 200 Millionen für den Klimaschutz beantragt, da hätte uns der Kanton und wahrscheinlich auch die Mehrheit des Rates hier den Vogel gezeigt. Aber jetzt, dieses Jahr 200 Millionen für Schutz und Anpassung ausgeben, das geht und muss. Aber damit haben wir noch keinen einzigen Rappen ausgegeben für den Klimaschutz. Für den Klimaschutz, das kommt noch obendrauf, denn auch das ist nötig. Aber schauen wir doch nicht zurück, sondern nach vorne und genau in dem Kontext haben wir unseren Kürzungsantrag von ungefähr 2 Millionen Franken gestellt. Denkmalschutz und das Ortsbild sind natürlich wichtig, ist auch schön und gut. Aber es kann doch nicht sein, dass wir zu einer Zeit von wachsender Armut zum Beispiel unmöglich 3 Millionen Franken für das Grundeinkommen für ein Pilotprojekt ausgeben können, aber eine massive Sandsteinmauer anstelle einer schön aufbereiteten Betonmauer im Bereich Matte, das geht, und zwar allein aus ästhetischen Überlegungen. Denn funktional, wenn man mit verschiedenen Experten darüber spricht, ist Sandstein an diesem Standort nicht. Er ist viel zu weich, wird schnell abgetragen und das bedeutet auch, dass der Unterhalt dazu auch noch einmal teurer wird. Ein weiterer Punkt ist, dass während in der Stadt Bern auch in diesem Sommer Menschen an der Hitze sterben, die Stadt Bern zu wenig Geld hat, um laufende Freiraum-Projekte richtig zu betreuen. Aber Geld für Ästhetik, das haben wir. Wenn es mindestens eine Auflage der Eidgenössischen Kommission für Denkmalschutz wäre, dann könnten wir die Verantwortung abgeben und sagen: «Ja, wir müssen». Aber das ist es nicht. Die Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege (EKD) hat 2015 in der Matte eine aufbereitete Betonmauer verlangt und 2017 aufgrund vom Druck aus der Stadt Bern nachgeben und das okay für die Sandsteinvariante, die teurer ist, erteilt. Denkmalschutz, ich habe es vorhin gesagt, in einer historischen Stadt ist wichtig. Aber wir sollten damit aufhören, uns selbst unnötige und luxuriöse Denkmäler zu setzen. Das Fazit: wir haben lieber

eine schön aufbereitete Betonmauer in der Matte und 2 Millionen extra für den Klimaschutz oder auch soziale Anliegen, als dass wir das Geld in den Sand setzen und immer wieder uns persönliche Denkmäler aufbauen. Das ist eine einfache Sparmassnahme, die niemandem weh tut, und wir bitten Sie wirklich, diese zu unterstützen. Wenn unser Antrag abgelehnt wird, wird zumindest der GFL-Teil der Fraktion auch das Geschäft ablehnen.

Präsident: Merci vielmals, dann käme als nächstes Jelena Filipovic für das GB/JA!

Jelena Filipovic (GB) für die Fraktion: Die GB/JA!-Fraktion wird am Ausführungskredit und der Abstimmungsbotschaft zustimmen. Zu den Anträgen komme ich ein bisschen später. Die Geschichte der Ausarbeitung des Wasserbauplans und dem Projekt «Gebietsschutz Quartier an der Aare» geht jetzt über 10 Jahre und wird uns noch einige Jahre bis zur Realisierung begleiten. Mitunter ein Grund für den langwierigen Prozess ist der verständliche Widerstand aus der Bevölkerung gewesen. 10 Jahre später hat sich sowohl die Ausgangslage geändert und das Projekt ebenfalls. Und im Gegensatz zu 2013 hat leider die Dringlichkeit des Projektes zugenommen. Das aufgrund von der akuten Klimakrise, die exponentiell zugenommen hat. Deshalb ist jetzt auch der richtige Zeitpunkt, dieses Projekt umzusetzen, auch im Hinblick auf die Kompetenzverschiebung, die sich ergeben würde, wenn wir oder die Bevölkerung dieses Geschäft ablehnen würden. Wie Sie dem Vortrag entnehmen konnten, würde die Kompetenz dann an den Kanton gehen. Auch wenn ich mich persönlich viel lieber und eindringlicher darum kümmern würde, dass wir unsere Investitionen in Klima-Mitigationsmassnahmen setzen, auch um nur annähernd unsere Klimaschutzziele zu erreichen, können wir leider unsere Augen vor den bereits realen Auswirkungen nicht verschliessen. Die bereits realen Auswirkungen für die Schweiz ist unter anderem das Hochwasserrisiko. Ich nehme an, dass die Überschwemmungen von 2005 die meisten von euch noch bildlich vor sich haben. Starkniederschläge und das Hochwasser 2021 in Bern sind erst gerade kürzlich passiert. Gleichzeitig ist 2021 gefühlt halb Mitteleuropa unter Wasser gestanden. Mehreren 100 Menschen hat die Umweltkatastrophe das Leben gekostet und das ist leider keine Ausnahme und auch kein Einzelfall mehr. Mit den neusten Erkenntnissen können wir davon ausgehen, dass mit jedem Grad mehr extreme Niederschlagsereignisse um etwa 7 Prozent zunehmen werden. Das hat direkte Auswirkungen auf das Leben der Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Bern, auf das Leben der Menschen, die sich bei der Feuerwehr engagieren und im Extremfall vor Ort sein müssen und nicht zuletzt auf die Sachschäden. Das Hochwasser von 2005 hat sowohl Menschenleben als auch Sachschäden von rund 90 Millionen Franken gekostet. Dem gilt es also jetzt so gut und so rasch wie möglich entgegenzuwirken. Die aktuelle Vorlage bietet nach langen Projektierungsphasen, in denen verschiedene Versionen geprüft wurden, gemäss dem Gemeinderat die bestmögliche Lösung für die Risikoeinschätzung und für die Anwohnerinnen und Anwohner. Damit das auch weiterhin sichergestellt werden kann, begrüssen wir, dass die Umsetzung auch weiterhin im engen Austausch mit den Quartierbewohner*innen stattfinden und abgestimmt werden soll. Noch kurz zu den Anträgen. Die Rückweisungsanträge der SVP lehnen wir alle ab, auch in Anbetracht der Dringlichkeit. Auch den Antrag der Mitte und der SVP, auf Schutzmassnahmen im Altenberg zu verzichten, erachten wir als vollkommen unsinnig. Ein Schutzkonzept funktioniert nur, wenn alle Anwohner geschützt werden. Die Anträge der FDP lehnen wir ebenfalls ab. Für den Kürzungsantrag der GFL hatten wir sehr grosse Sympathien, müssen ihn aber aufgrund von neuen Rückmeldungen aus der Verwaltung doch ableh-

nen. Eine weitere Abklärungsphase mit dem Denkmalschutz würde zu Mehrkosten führen, die das wirkliche Einsparpotenzial durch die beschmückte Betonwand massgeblich infrage stellen würden. Wir finden es dann noch sehr fraglich, ob Sandstein bei einer Schutzmauer nötig gewesen wäre, und wünschen uns in Zukunft für zukünftige Projekte eine frühzeitige und bessere Abklärung und eine klarere Kommunikation innerhalb der Kommission. Den Antrag der PVS-Mehrheit nehmen wir ebenfalls an. Besten Dank.

Präsident: Merci vielmals Jelena. Dann käme als nächstes Johannes Wartenweiler für die SP/JUSO-Fraktion.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Die Aare, die arbeitet und sie wird sich weiter und tiefer in die Aare-Schleife hineinarbeiten und hineingraben. Die Englische Anlage, der Bärengaben, der Altenberg werden langsam absacken. Irgendwann wird auch die Nydegg-Brücke instabil und die Altstadt mit dem Münster, Rathaus, usw. verliert den Halt und landet im Flussbett. Gleichzeitig hält der Wasserdruck beim Marzili an und das Bundeshaus, der Hauptbahnhof und die Reitschule flutschen runter. Das Letzte würde vermutlich die SVP freuen, wenn es sie dann noch gäbe und die Aare hätte wieder einen geraden Lauf. Warum also von Hochwasserschutz reden, wenn es sowieso irgendwann passiert. Die Prozesse sind wahnsinnig langsam. Die durchschnittliche Erosion beträgt pro Jahr 1 Millimeter und es lohnt sich deshalb schon hier und jetzt in einen modernen Hochwasserschutz zu investieren, und zwar nicht nur in der Stadt Bern, sondern im ganzen Aare-Abschnitt und das ab Thun. Das macht der Kanton, und auch in der Stadt Bern würde er diese Aufgabe übernehmen laut Gesetz, wenn die Stadt nicht schon von sich aus zu planen angefangen hätte. Denn nach dem Hochwasser von 1999 mit 613 m³ pro Sekunde und 2005 mit 605 m³ pro Sekunde, nachdem man jahrzehntelang ohne Hochwasserereignis wieder mit der Aare konfrontiert wurde, die mehr als 500 m³ pro Sekunde hatte. Die Matte ist damals Unterwasser gestanden und musste evakuiert werden und weite Teile vom Dählhölzli bis zum Stauwehr auch. Ich glaube, die Fischeschotter oder die Biber sind damals geflüchtet. Und auch 2021 wurde es wieder knapp mit 562 m³ pro Sekunde, aber dort hatte die Stadt schon etwas gelernt. Die Folgen des Klimawandels sind singuläre Ereignisse, ich werde das jetzt hier nicht diskutieren. Ich glaube, es ist klar, dass es den Klimawandel gibt. Das ist unbestritten, aber es kann dann einfach auch die einzelne Situation manchmal zu einem Hochwasser führen. Das vielleicht unabhängig davon, aber es ist völlig klar. Heute entscheiden wir über ein umfangreiches, etappierbares Wasserbauprojekt zwischen Dalmazi und Altenberg mit einer Vielzahl von Einzelmassnahmen, die ich jetzt hier nicht einzeln würdigen möchte, weil das alles schon im Bericht geschehen ist. Der Schwerpunkt liegt in der Matte, die besonders stark betroffen ist und deshalb auf der Gefahrenkarte auch rot eingefärbt ist. Dort ist es aktuell nicht möglich, irgendwelche baulichen Weiterentwicklungen zu machen. Der Kostenpunkt: rund 150 Millionen Franken, von denen fliessen vielleicht die Hälfte, vielleicht ein bisschen weniger, später wieder zurück in die Stadtkasse. Eine teure Sache, unbestritten, aber geplant über ganz viele Jahre nach bestem Wissen und Gewissen. Es ist jetzt nicht der Moment, das Gesamtprojekt infrage zu stellen und schliesslich auch noch eine Ergänzung: auch wenn das Projekt gebaut wird, es wird weiterhin mobile Massnahmen brauchen, um das Hochwasser zu bekämpfen. Aber auch, wenn die SP/JUSO-Fraktion das Gesamtprojekt jetzt hier nicht in Frage stellen will, kann ich ein paar Anmerkungen machen, etwa die folgende: Man hat aus dem Hochwasser gelernt. Die Krane bei der Dalmazi-Brücke und oberhalb des Schwellenmätteli nehmen Schwemmholz heraus und halten den Weg für das Wasser offen. Mobile Schläuche, wie Beaver-Schläuche, schaffen Schutz und mit SMS-Alarm wird vor

Hochwasser gewarnt. Die Stadt hat so die Situation 2021 entschärfen können. Allerdings hält der Gemeinderat fest, dass alle temporären Massnahmen aufwändig sind und an ihre Grenzen stossen. Ein fester Hochwasserschutz ist das Sicherungsnetz, die Basis des ganzen Systems. Der Umfang des Hochwasserschutzes ist nicht willkürlich, sondern das Ergebnis einer Kosten- und Nutzenanalyse. Bei Abflussmengen von der Aare von viel mehr als 600 m³ pro Sekunde stösst man irgendwann an Grenzen und nachher kann man nicht mehr dagegenhalten. Die Kosten können wir uns nicht leisten. Wir haben ein teures Projekt vor uns, und wenn es in die Kommission kommt, sind nur minimale Korrekturen möglich. Die Weichen sind schon viel früher gestellt worden, während dem Planungskredit und über die Vorlage hat die Bevölkerung bereits 2013 befunden, und zwar dann mit mehr als 80 Prozent Zustimmung. Wir sollten grundsätzlich infrage stellen, was es kosten darf, bevor wir beginnen zu planen. Ich weiss, das ist eine mühsame Herangehensweise, aber mehr Köpfchen im Vorfeld könnte weniger Beton bedeuten. Das wäre dann auch noch ein ökologischer Vorteil. Die Denkmalpflege, das Gütesiegel der UNESCO hängt uns manchmal wie ein Mühlstein am Hals, insbesondere entlang der Aare-Strasse, muss man auf den Denkmalschutz städtisch, aber auch national sehr Rücksicht nehmen. Aus meiner Sicht zu sehr. Neu soll dort eine Sandsteinmauer den Uferschutz sicherstellen. Wir werden sehen, ob wir uns hier eine zusätzliche Münsterbauhütte einhandeln. Die Mehrkosten gegenüber einer normalen Betonmauer betragen 6 Millionen Franken. Das ist ein Fakt, aber es ist zu spät, hier noch Änderungen vorzunehmen zu wollen, wie das auch die GFL vorsieht. Mitsprache: im Altenberg ist man sehr gegen diese Verbauung gewesen und hat sich wortstark und mit einer Petition gewehrt, weil aber die Altenbergstrasse als Rettungsachse für das Altersheim und auch für die anderen Wohnungen unbedingt offen muss bleiben, konnte man sich nicht komplett davon verabschieden, hier mit baulichen Massnahmen gewisse Schutzmassnahmen sicherzustellen. Und schliesslich Einzelinteressen: offensichtlich ist ein durchgehender Aareweg in der Matte, wie es vom kantonalen Gesetz eigentlich vorgesehen ist, am Widerstand von privaten Eigentümern gescheitert. Es stellt sich schon die Frage, ob man nicht ein bisschen Entgegenkommen erwarten darf, wenn die öffentliche Hand mit viel Geld den Standort und den Werterhalt der eigenen Liegenschaft sichert. Immerhin haben die beiden Hochwasser Schäden im Wert vom Umfang von etwa 90 Millionen Franken verursacht. Und zum Schluss: das Projekt ist so umfangreich, dass wir das gemäss Peter-Prinzip eigentlich in 5 Minuten durchwinken müssten und müssten uns dann nachher ausgiebig über die Farben von der neuen Tramhaltestelle austauschen. Das wollte ich noch gesagt haben. Die SP/JUSO-Fraktion stimmt dieser Vorlage zu. Wir lehnen alle Anträge ab, ausser dem Antrag von der PVS zur Abstimmungsbotschaft, in der man das Wörtchen «nur» vor den 140 Millionen Franken herausnimmt und Antrag 5/6 hat meine persönliche Sympathie. Ich würde schon erwarten, dass es bei einem Projekt von dieser Grösse eine künstlerische Spiegelung geben muss. Danke vielmals.

Präsident: Danke vielmals Johannes. Dann käme als nächstes Alexander Feuz für die SVP.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich möchte zuerst Barbara Nyffeler danken für ihre Ausführungen, die sie gemacht hat. Ich kann ihr weitgehend zustimmen. Sie haben gesehen, wir haben selbst auch Anträge gestellt. Ich werde auch im Rahmen meines Vortrags gezielt auf die Anträge und auch auf die anderen gestellten Anträge eingehen, weil das Projekt doch ein paar Punkte enthält, bei denen ich der Meinung bin, dass wir darüber sprechen müssen. Vielleicht mal etwas Grundsätzliches. Sie haben hier den

Rückbau der Aarstrasse. Ich glaube, das ist auch rechtskräftig. Wir sind dort sehr skeptisch, und zwar aus 2 Gründen: die Stadt hat häufig in den Sechzigerjahren alle Strassen ausgebaut, beispielsweise die Egghölzlistrasse. Grundeigentümer haben massive Beiträge leisten müssen. Man hat immer gesagt, auch jenen in der Elfenau, ihr habt jetzt eine bessere Erschliessung. Wir haben uns dagegen gewehrt und gesagt, wir haben Nachteile, wir haben Mehrverkehr. Für uns stellt sich einfach grundsätzlich die Frage, ob die Leute, denen jetzt die Strasse aufgehoben wird, allenfalls wieder einen Teil von diesen Beiträgen, die sie zahlen mussten, die sie nicht zahlen wollten, die sie lieber nicht gezahlt hätten, wiederum zurückbekommen. Ich bin der Meinung, dass wäre ein Grund für eine Rückweisung, und zwar geht es schnell, um das abzuklären, das wird das Geschäft nicht gross verzögern. Deshalb sind wir der Meinung, man sollte das machen. Der zweite Punkt ist die Frage der Sicherheit. Sie kennen mich, ich bin ehemaliger Hauptmann, ich weiss in etwa, wie das ist mit diesen schweren Lastwagen, wenn man die Sache zurückbaut. Es hat jetzt zwar schon Buchten. Ich bin einfach der Meinung, wenn es dann wirklich mal kritisch ist und es eilt, und Baumstämme verklemmen dort draussen, braucht man eben dann gleich die nötigen Kapazitäten. Man braucht den nötigen Platz. Die Fahrzeuge sind teilweise schwer, es wird Material abgeladen und wenn sie diese Sache zurückbauen, ist es heikel. Ich bin der Meinung, man sollte da zumindest mit dem Verbindungsstab, dem Kanton und der Armee zusammenkommen, um die Sache anzuschauen, ob man das nicht anders machen sollte und ob das zulässig ist. Ich weiss, der Kanton hat dieser Sache zugestimmt. Ich weiss, in dem Kanton gerade bei dieser Sache haben unter der Ägide Egger und Schaer natürlich einen Haufen rot-grüne Fachbeamter reingeholt, aber schaut das vielleicht mal mit den Leuten der Armee, dem Genie-Kommando, auch dem Rettungsdienst und insbesondere mit dem Verbindungsstab der Armee an, geht das oder nicht. Ich bin einfach skeptisch. Ich kann euch sagen, wenn ihr eine Krisensituation habt, schaut wie viele Fahrzeuge und wie viel Material ihr habt. Wenn unter Umständen die Leute in der Matte ihr Zeug abtransportieren wollen, dann habt ihr nachher ein Problem. Nachher der dritte Punkt, zu dem wir einen klaren Ergänzungsantrag haben. Hier sagen wir einfach klar, dass auf den vorgesehenen Rückbau der Aarstrasse zu verzichten sei. Es ist mir klar, dass die Strasse abklassiert ist, aber man soll sie wenigstens nicht zurückbauen. Ich war damals schon im Stadtrat, als wir Millionen gesprochen haben für die dummen Poller. Ich war immer dagegen. Man hat viel Geld gesprochen für das andere. Ich finde das schon einen Affront für den Steuerzahler. Dann lasst es wenigstens sein. Dann noch eine Bemerkung, die ich sagen will, bevor ich zu den einzelnen Anträgen, der anderen komme. Ich bin der Meinung, dass die Matte schon immer mit Überschwemmungen leben musste. Das ist immer etwas, was man weiss, was man hat, aber man muss aufpassen, dass man es nicht verschlimmert. Und es ist schade, ich habe eigentlich zuerst mit dem Einklicken auf Lionel Gaudy gewartet, weil ich ihm den Vortritt geben wollte. Er hat einen Antrag gestellt zusammen mit Janosch Weyermann, denn wir unterstützen, dass man auf das Projekt «Gebietsschutz Quartier an der Aare, Altenberg» sowie auf die «Siedlungsentwässerungsmassnahmen Altenberg» verzichten soll und dass der Kredit so gekürzt wird. Den unterstützen wir klar, weil ich der Meinung bin, dass es nicht dermassen dramatisch ist, wenn man es so machen muss. Ich kenne auch die Problematik des Kantons. Das hat Barbara Nyffeler richtig ausgeführt, aber ich bin der Meinung, dass man das hier machen könnte. Man kann keine hundertprozentige Sicherheit haben, ich bin der Meinung, mit diesen Varianten, die wir dahaben, ist das richtig. Ebenfalls der Antrag von Ursula Stöckli, dass man den KiöR-Beitrag streichen soll, das unterstützen wir und dem Eventualantrag 6 stimmen wir ebenfalls zu. Wo wir nicht einig sind, das kann ich ihn ganz ehrlich sagen: Das ist das mit den

Sandstein-Quadern. Es gibt Leute in unserer Fraktion, die diesen Kürzungsantrag unterstützen. Ich selbst gehöre zu denen, die dem nicht zustimmen, denn es kann für mich nicht sein, dass man bei den Privaten kleinlich schaut, ob er den richtigen Sandstein hat, aber wenn die Stadt baut, kann man es immer grosszügig machen. Dort gilt das dann nicht. Für mich ist es klar. Ich sehe das mit dem Kanton, aber ob ich dem Kredit zustimme, da ihr all die Sachen rückbauen wollt und nachher Betonquader machen wollt, da habe ich vielleicht auch den Mut, mich da zu enthalten. Dann soll das nachher entscheiden, wer das will. Das sind meine Ausführungen teilweise auch persönlich gefärbt. Wie gesagt, ich halte klar fest, das gestehe ich Barbara Nyffeler zu, wir haben wenig Handlungsspielraum. Aber ich bin trotzdem der Meinung, dass Anträge gestellt wurden und Sie haben auch die gesehen, die wir haben gestellt, die führen nicht zu einer grossen Verzögerung. Ich lasse jetzt den anderen Fraktionssprechern das Wort, insbesondere Ursula Stöckli, die ihre Anträge näher begründen wird.

Präsident: Vielen Dank, Alex. Als nächste kommt Ursula Stöckli für die FDP/Jungfreisinn-Fraktion.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion: «Hochwasserschutz Aare Bern»: vorab die FDP/JF-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen. Zum Geschäft selbst. Das Projekt ist wieder einmal ein prägendes für die Stadt. Es wird das Bild der Stadt aus der Touristen-Sicht prägen und darum muss es auch ein bisschen anständig aussehen. Zu dem komme ich später. Hätten unsere Vorfahren die Mittel gehabt, hätten sie das vielleicht auch schon realisiert. Die Hochwasser sind nämlich nicht neu, auch wenn die Matte-Bewohner seit Generationen mit dem Hochwasser leben lernen mussten, es muss etwas gemacht werden. So geht es natürlich nicht mehr. Einen Stollen hat man leider verwerfen müssen und nun liegt ein ausgereiftes Projekt vor, das von Spezialisten in jahrelanger, wirklich jahrelanger Arbeit erarbeitet wurde. Ich gehe jetzt nicht im Detail auf das Geschäft ein. Es wäre zu komplex und ihr habt es ja alle gelesen. Wichtig ist, dass es breit abgestützt ist, und dass es auch schon Anpassungen aufgrund von Feedbacks von Bewohnern*innen und von Mitwirkungen gab. Darum komme ich gerade direkt zu den Anträgen. Anträge Nummer 1, 2 und 3 lehnen wir ab. Nummer 1 kann dann nachher im Rahmen des Projektes angeschaut werden. Nummer 4 lehnen wir ganz klar ab: Hydrologie ist ein anspruchsvolles Spezialgebiet. Diesen Teil vom Altenberg kann man nicht einfach herausreissen aus dem Projekt, aus dem Gesamtprojekt. Es ist eine Gesamtheit, es ist eine komplexe Sache und das muss man unbedingt drin lassen. Stellen Sie sich einmal vor, man würde das Herausnehmen, es gäbe ein Hochwasser und der Altenberg würde überschwemmt. Was würde es dann heissen? Es würde heissen, dass wir so viel Geld ausgegeben haben und es gibt trotzdem noch Überschwemmungen. Was ist das für ein Mist. Es würde nicht heissen, es war damals ein Antrag der Mitte im Stadtrat. Das weiss nämlich niemand mehr. Es würde heissen, dass das ganze Projekt für nichts sei und wieso wir so viel Geld ausgegeben hätten. Wie gesagt, es ist ein komplexes Projekt. Hydrologie ist ein komplexes Thema und das muss man wirklich zusammenlassen. Antrag 5 und 6 sind unsere FDP-Anträge und wenn man jetzt die Antragsbegründung noch hätte, hätte ich von Anfang an sagen können Antrag 5 ziehen wir zurück. Jetzt habt ihr euch schon Gedanken gemacht über den und jetzt ziehen wir ihn halt eben zurück, weil wir nichts machen können. Wir müssen das KiöR-Reglement ändern. Antrag Nummer 6: im KiöR-Reglement heisst es, dass bei Hochbauprojekten dieses Prozent in der Regel unmittelbar projektgebunden für Kunst und Bau verwendet wird. In den übrigen Fällen wird der entsprechende Betrag in die Spezialfinanzierung eingelegt. Ich sage es jetzt mal so: Das Projekt hat so viele Mauern,

die über dem Boden sind. Wir schauen das jetzt einfach einmal als Hochbauprojekt an, und darum könnte man den KiöR-Betrag dann wirklich auch dort einsetzen und dort etwas wirklich Feines und Kreatives machen. Antrag Nummer 7 lehnen wir ganz klar ab. Ausgerechnet die Partei mit dem Grün im Namen kommt mit dem Vorschlag vom Beton. Beton an Stelle von einem Naturmaterial. Es ist schon sehr erstaunlich, wo bleibt da die Ökologie? Es gibt glaube ich nichts Ökologischeres als ein Naturmaterial Sandstein, welches 7 Kilometer von hier abgebaut werden kann und einen kurzen Transportweg hat. Und wie kann man hier eine Betonmauer schon rein aus ästhetischen Gründen vorschlagen? Schon das geht gar nicht und von der Ökologie her auch gar nicht. Sandstein ist ein Naturmaterial mit einem 7 Kilometer-Transportweg. Also ich bitte Sie. «Sprayerien zu entfernen» die hier als Argument aufgeführt wird, ist ja wirklich von hinten hergedacht. Sprayerien bei Sandstein zu entfernen ist nicht schwieriger als Sprayerien von Beton zu entfernen. Und abgesehen davon, das Problem ist nicht Sandsteinmauer, das Problem sind die Schlaumeier, die an die Sandsteinmauer sprachen, das ist das Problem und nicht die Sandsteinmauer. Und deshalb bitte ich Sie wirklich, diesen Antrag absolut abzulehnen. Antrag 8 ist okay. Das Wörtchen kann man ändern. Fazit: die FDP/JF-Fraktion sagt ganz klar ja zu diesem Projekt, und zwar zum Gesamtprojekt. Wir sagen ganz klar nein zu den Abänderungen und sagen ganz klar ja zu einer Bern würdigen Ausführung.

Präsident: Danke vielmals. Frage in die Runde, gibt es noch weitere Fraktionsvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann sind wir bei den Einzelvoten, Sibyl Eigenmann.

Sibyl Eigenmann (Mitte), Einzelvotum: Ich möchte wider Erwarten nicht als Bewohnerin des Marziliquartiers etwas sagen, sondern in meiner Funktion als Stadtführerin, nämlich zum Sandstein. Bern ist eine Sandsteinstadt. Wir verfügen heute über 2 Sandsteinquellen, die eine ist beim Spiegel und die andere in Ostermundigen. Von dem her, macht man einen Sandstein gegen den Beton-CO₂-Vergleich und so, spricht es wahrscheinlich eher für den Sandstein. Man hat die Münsterbauhütte in der Stadt, daher wäre auch das Handwerk für die Sandsteinrestaurierungen im Fall sicher gegeben. Ich bin ganz klar als Stadtführerin, die doch einen Blick für das Ästhetische in dieser Stadt hat, der Meinung, dass, wenn wir schon unsere Aare sowie unser Aareufer für Jahrhunderte oder für Jahrzehnte verbauen, die Ästhetik eine Rolle spielen darf. Und auch der kleine Betrag, den es dann ausmacht, in dem Riesenbetrag, sollte es uns sicher Wert sein. Bern ist eine Sandsteinstadt und sicher keine Betonstadt. Und das hören wir in anderen Geschäften in diesem Parlament ja auch immer wieder. Besten Dank, dass ihr diesen Antrag ganz sicher ablehnt.

Präsident: Merci vielmals Sibyl. Dann hat das nächste Einzelvotum Francesca Chukwunyere.

Francesca Chukwunyere (GFL), Einzelvotum: Das ist erstaunlich, was man mit einem Betonvotum gegen Sandstein für Emotionen auslösen kann, hätte ich nicht gedacht. Ich bin eine Pragmatikerin, ich bin Tochter eines Architekten. Sandstein ist ein weiches Material, es spült relativ schnell aus. Wir haben Beton, der eigentlich den funktionalen Kriterien besser gerecht wird. Ich habe das abgesprochen mit einem Fachspezialisten. Er hat mir absolut zugestimmt. Was mich aber viel tragischer scheint, ist, dass man offenbar das Gutachten vom nationalen Denkmalschutz, welches seit 5 Jahren vorliegt, uns vorenthalten hat und auch auf Nachfrage hin nur eine späte Stellungnahme erfolgte. Und der nationale Denkmalschutz hat aus funktionalen Gründen zuerst auf einer

Betonmauer bestanden und jetzt hat man im Nachhinein aus dieser Maus eine «Kann»-Formulierung gemacht. Eben das ist so das, was es fachlich dazu zu sagen gibt. Man könnte damit 2 bis 3 Millionen einsparen. Das ist nicht viel auf 175 Millionen. Das gebe ich zu. Letztes Jahr bin ich sehr gescholten worden, weil ich 1 Million mehr für ein Grundeinkommenprojekt ausgeben wollte. Also immer hin sind es 2 bis 3 Millionen, die man statt in Beton oder in Sandstein in soziale Projekte investieren könnte. Danke fürs Zuhören.

Präsident: Merci vielmals Francesca. Dann käme Kurt Rügsegger.

Kurt Rügsegger (SVP), Einzelvotum: Das ist sicher ein sehr komplexes Geschäft, der Hochwasserschutz. Aber ich bin der Meinung, gerade was den Beton anbelangt, wie auch zum Sandstein muss ich sagen, klar ist die Stadt Bern mehrheitlich aus Sandstein, aber ob das Material, welches ganz andere kapillare Strukturen hat als der Beton, da habe ich nicht das Gefühl, dass das Baumaterial ist, welches ich nehmen würde. Schon gar nicht bei der Aarstrasse, weil ich glaube, dass die Aarstrasse wie sie ist, man ja gar nicht zurückbauen müsste. Wir können dort einfach mit den heutigen Technologien, die man im Wasserbau hat, ganz gut betonieren. Es sieht gar niemand darunter, weil ja das Trottoir eigentlich über der Aare verläuft und das andere ist noch, wenn ein Hochwasser kommt, sind wir vielleicht froh, dass es dort ein Geländer hat, damit das Wasser wieder abfließen kann. Wenn man es aufmauert, dann kanalisiert man das Hochwasser eigentlich. Und meistens, wenn dann das Hochwasser kommt, kommt dann noch ein Haufen anderes mit, nämlich Holz. Und ich glaube, dass das Holz das Schlimmste ist, was wir haben in der Aare, das dazu führt, dass es eben dann in der Matte überlaufen kann. Und das andere ist auch bei der Aarstrasse, dort müssen dann die schweren Geräte zirkulieren können. Was haben Sie das Gefühl, warum hat Alexander Tschäppät seinerzeit gesagt: «Wir müssen die Aarstrasse machen»? Wegen dem Gewerbe, vor allem wegen der Stadtmühle, und den anderen Gewerblern, die in der Matte sind, dass man nicht durch die Matte fahren musste, sondern auf dem schnellsten Weg aus der Matte herausgekommen ist mit diesen Tonnagen. Deshalb bin ich der Meinung, dass man heute mit diesen Technologien gerade im Sektor Beton, das gut nützen könnte, denn beim Beton ist Farbe beimischen heute absolut kein Problem. Und ob dann das die Stadt derart verändert, wie Sibyl Eigenmann gesagt hat, unter dem Wasser? Ich glaube nicht daran, denn die Mauer wird sich mit der Zeit durch den Regen und alles darum und daran sicher auch verändern. Und wenn man dort noch ein paar Blümchen am Rand anpflanzt, dann ist dort auch Leben auf der Betonmauer und das nimmt gar niemand mehr recht wahr. Darum sehe ich eigentlich auch von meiner Seite her, nicht aber alle anderen von meiner Partei, doch in dem Antrag Nummer 7 eigentlich auch etwas Positives. Auch wenn die Hydrologie etwas anderes sagt, was ich auch begreifen kann, aber ich glaube, gerade dort würde ich tatsächlich den Beton am Sandstein vorziehen, nicht nur aus den finanziellen Überlegungen, sondern auch wegen der Lebensdauer. Der Sandstein hat nicht die Lebensdauer. Wir wollen nicht wie am Münster nachher immer wieder ein Gerüst, weil man den Sandstein erneuern muss, denn das Wasser hat so viel Kraft und Schleifeigenschaften. Auch wenn das Geröll kommt, kann ich mir gut vorstellen, dass man nachher innerhalb von kürzester Zeit schon wieder die ersten Sandsteinreparaturen vornehmen muss. Danke fürs Zuhören.

Präsident: Merci vielmals Kurt. Dann käme als nächstes Lionel Gaudy.

Lionel Gaudy (Mitte), Einzelvotum: Ich möchte nur ein paar Worte zu unserem Antrag sagen. Der Mensch liegt schon seit längerem im Irrtum, dass er das Gefühl hat, er könne die Natur beherrschen. Wir diskutieren hier über das Projekt, bei dem es um den Hochwasserschutz geht in der Stadt Bern. Wir sind uns alle einig, dass man sich nicht vor jedem Ereignis schützen können wird. Wir sind der Meinung, dass im Bereich Altenberg die heutigen mobilen Schutzeinheiten und Schutzmassnahmen, die man treffen kann, ausreichend sind. Es hat mehrere Gründe. Einerseits ist der Widerstand aus dem Quartier sehr gross, andererseits gibt es auch eine gewisse Priorisierung vorzunehmen. Mit der Mauer, die dort geplant ist, wird nämlich massiv in den öffentlichen Aufenthaltsraum eingegriffen. Wir sind der Meinung, dass das hier höher zu gewichten ist, vor allem auch vor dem Hintergrund, dass die Ereignisse, mit denen man jetzt rechnet, das sind sogenannte Jahrhundertereignisse. Das sind auch die Naturereignisse, die man nicht abschätzen kann, wie gross sie sind, in welchem Umfang, dass sie passieren. Und die Stadt ist in einer Risikoanalyse sicher, dass im Altenbergbereich nicht sofortige Gefahr für Menschenleben besteht. Also es werden, wenn schon, Schäden an den Gebäuden entstehen und man kann leider nicht alle Schäden an Gebäuden verhindern. Man kann sich nicht vor jedem Hochwasser schützen. Deshalb bitten wir Sie auch, diesen Antrag anzunehmen. Mit diesem Antrag lassen sich nämlich auch massiv Kosten sparen. Wir reden hier über ein Projekt, das fast 150 Millionen kostet. Wir wissen noch nicht einmal genau, wie viel davon vom Kanton und wie viel von der Stadt getragen werden muss und darum bitten wir euch, da auch ein bisschen im Sinne von einem verantwortungsbewussten Umgang mit unseren Staatsfinanzen dem Antrag zuzustimmen. Merci.

Präsident: Merci vielmals, Lionel. Dann käme Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Das Unwetter von 1999, das Jahrhundertunwetter, hat die Matte Bern massiv Unterwasser gesetzt. Die Personen waren gefährdet, Häuser waren bis zum zweiten Stock im Wasser und die Blaulichtorganisationen waren überfordert. Die Armee ist zum Einsatz gekommen und man hat, so gut es ging, sicher einmal Personenrettungen gemacht und in einer zweiten Phase nachher auch geschaut, dass man das Wasser aus den Gassen dieser Matte herausbringen kann. Die Schäden, die im Jahr 1999 entstanden sind, sind Millionen hoch gewesen. Man hat in den Zeitungen gelesen, dass die Behörden bezüglich Wasserschutz in den letzten Jahren nichts gemacht haben. Seit 1999 sind wieder ein paar Jahre vergangen und wir sind immer noch am gleichen Fleck. Als aktiver Oberstleutnant vom kantonalen Verbindungsstab vom Kanton Bern und von der Katastrophenhilfe vom Kanton Bern, der durch die Armee die zivilen Behörden unterstützt, muss ich sagen, dass es das Beste ist, was passieren kann, wenn man bei diesem Dossier alles zusammen annimmt. Das ist nicht ein Dossier, dass von irgendjemandem gemacht worden ist. Ich möchte hier auch Barbara Nyffeler danken. Sie hat das sehr gut übergebracht und es wäre wahrscheinlich eine Dummheit, wenn wir jetzt hier eine Handbremse ziehen würden. Vorbeugen ist besser als heilen, und ich denke, dass man hier mehr Geld spart, wenn man jetzt diese Massnahmen in die Hand nimmt und zugunsten von unserer Bevölkerung, die in dieser Matte wohnt, Sicherheit und Transparenz schafft. Besten Dank!

Präsident: Merci Thomas. Dann käme Tanja Miljanovic.

Tanja Miljanovic (GFL), Einzelvotum: Ein Grund, warum die Verwaltung und der Gemeinderat hier für die Ablehnung unseres Antrags wirbt, was ich grundsätzlich schon

einmal demokratie-politisch sehr fragwürdig finde, ist die Verzögerung des Projekts. Das ist ein legitimes Argument, obwohl eigentlich nach einem Jahrhunderthochwasser, wie wir es gerade hatten, der Zeitaspekt doch vielleicht auch ein Fragezeichen erlaubt. Der andere Grund ist, dass man sagt, ja, finanziell spielt es eigentlich gar keine Rolle. Also die Aufbereitung einer nackten Betonmauer zu einer schönen, ästhetischen Betonmauer kommt am Schluss gleich teuer wie Sandstein. Eine nackte Betonmauer kostet 1000 Franken pro Meter. Ein Sandstein kostet 3'100 Franken pro Meter. Also ich würde jetzt sehr gerne von der Verwaltung oder eben von der Frau Gemeinderätin einfach noch für das Protokoll hier in dieser langen Debatte hören, dass die Aufbereitung einer Betonmauer in der Stadt Bern zweimal so viel kostet wie die Betonmauer selbst. Danke vielmals.

Präsident: Dann käme als nächstes Johannes Wartenweiler.

Johannes Wartenweiler (SP), Einzelvotum: Wir haben ja jetzt hier die Diskussion über ein Projekt, das sehr lange gelaufen ist. Es gibt ein gewisses Malaise, da man das Gefühl hat, man sei ein bisschen vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Das mit dieser Beton-Sandsteinmauer, das ist vermutlich ein Detail des Projekts. Aber vielleicht wäre es ja hilfreich, wenn man bei Projekten, die solche Fristen haben, halt regelmässig die Kommission über die Schritte informieren würde, damit man dann irgendwie etwas dazu sagen kann und nicht erst dann, wenn das ganze Projekt schon auf dem Schlitten ist und man sich eigentlich nur mit einer Gesamtablehnung noch dagegen wehren könnte, was angesichts der ökonomischen Ressourcen, die man in ein Projekt gesteckt hat, ja komplett idiotisch wäre, entschuldigt das Wort.

Präsident: Als nächstes Timur Akçasayar.

Timur Akçasayar (SP), Einzelvotum: Ja, man kann dafür sein oder dagegen. Ich finde es ein bisschen erstaunlich, was ich heute hier hören durfte. Also das Misstrauen gegen unsere Fachleute ist also schon erstaunlich und ich frage mich wirklich, was euch reizt? Nur weil ihr irgendeinen Experten gefunden habt, der eine andere Meinung hat? Wir haben etliche Ingenieure, die an diesen Projekten jahrelang arbeiten und entsprechende Berechnungen machen und nachher kommt ihr mit so etwas. Es ist also unglaublich, die selbsternannten Expertisen hier.

Präsident: Tanja, du hast schon zweimal geredet. Gibt es weitere Fraktionsvoten bzw. Einzelvoten? Entschuldigung. Du darfst noch reden, Francesca Chukwunyere.

Francesca Chukwunyere (GFL), Einzelvotum: Wir haben nicht irgendeinen Experten gefunden. Ist egal. Wir haben nicht irgendeinen Experten gefunden erstens und zweitens ist es auch kein Antrag, der alles über den Haufen werfen würde. Wir wären ja sonst für das ganze Projekt. Es geht lediglich um eine Materialfrage und an dieser versucht man uns jetzt aufzuhängen und das ist einfach unlauter. Danke.

Präsident: Als nächstes kommt Barbara Nyffeler.

Barbara Nyffeler (SP), Einzelvotum: Ich möchte noch ans Votum vom Lionel Gaudy anknüpfen, der sagt, das Quartier will es nicht. Ich habe schon im Kommissionsvotum gesagt, ob 28 Einsprachen in diesem grossen Perimeter viel sind, reden die für das ganze doch recht grosse Quartier oder kann man im Umkehrschluss sagen, dass nach

diesen vielen Bereinerungsrunden, die wir mit den Betroffenen geführt haben, dass wohl anscheinend eine Mehrheit doch einverstanden mit dem Projekt ist und irgendwie kommt doch auch ein bisschen der Geschmack auf: sie sind eigentlich gegen die Schutzmassnahmen. Am Schluss ist es auch eine Aufwertung des Altenberg-Raums. Es ist eine Zugänglichkeit, man kann sich dort nachher auf die Mauern setzen und vielleicht will man auch ein bisschen weniger. Das ist jetzt aber einfach ein Verdacht von mir. Vielleicht will man einfach auch ein bisschen mehr unter sich bleiben, und wenn man auf alle, sagen wir Hauptbetroffenen, Rücksicht nimmt, dann muss ich sagen, dann hätten wir kein Tram nach Bümpliz und nach Bethlehem hinaus und wir hätten auch keine Volksschule Bremgarten.

Präsident: Als nächstes käme Ursula Stöckli.

Ursula Stöckli (FDP), Einzelvotum: Ich habe in meinem Hauptvotum und Fraktionsvotum eigentlich noch vergessen zu sagen, dass die GFL nebst der ökologischen Fragwürdigkeit einer Betonmauer gegenüber der Sandsteinmauer, hier so tut, als wäre das erste Gutachten, in eurer Antragsbegründung schreibt ihr es ja selbst, ein erstes Gutachten von dieser Kommission, die ihr immer zitiert, von der eidgenössischen Kommission. Das ist ein erstes Gutachten, welches uralt ist und später schreibt ihr selbst so: «in einer späteren Stellungnahme rückten sie zwar von diesen Muss-Vorgaben ab». Und Sie stellen das hier so dar, als wäre die eidgenössische Kommission absolut immer noch für die Betonmauer und das stimmt schlicht und einfach nicht. Ich bitte Sie wirklich, diesen Antrag abzulehnen.

Präsident: Als nächst käme Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GLP), Einzelvotum: Ich sage nur etwas kurz, einerseits zu diesem Antrag und andererseits auch generell noch zu unserer Haltung. Was ich ein bisschen bedenklich finde, jetzt an dieser Diskussion, ist: Wir haben jetzt die speziell fachliche Frage, ob jetzt das Einsparpotenzial besteht oder nicht, wenn man jetzt das Material verändert an dieser Mauer in der Matte, so eigentlich in der Kommission, in der PVS, nicht geführt und das sind jetzt wie neue Erkenntnisse, die damals nicht so diskutiert wurden und entsprechend finde ich es auch ein bisschen schwierig, sich jetzt da eine Meinung zu bilden. Nichtsdestotrotz haben wir in der Fraktion auch kritisch über das Gesamtpaket diskutiert, von dem Uferschutz, aber wir stehen hinter dem ganzen Massnahmenpaket, so wie es jetzt ist, also auch mit dem Altenberg und so. Und man muss auch sehen, wenn jetzt die Stadt das nicht macht oder wenn man es jetzt zurückweist oder so, dass der Kanton kommen könnte und wir nachher potenziell sogar ein teureres Projekt schultern müssten, welches die Stadt nachher genau gleich finanzieren müsste und entsprechend ist da unser Handlungsspielraum nicht sehr gross und ich bitte euch, auch die Anträge abzulehnen und dem Geschäft zuzustimmen.

Präsident: Danke vielmals. Wir haben einen Ordnungsantrag von Barbara Keller.

Barbara Keller (SP), Einzelvotum: Ich glaube, wir haben jetzt relativ lange, ausführlich und emotional über dieses Thema diskutiert und ich würde beantragen, dass wir hier die Redner*innenliste für heute Abend schliessen.

Präsident: Wir stimmen ab.

Abstimmung

2000.GR.000398: Ordnungsantrag Keller, Schliessung Liste Voten

Annahme

Ja	59
Nein	5
Enthalten	0

Namensliste 017

Präsident: Der Ordnungsantrag ist angenommen worden. Die Rednerliste, die gestanden ist, ist wie folgt: Lionel Gaudy, Erich Hess und Nora Krummen haben nach wie vor ein Einzelvotum angemeldet.

Lionel Gaudy (Mitte), Einzelvotum: Ich erlaube mir noch eine kurze Replik auf das, was Barbara gesagt hat. Ich gehe da nicht einig mit dir, 28 Einsprachen in dem Quartier, welches nicht so gross ist, wie du vielleicht das Gefühl hast, sind doch sehr viele Einsprachen. Was ich noch wichtig finde, ist, dass ich nicht gesagt habe, dass das Quartier dagegen ist. Ich habe gesagt, es gibt grossen Widerstand aus dem Quartier und wenn 28 Menschen oder 28 Parteien Einsprachen erheben, sind das ja nur die, die einspracheberechtigt sind, heisst das, dass praktisch alle oder eben ein Grossteil von den betroffenen Personen und Parteien, die Einsprache erheben hätten können, haben auch Einsprache erhoben. Was auch noch wichtig ist, dass im Altenberg die einspracheberechtigten Parteien ja zeitgleich auch die sind, die von einem allfälligen Hochwasser betroffen sind und das Altenbergquartier geht noch relativ weit den Hang hinauf und all die, ja ich würde einmal sagen etwa 5 Meter oberhalb vom Aareufer, sind nicht mehr direkt von den Hochwasserschutzmassnahmen und auch nicht von einem Hochwasser betroffen. Also würde ich auch sagen, im Bezug jetzt auf das Hochwasserschutzprojekt sind die vielleicht auch ein bisschen weniger wichtig und genau darum sind 28 Einsprachen sehr viel und das zeigt, dass der Widerstand wirklich auch von den betroffenen Parteien kommt und deshalb finde ich, muss man ihnen nicht etwas aufdrücken und sie vor etwas schützen, von dem sie gar nicht geschützt werden wollen. Merci.

Präsident: Als nächstes kommt Erich Hess.

Erich Hess (SVP), Einzelvotum: Ich glaube, wir müssen nicht Ingenieur sein, um zu wissen, dass Sandstein viel weniger stabil ist als Beton. Der Sandstein ist viel pflege- und unterhaltsintensiver als Beton, vor allem eben gerade bei Mauern, durch die Wasser läuft. Darum begreife ich eigentlich den Streit, den ihr hier drin führt, überhaupt gar nicht. Die logische Konsequenz daraus ergibt, dass wir mit Beton bauen müssen, weil er viel langlebiger und erst noch günstiger ist. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Als nächstes Nora Krummen.

Nora Krummen (SP), Einzelvotum: Ich möchte trotzdem einfach auch noch etwas sagen als Person, die im Altenberg aufgewachsen ist und deren Eltern immer noch im Altenberg leben. Es gibt deutlich mehr als 28 Leute, die in dem Perimeter leben, die hätten Einsprache machen können. Ein grosser Teil vom Quartier steht hinter diesen Hochwasserschutzmassnahmen und ich kann Barbara Nyffeler insofern recht geben, dass es sehr wohl ein grosser Anteil bei den Einsprechenden hat, die vor allem Angst haben, dass ihre vermeintliche Insel, die ja nur so halb zur Stadt gehört, jetzt etwas

belebter wird und eigentlich einfach etwas gegen das haben. Insofern: die Hochwasserschutzmassnahmen im Altenberg sind sehr wohl nötig.

Präsident: Merci vielmals, dann hat noch für den Gemeinderat Marieke Kruit das Wort.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Danke für doch die sehr lebendige Diskussion und die doch auch mehrheitlich positive Aufnahme. Danken möchte ich auch Barbara Nyffeler für das gute Vorstellen des Projektes. Die Aare und Bern, das gehört einfach zusammen. Die Aare ist ein Teil der städtischen Lebensqualität. Wir alle wissen aber, die Aare kann auch ganz anders. 1999 und 2005 hat es wegen dem Hochwasser wirklich beträchtliche Schäden gegeben. Es ist auch schon erwähnt worden. Seither hat sich der Hochwasserschutz zwar verbessert, aber trotz diesen Verbesserungen haben wir 2021 noch einmal bibbern müssen, ob die bestehenden Schutzmassnahmen dann wirklich auch reichen. Wir alle wissen, dass es zum Glück gereicht hat. Entscheidend war, dass das Wasser mit längerem Vorlauf angestiegen ist und so die Feuerwehr die mobilen Schutzmassnahmen rechtzeitig aufbauen konnte. Ja, die Arbeit von Schutz und Rettung, die ist zentral für den Hochwasserschutz und auch wenn Schutz und Rettung wirklich einen super Job macht, ist klar: genügend Sicherheit und Verlässlichkeit bringen wir nur mit baulichen Massnahmen, wie sie jetzt geplant sind, in Kombination mit mobilen Elementen. Ja, ein guter Hochwasserschutz in Bern ist auch mit Blick auf den Klimawandel zentral. Klimaforscherinnen und Klimaforscher warnen stark und Extremwetterereignisse werden häufiger und stärker. Auch darum brauchen wir einen verlässlichen Hochwasserschutz. Und den gibt es wirklich nur – ich kann es noch einmal wiederholen – mit baulichen Massnahmen in Kombination mit mobilen Elementen. Ja, Hochwasserschutz ist eine klassische öffentliche Aufgabe. Es braucht ein gemeinsames Vorgehen. Diese wichtige Funktion ist aber wirklich auch kein Freipass, einfach ein X-beliebiges Projekt zu realisieren. Hochwasserschutz wollen wir nicht mit der Brechstange durchsetzen, diese Eingriffe müssen möglichst minimiert und stadtverträglich gestaltet werden. Andere wichtige Anliegen wie Aufenthaltsqualität und Wohnqualität sind dabei natürlich auch eine ganz entscheidende Richtschnur und natürlich auch der Denkmalschutz, der im Umfeld der UNESCO-geschützten Altstadt einen wichtigen Stellenwert einnimmt. Wir haben das Projekt laufend angepasst, wir haben es verbessert, haben Kompromisse gesucht und teils auch gefunden und wirklich sehr viele Gespräche mit Leuten aus den betroffenen Quartieren geführt und über die geplanten Massnahmen informiert und auch diskutiert. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass wir ein gut austariertes Projekt haben, das vielen Ansprüchen gerecht wird und eben auch, und das ist ganz wichtig, bewilligungsfähig ist. Und ich bitte Sie dann auch, diesem Kredit zuhanden des Stimmvolks zuzustimmen. Jetzt noch zu den Anträgen, kurz ein paar Worte. Ich beginne gleich mit den Rückweisungsanträgen der SVP, wir haben das nochmals intern und extern geprüft, jetzt auch aufgrund ihres Antrags. Bei der Aarstrasse handelt es sich um eine Quartiersammelstrasse. Bei solchen Strassen können die Baukosten bis zu 80 Prozent auf die interessierten Grundeigentümer überwältigt werden. Geleistete Strassenbeiträge können zurückgefordert werden, wenn der besondere Vorteil, der die Beitragspflicht begründet hat, nachträglich weggefallen ist, allerdings nur, wenn seit der Rechtskraft der Verfügung nicht mehr als 10 Jahre vergangen sind, und das ist hier klar nicht der Fall. Es ist vielmehr als 10 Jahre. Also es sind mehr als 10 Jahre verflossen, das haben wir wirklich geprüft. Zudem ist die Umgestaltung der Aarstrasse baubewilligt, während dem Verfahren sind keine Einsprachen von betroffenen Grundeigentümerschaften eingereicht worden. So viel zum Rückweisungsantrag. Dann zum Rückweisungsantrag 2 von der SVP: für die Projektumgestaltung Aarstrasse

liegt bereits ein rechtsgültiger Bauentscheid des Regierungsstatthalteramtes vor. Das bedeutet, die inhaltliche Prüfung der Planunterlagen ist bereits in dem Verfahren erfolgt und es ist natürlich so, dass wir all die Instanzen, die sie da erwähnen, einbezogen haben, besonders natürlich auch die Blaulichtorganisationen. Ich bitte Sie deshalb, auch die beiden Rückweisungsanträge abzulehnen. Ja, dann komme ich zum Antrag der Mitte: ja, es geht hier eben nicht nur um Liegenschaften, Lionel, sondern es geht hier auch um Menschen. Die Liegenschaften im Altenberg werden hauptsächlich über den Aargauerstalden erschlossen. Die Zugänglichkeit all dieser Liegenschaften muss jederzeit gewährleistet sein. An der Altenbergstrasse befindet sich das Wohn- und Pflegeheim Altenberg, das Schulhaus Altenberg, ein Kindergarten und viele Wohnhäuser. Es geht hier um Menschen und wir müssen wirklich auch schauen, dass wir rechtzeitig eben vor Ort sind, weil, wenn einmal vorne überschwemmt ist, kommen wir einfach nicht mehr bis zu diesem Altersheim. Also das wäre wirklich fahrlässig, wenn wir hier jetzt einfach sagen würden, es reicht, wie es ist, das können wir nicht so machen. Dann zu dem Antrag von der FDP zu den KiöR-Einlagen, das ist vom Stadtrat beschlossen, das ist das KiöR-Reglement und wenn ihr das anpassen wollt, dann könnt ihr das natürlich machen, wie man es bewirtschaften will und auch, wo man die Entnahme nehmen will. Aber das kann nicht der Gemeinderat machen, das müsst ihr selbst machen und es ist halt schon so, Ursula Stöckli, wir sind einfach immer noch Tiefbau und nicht Hochbau. Von dem her, ja ist das nicht möglich. Wir bitten Sie deshalb, auch diese Anträge abzulehnen. Dann kommen wir noch zum sehr vieldiskutierten Antrag der GFL/EVP. Mit diesem Hochwasserschutzprojekt liegt ein bewilligungsfähiges Projekt vor, das aus einem qualifizierten Verfahren hervorgegangen ist. Es wurde von allen zuständigen Fachleuten von Bund und Kanton, von der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission und der Eidgenössischen Kommission für Denkmalpflege geprüft und für gut befunden. Entsprechend ist auch mit namhaften Subventionen zu rechnen. Ich verstehe gut, dass der Punkt zu reden gibt, denn auch bei der Erarbeitung des Projekts hat die Frage Sandstein oder Beton viel zu reden gegeben. Geprüft worden ist die Verwendung von Standard-Beton, aufgewertetem Beton und massivem Sandstein. Die gewählte Lösung hat dann schlussendlich breite Zustimmung gefunden, auch von der städtischen Denkmalpflege. Wenn Sie jetzt auf den Entscheid zurückkommen wollen, ist wirklich – muss ich sagen – erstens die Bewilligungsfähigkeit infrage gestellt, aber auch die ganze Konzeption. Wir müssten wirklich Anpassungen machen, vor allem auch im Bereich Matte. Und es ist wirklich auch nicht ganz auszuschliessen, dass die Projektänderung wieder aufgelegt werden müsste, und wir müssen dann das abgeänderte Projekt wieder den eidgenössischen Kommissionen zur Beurteilung vorlegen. Ja, kurz und gut, es würde eine Verzögerung geben und wir müssten auch die Kosten neu berechnen, sprich die Vorlage eigentlich zurückziehen und überarbeiten und das hat natürlich dann auch wieder Kosten zur Folge. Also die Einsparung wäre nicht so gross, wie ihr jetzt vermutet und vielleicht einfach auch noch ganz kurz zu der Materialisierung. Die Kosten für einen differenziert gestalteten Beton bzw. die differenziert gestaltete Betonmauer, also aus Gründen des Ortsbildschutzes mit spezieller Geometrie eingefärbt mit spezifischer Oberflächenstruktur, liegt sicher nicht weit unter dem Preis von der Sandsteinmauer. Das ist mir noch einmal von den Fachleuten so bestätigt worden und darum bitte ich Sie, auch den Antrag abzulehnen. Genau, dann gibt es den Antrag zur Abstimmungsbotschaft. Dem können wir gut so zustimmen. Danke fürs Zuhören.

Präsident: Merci vielmals Marieke. Auch von mir herzlichen Dank für die angeregte Diskussion. Bevor wir in den Abstimmungsreigen einsteigen, Ursula, damit ich dich richtigen verstanden habe: Antrag 5 ist gestrichen, ist das offiziell? Gut, merci. Dann

wären wir abstimmungsreif. Wir gehen in die Abstimmungen zu den Anträgen zu Traktandum Nummer 11: Wir fangen an mit dem Rückweisungsantrag 1 von der SVP, wir stimmen ab. Zurückziehen? Gut, Antrag 1 ist zurückgezogen. Wir kommen zum Antrag Nummer 2 SVP, Rückweisungsantrag. Auch zurückgezogen. Gut so kommen wir schnell vorwärts. Wir kommen zum Antrag Nummer 3 von der SVP.

Antrag

1.	SVP	Rückweisung: Es sei die Vorlage an den Gemeinderat zurückzuweisen unter der Auflage, intern und extern rechtlich abzuklären, ob und allenfalls in welcher Höhe die Grundeigentümer, die beim Ausbau der Aarest- rasse z.T. namhafte Grundeigentümerbeiträge leisten mussten, eine Entschädigung für den nun nutzlosen Ausbau leisten mussten. Insbesondere ist dabei das Prozessrisiko der Stadt im Hinblick auf allfällige Rückforderungsprozesse der betroffenen Grundeigentümer abzuschätzen (Bestand und Höhe Forderungen).
2.	SVP	Rückweisung: Es sei die Vorlage an den Gemeinderat zurückzuweisen unter der Auflage, mit geeigneten zuständigen externen Instanzen des Kantons und des Bundes (insbesondere mit dem Verbindungsstab Kanton Bern- Armee und dem Kdo Rettungstruppen, Genie etc., abzuklären), ob der vorgesehene Rückbau der Aarestrasse eine effiziente Notfallhilfe der Armee mit schweren Genie-Mitteln (Entfernen Baumstämmen, Evakuierungen, Anlieferungen etc.) erschweren könnte.
3.	SVP	Auf den vorgesehenen Rückbau der Aarestrasse sei zu verzichten.
4.	Lionel Gaudy, Mitte; Janosch Weyermann, SVP	Auf das Projekt «Gebietsschutz Quartiere an der Aare» Teil Altenberg sowie Siedlungsentwässerungsmassnahmen Altenberg ist zu verzichten und der Kredit im entsprechenden Umfang zu kürzen.
5.	Ursula Stöckli, FDP	Der KiöR Betrag von 500'000 Franken ist zu streichen und darauf zu verzichten.
6.	Ursula Stöckli, FDP	Eventualantrag: Der KiöR Betrag von 500'000 Franken ist nicht für spätere Projekte in die Spezialkasse einzulegen. Der Betrag soll im Rahmen des vorliegenden Projekts für «Kunst im öffentlichen Raum» im Perimeter des Bauvorhabens eingesetzt werden.
7.	GFL/EVP	Der zu bewilligende Kredit für den Wasserbauplan wird 2 Mio CHF gekürzt. Dieser Betrag wird so eingespart, dass für die zu erstellenden Mauern statt massiven Sandsteinquadern bearbeiteter Beton verwendet wird. (Was ca. 2/3 der für diesen Posten veranschlagten Bau- summe entspricht).
8.	PVS	Abstimmungsbotschaft: Auf das Wort «nur» auf Seite 5 beim Abschnitt «Kredit von rund 148,9 Millionen Franken» ist zu verzichten. Kredit von rund 148,9 Millionen Franken (...) Weil mit grösseren Beiträgen von Bund und Kanton zu rechnen ist, werden die geplanten Massnahmen die Stadt Bern voraussichtlich nur zwischen 55 und 75 Millionen Franken kosten.

Abstimmungen

2000.GR.000398: Antrag 3 SVP

Ablehnung

Ja	6
Nein	66
Enthalten	1

Namensliste 018

Präsident: Der ist abgelehnt. Wir kommen zum Traktandum Nummer 4 von der Mitte und SVP.

2000.GR.000398: Antrag 4 Gaudy, Weyermann

Ablehnung

Ja	10
Nein	58
Enthalten	3

Namensliste 019

Präsident: Er ist abgelehnt. Traktandum Nummer 5 ist zurückgezogen. Dann kommen wir zum Traktandum Nummer 6 der FDP. Entschuldigung Antrag Nummer 6.

2000.GR.000398: Antrag 6 Stöckli

Ablehnung

Ja	17
Nein	55
Enthalten	1

Namensliste 020

Präsident: Der Antrag ist abgelehnt. Wir kommen zum Antrag Nummer 7 GFL/EVP.

2000.GR.000398: Antrag 7 GFL/EVP

Ablehnung

Ja	17
Nein	53
Enthalten	1

Namensliste 021

Präsident: Der ist abgelehnt. Wir kommen zu dem Antrag Nummer 8 PVS. Wir stimmen ab. Das ist ein Antrag zur Abstimmungsbotschaft.

2000.GR.000398: Antrag 8 PVS

Annahme

Ja	69
Nein	0
Enthalten	1

Namensliste 022

Präsident: Er ist angenommen worden. Wir kommen zu der Schlussabstimmung über das so bereinigte Geschäft. Wir stimmen ab.

2000.GR.000398: Schlussabstimmung		
Annahme		
Ja	58	
Nein	13	
Enthalten	2	Namensliste 023

Präsident: Dem Geschäft wurde zugestimmt. Wir stimmen noch über die Abstimmungsbotschaft ab.

2000.GR.000398: Botschaft		
Annahme		
Ja	72	
Nein	1	
Enthalten	0	Namensliste 024

Präsident: Die Abstimmungsbotschaft ist genehmigt. Wir kommen zum Traktandum Nummer 12.

2023.TVS.0130

12 Beschaffung eines neuen, kostengünstigeren Wartehallen-Typs; Nachkredit (Erhöhung Projektierungskredit)

Präsident: Es geht hier um den Nachkredit für die Beschaffung von einem neuen, kostengünstigeren Wartehallentyp. Ich übergebe hier das Wort für die PVS Timur Akçasayar, den noch jemand schnell anmelden müsste, bitte.

Timur Akçasayar (SP) für die PVS: Beim vorliegenden Geschäft handelt sich es um einen Nachkredit für die Beschaffung von einem neuen kostengünstigeren Wartehallentyp. Der Gemeinderat hat im Rahmen vom FIT-Programm einen Projektierungskredit bewilligt von 150'000 Franken und für die nächste Phase des Projektes für die Durchführung von einem qualitätssichernden Verfahren ist jetzt eine Erhöhung um 310'000 Franken notwendig. Das Geschäft hat in der Kommission einiges zu diskutieren gegeben. Wir haben das Geschäft kritisch betrachtet, viele Fragen an die zuständigen Stellen der TVS und der HSB gestellt und auch viel diskutiert. Schlussendlich empfiehlt euch die Kommission PVS mit 9 Ja, 1 Neinstimme und bei 1 Enthaltung, dem Nachkredit zuzustimmen. Zu den Anträgen, die vorliegen, werde ich mich noch später äussern. In der Stadt Bern ist die Tiefbaudirektion und nicht BERNMOBIL für die ÖV-Haltestellen beziehungsweise für die Haltestellenvariante verantwortlich. Sie alle kennen sicher unseren Wartehallentyp «Stadt Bern». Er ist auch im gemeinderätlichen Vortrag abgebildet. Dieser Typ prägt das Stadtbild seit 2002 und hat sich sehr bewährt. Er bietet hohen Komfort, ist offen und freundlich gestaltet und hat aufgrund des modularen Aufbaus einen kostenoptimierten Unterhalt, das heisst, bei Bedarf können einzelne Teile ersetzt werden. Das hat aber seinen Preis. Im Jahr 2022 hat der Wartehallentyp je nach Ausstattung und Länge zwischen 190'000 bis 270'000 Franken gekostet. Aufgrund der Teu-

erung sind mit Kosten von 240'000 bis 340'000 Franken zu rechnen. Das sind plus/minus 25 Prozent mehr und entspricht der Teuerung in der Baubranche. Bei den Kosten ist festzuhalten, dass darin alle Arbeiten durch Totalunternehmungen enthalten sind, das heisst, von der Planung, der Realisierung, vom Aufbau und Unterbau und was sonst noch dazugehört bis zur Qualitätssicherung.

Präsident: Ich bitte um ein bisschen mehr Ruhe. Ich verstehe Timur fast nicht mehr.

Timur Akçasayar (SP), setzt seinen Vortrag fort: Nebst den Kosten und der Teuerung ist sicher auch die bestehende Abhängigkeit unerfreulich, denn der Wartehallentyp «Stadt Bern» ist urheberrechtlich geschützt und unsere Möglichkeiten, den zu verändern, sind sehr eingeschränkt. Der aktuelle Rahmenvertrag, der ab 2002 gelaufen ist, ist 2016 ausgelaufen und ist um weitere 10 Jahre verlängert worden, bis Ende November 2026. Vorausgegangen ist eine öffentliche Ausschreibung, aber als Totalunternehmung (TU) hat sich nur der bisherige «Schütz+Schütz» beworben. Da keine Kosteneinsparungen möglich gewesen sind aufgrund der verschiedenen Umstände, hat eben der Gemeinderat reagiert für eine kostengünstigere Wartehalle. Denn der Bedarf in den kommenden 10 Jahren beläuft sich auf 55 neue Wartehallen. Einige sind für das Tram Ostermundigen-Bern vorgesehen und andere bestehende Wartehallen müssen ersetzt werden. Die angepeilten Kosteneinsparungen des Gemeinderates können, wie es aussieht, erfüllt werden, so dass eine neue Halle 160'000 bis 180'000 Franken kostet. Denn aktuell befinden wir uns in der Phase 1 vom qualitätssichernden Verfahren. Es hat eine öffentliche Ausschreibung gegeben und 18 Teams haben sich gemeldet und von denen sind 5 ausgewählt worden und die 5 ausgewählten Teams sind jetzt daran, Konzepte und Ideen zu entwickeln. Diesen Herbst sollten die Konzeptstudien vorliegen, und eine breit aufgestellte Jury wird ein Projekt auswählen. Und auch das haben wir uns ein bisschen genauer angeschaut, denn es besteht Gott sei Dank nicht nur aus Architekten und Denkmalpflegern. Es ist breit aufgestellt und es hat sogar auch Ingenieure dabei. Sobald das ausgewählt ist – und für das brauchen wir eben den Nachkredit –, fängt die Phase 2 an für eine detaillierte Erarbeitung in einem Workshop-Verfahren. Schlussendlich ist das endgültige Ziel nachher, einen kostengünstigeren Wartehallentyp zu präsentieren und auch ausschreiben zu können. In der Kommission haben wir sehr breit und offen über das Projekt diskutiert, insbesondere über die Kosten, aber auch über die Situation mit dem Urheberrecht und der Situation mit dem aktuellen Totalunternehmer «Schütz + Schütze». Leider können wir die Teuerung nicht beeinflussen und die aktuelle Situation mit «Schütz + Schütze» ist auch nicht einfach. Deshalb haben wir auch in der Kommission einer Rückweisung nicht zugestimmt und die Mehrheit war dagegen. Auch haben wir uns damit beschäftigt, welche Erkenntnisse gezogen wurden aus den Fehlern der Vergangenheit, damit sie nicht wieder passieren. Wir sind überzeugt, dass mit dem festgelegten Verfahren und den Abmachungen die Lehren gezogen sind. So wird zum Beispiel das Siegerteam nur 10 Wartehallen produzieren dürfen und nachher wird es ausgeschrieben an ein Totalunternehmen und es gibt kein Urheberrecht. Das liegt dann nachher bei der Stadt. Aber wir müssen dann auch bedenken, dass es gewisse Risiken gibt, denn das Mengengerüst muss dann noch attraktiv sein für die Unternehmen, denn ein zu kleines Volumen kann dazu führen, dass es dann niemanden interessiert, wie bei der Ausschreibung 2015. Ein weiteres Thema sind Eignungs- und Zuschlagskriterien gewesen für die Auswahl von den eingeladenen Teams, aber wir haben auch angeschaut, welche Kriterien zur Anwendung kommen bei der Beurteilung der Konzepte. Wir haben auch das Thema der PV-Anlage und der Dachbegrünung diskutiert, die den Teams als Option zur Prüfung vorgegeben sind, und unter

welchen Bedingungen es Sinn machen würde und wie weit die technischen Herausforderungen sind. Wie eingangs erwähnt, liegen 2 Anträge und ein Rückweisungsantrag vor. Beim Antrag 1 geht es um den Vogelschutz. Beim Kriterienkatalog von HSB ist der Vogelschutz natürlich dabei, es ist im Bereich Ökologie enthalten. Bei diesem Antrag geht es darum, dass bei diesem Wartehallentyp dem Vogelschutz besondere Beachtung geschenkt und dieser hoch gewichtet wird. Beim Antrag 2 geht es lediglich um eine Präzisierung zum Vortrag, die Beschlussziffer soll mit einer Referenzgrösse von 160'000 bis 180'000 Franken ergänzt werden, damit allen bewusst ist, in welchem Kostenrahmen das Ziel wäre. Wie ich vorhin kurz erwähnt habe, hatten wir die Rückweisung auch in der Kommission diskutiert und nicht akzeptiert und abgelehnt. Weiter haben wir in Absprache mit der Verwaltung vereinbart, dass die Ergebnisse dieser Konzeptstudie und die weiteren Schritte der PVS vorgestellt werden. So wird die Kommission weiterhin direkt informiert und bei Bedarf können wir dann noch darüber diskutieren. Denn wir denken, das ist nötig und wichtig, dass wir auch noch ein bisschen in den Prozess involviert sind, denn der neue Wartehallentyp wird vor allem für die nächsten Generationen sein, und auch das ganze Stadtbild vom UNESCO-Perimeter bis zu den Aussenquartieren stark prägen. Und wir hoffen natürlich auch, dass die neuen Wartehallentypen moderner ausgestattet sind und auch dem Klima angepasst sind. Im Namen der PVS bitte ich euch, die Rückweisung abzulehnen und den Anträgen oder dem Geschäft zuzustimmen Merci.

Präsident: Merci vielmals Timur. 7 Minuten 40, er hat gewünscht, dass ich das sage. Wir wären in dem Fall bei der Fraktionsvoten. Nora Joos für das GB/JA!.

Nora Joos (JA!) für die Fraktion: Die GB/JA!-Fraktion stimmt der Erhöhung des Projektierungskredites für die Beschaffung der neuen Wartehalle zu. Wir begrüssen es, dass anstatt mit «Schütz + Schütz Architekten AG» weitere Lösungen gesucht werden und 5 Teams die Möglichkeit bekommen, neue Varianten für die Wartehalle in der Stadt auszuarbeiten. Bei der Nominierung des neuen Wartehallentyps bitten wir die Jury, die Gewichtung der Eignungs- und Zuschlagskriterien öffentlich zu machen und die Kriterien, die die Nachhaltigkeit betreffen, hoch zu gewichten. Konkret heisst das, dass zum Beispiel der neue Wartehallentyp weiterhin ein Modulbau sein soll, sodass bei einem kleinen Defekt nicht die ganze Wartehalle ersetzt werden muss, sondern nur die betroffenen Teile. Dadurch spart die Stadt nicht nur wichtige Baustoffe, sondern es ist auch kostengünstiger. Neben dem Modulbau soll bei der Auswahl des neuen Wartehallentyps auch die Langlebigkeit stark gewichtet werden. Es darf nicht sein, dass die Wartehallen andauernd ersetzt werden müssen, weil man bei der Nominierung bei der Qualität einsparen wollte. Die GB/JA!-Fraktion beharrt zudem darauf, dass dort, wo es sinnvoll ist, die Wartehallen mit begrünten Dächern ausgestattet werden. Das ist zum Beispiel in Luzern bereits der Fall. Begrünte Dächer sind nicht nur für das Mikroklima wichtig, sondern auch für die Biodiversität. Jede noch so kleine naturnahe Fläche hilft der ökologischen Vernetzung und der Aufrechterhaltung der Artenvielfalt. Damit es aber nicht nur eine Alibibegrünung wird, bitten wir die Stadt, sich bei der Umsetzung an den Erkenntnissen von den begrünten Testdächern in Luzern zu orientieren. Das gleiche fordern wir auch bei Solaranlagen. Dort, wo es sinnvoll ist, sollen Dächer mit PV-Anlagen ausgestattet werden, weil jeder, auch wenn es sich um einen noch so kleinen Beitrag handelt, fossil-frei produzierte Strom hilft CO₂-Emissionen auf Netto Null herunzubringen. Betreffend der Anträge: die GB/JA!-Fraktion lehnt den Rückweisungsantrag

ab und stimmt den beiden anderen Anträgen zu. Uns ist bewusst, dass die vogelfreundlichkeit bereits im Kriterienkatalog enthalten ist und es sich um eine reine Wiederholung handelt. Merci.

Präsident: Danke Nora, dann käme als nächstes Ursula Stöckli für die FDP/Jungfreisinn-Fraktion.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion: Wieso stellen wir einen Rückweisungsantrag? Es ist nur eine Projektkrediterhöhung, dort fängt es eben schon an. Wir sind der Meinung, dass die heutigen Wartehäuschen erstens ästhetisch schön sind, zweitens den Zweck erfüllen und drittens, dass es doch einfach möglich sein muss, dass man sich mit dem Inhaber des Urheberrechts einigen kann. Es muss doch einfach möglich sein, mit diesen Leuten zu reden und irgendeine Lösung zu finden. Als Handelsrichterin finden wir auch meistens in 90 Prozent der Fälle Vergleiche und dann geht es halt ein paarmal hin und her, aber man muss sich eben ein bisschen fantasievoll um eine Lösung bemühen. Ich finde einfach, dass die heutigen Wartehäuschen okay und sehr schön und ästhetisch sind. Was ist, wenn wir ein neues machen, das wird wieder nicht passen zum heutigen, es wird ein Gemisch geben und ästhetisch finde ich das fragwürdig. Zu den Kosten: es fängt eben schon jetzt an, man muss den Projektkredit schon wieder erhöhen. Und es ist einfach so, dass die heutigen Wartehäuser, die sind absolut modular und darum ja ansprechend und sie sind den Benutzerinnen und Benutzern vertraut. Die Montage ist klar und alles inklusive Billettautomaten ist auf die heutigen Wartehäuser abgestimmt. Die neuen Wartehäuser sollen hochwertig und zugleich preiswert sein. Das wird in einer Gesamtkostenrechnung nicht standhalten, das prophezeie ich euch schon jetzt. Mit den neuen Konstruktionen, den Ausschreibungen und den Kinderkrankheitsphase werden die heutigen Kosten überschritten werden. Mit einem neuen Wartehallentypus wird es eben auch die Mischstrecken geben, wie ich vorhin schon gesagt habe, alt und neu. Das ist gar nicht schön. Und mit dem Erlangen dieses Urheberrechts, was definitiv wirklich möglich sein muss, kann man nachher Optimierungen und Kosteneinsparungen vornehmen. Mit dem Vorteil, dass für die Installation, das Aufstellen und den Betrieb dieser Wartehäuschen eben schon eine gewisse Routine vorhanden ist. Das vergünstigt auch den Betrieb. Ein neuer Wartehallentyp ist aus unserer Sicht ein Luxus. Deshalb bitten wir Sie, dieser Rückweisung zuzustimmen. Danke vielmals.

Präsident: Danke vielmals Ursula. Dann käme Barbara Nyffeler für die SP/JUSO-Fraktion.

Barbara Nyffeler (SP) für die Fraktion: Die «Stadt Bern»-Wartehallen sind funktional, machen etwas her und sind teuer und auch ein bisschen in die Jahre gekommen. Vor gut 20 Jahren ist die Lösung mit einem exklusiven Partner als Generalunternehmung, der für viele Jahre quasi eine Absatzgarantie bekommen hat, mit dem Urheberrecht, vermutlich sinnvoll gewesen. Aus heutiger Sicht und für die SP/JUSO-Fraktion geht eine dermassen lange vertragliche Bindung eigentlich nicht und ich schaue jetzt wirklich auch ein bisschen Richtung FDP, ihr seid ja eigentlich sonst auch immer für Wettbewerb und ausschreiben und schauen, was ist das beste Angebot. Da der Vertrag mit dem Partner im Jahr 2026 nun endlich ausläuft, muss die neue Ausschreibung rassic an die Hand genommen werden. Wir geben zu, es wird nicht ganz einfach sein, all die verschiedenen Anforderungen unter einen Hut zu bringen, Stichwort «Eierlegende Wollmilchsau» und eine gute und zugleich günstige Wartehalle zu bekommen, aber das

muss nachher der Markt zeigen. Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt die Erhöhung des Projektierungskredites und wir unterstützen die Anträge der PVS, werden aber die Rückweisung ablehnen.

Präsident: Ich sehe keine weiteren Fraktionsvoten. Gibt es Einzelvoten? Das scheint nicht der Fall zu sein, dann hätte das Wort Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Ich danke dem Referenten für die guten Ausführungen. Ich kann mich wirklich kurzhalten. Die Stadt Bern ist verpflichtet, an den Haltestellen vom öffentlichen Verkehr die notwendige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, dazu gehören natürlich auch die Wartehallen. Wie es der Referent schon ausgeführt hat, wird der aktuelle Wartehallentyp «Stadt Bern» seit 2004 vom gleichen Anbieter geplant und realisiert. Der laufende Rahmenvertrag endet aber im November 2026 und darum braucht es jetzt eine neue Ausschreibung. Der bisherige Wartehallentyp hat sich grundsätzlich bewährt, da bin ich nicht anderer Meinung als Ursula Stöckli. Er bietet einen guten Komfort, passt gut ins Stadtbild und in den öffentlichen Raum und ist auch bezüglich des Betriebes und Unterhalt grundsätzlich eine gute Lösung. Der Nachteil sind die Kosten. Natürlich ist es nicht gleich, was wir für Wartehallen in unserer Stadt haben. Sie sind mitprägend für unser Stadtbild und natürlich auch für den öffentlichen Raum. Dem Gemeinderat ist es deshalb wichtig, dass die neue Wartehalle qualitativ gut ist und den städtebaulichen Ansprüchen genügt. Das ist zentral. Dem Gemeinderat ist es aber auch wichtig, dass wir bei den Kosten runterkommen, eine nicht ganz einfache Aufgabe und deshalb will der Gemeinderat wirklich auch ein qualitätssicherndes Verfahren durchführen. Das Sparpotenzial ist doch beträchtlich. Die neuen Wartehallen sollen neu zwischen 160'000 und 180'000 Franken kosten. Wenn man bedenkt, dass eine Wartehalle im Jahr 2022 bis zu 270'000 Franken gekostet hat und mit der Teuerung wäre es jetzt dann in Zukunft wahrscheinlich sogar noch mehr, gibt es doch ein erhebliches Einsparungspotenzial. Das qualitätssichernde Verfahren ist öffentlich ausgeschrieben worden im Mai 2023, also dieses Jahr sind 5 Teams für die Weiterverarbeitung ausgewählt worden. Bis Ende dieses Jahres sollen konkrete Vorschläge vorliegen. Wir wollen jetzt vorwärts machen, sodass bei den neuen grossen ÖV-Infrastrukturprojekten – und da kommen ja einige – eben auch schon die neue Wartehalle zum Einsatz kommen kann. Der Gemeinderat bittet Sie, der Erhöhung des Projektierungskredits zuzustimmen. Zu den Anträgen: zuerst der der PVS zur Vogelfreundlichkeit. Dieser ist auch dem Gemeinderat ein wichtiges Anliegen. Deshalb wurde es bereits im Kriterienkatalog aufgenommen. Der Antrag zur Präzisierung der Kosten: Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen, auch den Antrag anzunehmen. Er schafft schon ein bisschen mehr Klarheit. Und jetzt noch zum Rückweisungsantrag: Fakt ist, wie schon gesagt, dass der bestehende Rahmenvertrag Ende November 2026 ausläuft. Das Tiefbauamt ist davon überzeugt, dass es möglich ist, auch für weniger Geld eine ansprechende neue Wartehalle zu erhalten. Der Kostenrahmen, wie in Antrag 3 formuliert also zwischen 160'000 und 180'000 Franken, ist realistisch und ist auch von einem externen Bauingenieur noch einmal überprüft und bestätigt worden. Bereits in der Präqualifikation hat sich gezeigt, dass wir den Kostenrahmen einhalten können oder dass der eingehalten werden kann, immer vorausgesetzt natürlich, dass man nicht noch vielmehr Anforderungen und Wünsche einspeist, was jetzt nicht passiert ist mit den Anträgen. Dann einfach auch noch: Wir haben uns bemüht, Lösungen zu finden, wie Ursula Stöckli vorgeschlagen hat. Wir sind uns einfach dort nicht einig geworden und zu ergänzen ist sicher auch, dass es mit dem gewählten Ansatz möglich ist, innovative Lösungen für

den neuen Wartehallentyp zu entwickeln. Das wäre beim bestehenden Typ selbst dann nicht möglich, wenn das Urheberrecht erworben werden könnte.

Präsident: Danke vielmals, Marieke. Wir wären in dem Fall auch hier bereits bereit für die Abstimmungen. Wir stimmen zuerst über die entsprechenden Anträge ab. Wir fangen an mit dem Antrag Nummer 1 von der FDP/SVP – Rückweisungsantrag Nummer 1.

Anträge

1.	Ursula Stöckli, FDP; Janosch Weyermann, SVP	Rückweisung: Der Nachtrag Erhöhung des Projektierungskredits sei zurückzuweisen mit der Auflage, das Urheberrecht zu erlangen und auf der bestehenden Wartehallenbasis Kosteneinsparungen und Optimierungen vorzunehmen.
2.	PVS	Es ist sicherzustellen, dass der neue Wartehallen-Typ vogelfreundlich konzipiert und gebaut wird.
3.	PVS	Die Gesamtkosten für eine neue Wartehalle sollen zwischen Fr. 160'000 bis 180'000 liegen (Referenzgrösse).»

Abstimmungen

2023.TVS.0130: Antrag 1 Stöckli, Weyermann		
Ablehnung		
Ja	14	
Nein	55	
Enthalten	0	Namensliste 025

Präsident: Die Rückweisung ist abgelehnt. Wir kommen zum Antrag Nummer 2 von der PVS.

2023.TVS.0130: Antrag 2 PVS		
Annahme		
Ja	58	
Nein	11	
Enthalten	0	Namensliste 026

Präsident: Der Antrag ist angenommen worden. Wir kommen zum Antrag Nummer 3 der PVS.

2023.TVS.0130: Antrag 3 PVS		
Annahme		
Ja	68	
Nein	1	
Enthalten	0	Namensliste 027

Präsident: Der Antrag ist angenommen worden. Dann würden wir abstimmen über das Geschäft in der so bereinigten Form.

2023.TVS.0130: Bereinigte Vorlage

Annahme

Ja	57
Nein	11
Enthalten	1

Namensliste 028

Präsident: Und das ist pünktlich um 22.00 Uhr angenommen worden.

2021.SR.000099

16 Interfraktionelle Motion GB/JA!, GFL/EVP, SP/JUSO, AL/GaP/PdA (Eva Krattiger, JA!/Katharina Gallizzi, GB/Brigitte Hilty Haller, GFL/Timur Akcasayar, SP/Jemima Fischer, AL): Planung autofreier Bahnhofplatz jetzt an die Hand nehmen!

Präsident: Wir springen weiter, wir haben 13 bis 15 schon bereits behandelt und kämen jetzt wieder in die reduzierte Debatte beim Traktandum Nummer 16. Das ist eine interfraktionelle Motion. Der Gemeinderat hat Annahme empfohlen. Ich frage in die Runde: Ist sie bestritten? Sie ist bestritten. Dann hätte das Wort für die Einreichenden Katharina Gallizzi.

Katharina Gallizzi (GB) für die Einreichenden: Der Bahnhofplatz ist das eigentliche Eintrittstor zu Bern. Er müsste die Besuchenden, Pendelnden, aber auch Bewohnenden dieser Stadt willkommen heissen, was aber im Moment nicht so der Fall ist. Sobald man aus dem Bahnhof herauskommt, wird man von einer Lawine von Autos, Lieferwagen und Bussen empfangen und statt sich erst einmal orientieren zu können, muss man schauen, dass man unbehelligt auf die andere Strassenseite rüberkommt. Man muss nicht Jan Gehl heissen, um zu merken, dass die Verkehrssituation so wie sie sich im Moment präsentiert, noch viel Verbesserungspotenzial hat. Dieser Platz ist knapp und wird in Zukunft noch knapper werden, weil laut den Prognosen für den Bahnverkehr in Zukunft noch viel mehr Personen am Bahnhof Bern ein- und ausgehen werden. Das braucht Platz und sichere Verkehrswege. Wenn man den Platz nicht vergrössern kann, bleibt eigentlich nur eins übrig, nämlich die Nutzung umzudenken und hier kommt man unweigerlich auf die Lösung, dass der MIV wegmuss.

Präsident: Ich bitte ein bisschen um Ruhe, ich verstehe Katharina nicht mehr.

Katharina Gallizzi (GB), setzt den Vortrag fort: Beim MIV gibt es mehr geplanten Raum für Fussgehende, das Velo, den ÖV und die Umgebung des Bahnhofs könnte endlich wieder so etwas wie ein Platz sein, anstatt einfach eine unübersichtliche Verkehrsmaschine. Daneben wird die Lebensqualität verbessert, wie beim Bollwerk, wo zum Beispiel regelmässig Schadstoffwerte überschritten werden. Und wenn wir Glück hätten, gäbe es vielleicht sogar noch ein paar Pflanzen und entsiegelte Flächen. All diese Vorteile sind erkannt. Der Stadtrat hat sich bei der Behandlung des ZBB klar für einen autofreien Bahnhofsplatz ausgesprochen und auch in der Mitwirkung war eine Mehrheit der Parteien dafür. Zudem zeigt die von der Stadt in Auftrag gegebene Studie, dass ein autofreier Bahnhofplatz verkehrstechnisch machbar ist, und trotzdem kann die Planung nicht an die Hand genommen werden. Wie in der Motion ausgeführt, müssen sowohl

der Bund als auch die Regionalkonferenz dem Vorhaben zustimmen und das haben sie bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht gemacht. Das ist einigermassen absurd, wenn man bedenkt, dass der Bahnhof Bern beispielsweise von allen Bundesangestellten genutzt wird, die in Bern arbeiten, und der Kapazitätsausbau dem Bund direkt zugutekommt. Das Gleiche gilt auch für die Region, von einem ausgebauten ÖV-Knoten können alle profitieren. Zudem verstehe ich nicht, wieso der Gemeindepräsident einer Regionsgemeinde via RKBM die Verkehrspolitik der Stadt Bern blockieren kann und das gegen den Willen dieses Parlaments. Ich bitte Sie deshalb, diese Motion anzunehmen und damit dem Gemeinderat und der Verwaltung bei den Verhandlungen mit dem Bund und der RKBM zu stärken. Und so wird hoffentlich der autofreie Bahnhofplatz bald umgesetzt werden können.

Präsident: Merci vielmals. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Das wäre für die Fraktion FDP/Jungfreisinn Ursula Stöckli.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion: Die FDP/JF-Fraktion sagt ganz klar nein zu diesem Traktandum und zu dieser Motion. Wir haben dazumal beim ZBB Hand geboten für eine Reduzierung und auch mit der Prämisse, dass das eben dann wirklich eine Reduzierung gibt, aber keine völlige Sperrung für den MIV auf dem Bahnhofplatz. Und der Bahnhofplatz ist noch gar nie ein Platz gewesen in dieser Geschichte, der heisst nur so. Das heisst, man kann sich einfach nicht verlassen auf euch linke Seite, wenn wir Hand bieten für eine Reduktion, wenn wir Hand bieten für Einschränkungen im MIV, dann erwarten wir auch, dass man das einmal so realisiert und dann auch mal laufen lässt und nicht schon wieder das nächste Brikett auflegt. Also wir lehnen das ganz klar ab.

Präsident: Merci Ursula. Dann käme Maurice Lindgren für die GLP/JGLP-Fraktion.

Maurice Lindgren (GLP) für die Fraktion: Wie auch der Gemeinderat in seinen Unterlagen erwähnt, ist am 26. April 2018 der autofreie Bahnhofplatz schon mal ein Thema gewesen in dem Rat. Im Rahmen von einem Sachgeschäft zum neuen Bahnhof Bern ZBB hat der Rat einen Antrag überwiesen, der ein Konzept für einen autofreien Bahnhofplatz fordert. Die grünliberale Fraktion hat dem damals zugestimmt. Der heutige Bahnhofplatz ist komplett besetzt von Verkehrsträgern aller Art und es hat kaum etwas anderes Platz, was eigentlich schade ist. Dass hier der ÖV und viele andere nicht weichen können, versteht sich und das ist auch schon angetönt. Der Titel der Motion ist mit «autofrei» aber ein bisschen irreführend. Es geht eher um MIV-reduziert, weil ÖV, Blaulichtorganisationen, Taxi, Wirtschaftsverkehr, Zulieferer-Verkehr etc. immer noch auf dem Platz wären. Trotzdem sehen wir aber beim Auto insbesondere beim MIV schon ein gewisses Potenzial für eine weitere Reduktion im Sinn einer Verkehrsberuhigung. Erst dann könnte der Platz auch seine Qualitäten entfalten, wofür er eigentlich das Potenzial hat. Die Bedingung für uns ist aber, und damit wiederhole ich den Beitrag zur öffentlichen Mitwirkung, die schon geschehen ist, dass es nicht zu einer Umlagerung des Verkehrs in die Quartiere kommen darf, weil dort der Durchgangsverkehr noch viel weniger hingehört als auf dem Bahnhofplatz. Es ist aber allgemein bekannt, dass seit langem die Autofahrten in der Stadt Bern abnehmend sind, alle Jahre ein paar Prozent. Wir haben jetzt das Jahr 2023 und das Jahr 2018 ist bereits eine Weile her, das heisst, der MIV hat weiter ein Stück an Bedeutung verloren und auch dank der bewussten Qualitätssteigerung bei seiner Konkurrenz. Liest man den Vortrag des Gemeinderates,

sind die verkehrlichen Abhängigkeiten allerdings kompliziert auf dem Bahnhofplatz, gehen weit bis in die Region hinaus und der Prozess ist lang und vieles ist offen und irgendwie fühlt sich es nicht an, als wären wir heute schon viel weiter als 2018. Wir stecken immer noch ein bisschen in der Konzeptphase. Uns fehlen deshalb noch viele Antworten. Wie erwähnt gibt es auch die Absicherung, dass das Quartier nicht mehr belastet wird. Aber jetzt ist es ja so, dass diese Motion eine Richtlinienmotion ist und damit die Forderungen ein bisschen zu Prüfungsaufträgen verkommen und dem Gemeinderat bleibt viel Spielraum in der Umsetzung. Wir stimmen dieser Richtlinienmotion deshalb zu.

Präsident: Merci, Maurice. Dann käme Timur Akçasayar für die SP/JUSO-Fraktion.

Timur Akçasayar (SP) für die Fraktion: In der Vergangenheit, wie ihr ja wisst, ist die Ortsplanung sehr stark auf eine Mobilitätsform ausgerichtet gewesen, nämlich auf das Auto und seinen Flächenverbrauch und seiner ungehinderten Durchfahrt. So wurde auch geplant und gebaut. Damit aber eine Stadt attraktiv und lebenswert ist, muss sie sich auch weiterentwickeln und anders planen als in der Vergangenheit. Wir müssen auch auf die veränderte Mobilitätsform der Bevölkerung reagieren und die Nutzung des öffentlichen Raums, insbesondere des Strassenraums, bei Bedarf neu organisieren. Der zunehmende ÖV und Veloverkehr, die zusätzlichen Pendlerströme, der Wunsch, sich im öffentlichen Raum beim Bahnhof aufzuhalten und etwas zu machen, zwingen uns jetzt, für die zukünftigen Generationen zu planen und zu handeln. Wir anerkennen die bisherigen Bemühungen des Gemeinderates für einen autofreien Bahnhofplatz oder wie es Frau Gemeinderätin nüchterner und sachlicher nennt, einen autoarmer Bahnhofplatz. Wir meinen dasselbe, und als SP/JUSO-Fraktion werden wir die Massnahmen, durch die der Bahnhofplatz vom privaten MIV befreit wird, weiterhin unterstützen und wünschen uns ein bisschen mehr Tempo im übertragenen Sinn. Für uns ist klar, dass der öffentliche Verkehr, als Rückgrat der städtischen Mobilität, weiterhin den Bahnhofplatz durchfahren muss. Auch die Bedürfnisse vom Gewerbe mit dem Wirtschaftsverkehr müssen in irgendeiner Form berücksichtigt werden, und gemeinsam mit den Beteiligten angegangen und Lösungen gefunden werden. Die wenigsten mögen sich vielleicht noch daran erinnern hier drinnen, aber vor 30 Jahren ist der Bahnhofplatz ein Platz gewesen, der für die Menschen sehr unattraktiv gewesen ist, ausser er ist in einem Auto gewesen. Der Perimeter vom Hirschengraben bis zur Schützenmatte ist schlichtweg eine vierspurige Stadtautobahn gewesen, die vor einem Hauptbahnhof gewesen ist. Da der Anteil des MIVs stetig zurückgegangen ist, hat man den Strassenraum vor dem Bahnhof neugestalten können und die MIV-Spuren auf dem Bahnhofplatz sind auf die aktuellen 2 Spuren reduziert worden. Natürlich alles im Gespräch mit den Quartieren und Verbänden und den notwendigen flankierenden Massnahmen bei den angrenzenden Quartieren. Wie heute, haben auch damals die Ideologen und die bürgerlichen Politiker und Politikerinnen den Untergang der Stadt und ein Verkehrschaos in der Stadt Bern prophezeit, was sich bis heute nicht bewahrheitet hat und sich auch in Zukunft nicht bewahrheiten wird. Der Grundstein ist mit dem ZBB gelegt und jetzt geht es darum, mit der Regionalkonferenz, den beteiligten Verbänden, den angrenzenden Quartieren die Situation laufend zu beurteilen, das Verhalten der Bevölkerung und ihre Mobilitätsformen anzuschauen und weitere Schritte und mögliche Massnahmen zu planen, damit die Ziele, die wir im STEK 2016 festgelegt haben, in absehbarer Zeit umsetzen können. Merci.

Präsident: Danke Timur. Dann käme Erich Hess für die SVP-Fraktion.

Erich Hess (SVP) für die Fraktion: Ich bin jetzt seit 2005 mit kurzem Unterbruch in dem Gremium. Das Thema hat man schon oft diskutiert. Wie auch in dieser Zeit. Vorher hat man noch mehr Spuren gehabt und vorher hat man in beide Fahrrichtungen 2 Spuren zur Verfügung gehabt. Es wurde massiv eingeschränkt. Wie überall in dieser Stadt wird der Verkehr falsch geplant. Die Verkehrsplanung in der Stadt Bern macht schlechte Arbeit. Ich gehe davon aus, dass Erstklässler eine bessere Verkehrsplanung in der Stadt Bern hinbringen würden als der Verkehrsplaner hier in der Stadt Bern. Man sieht es an diversen Beispielen, die jetzt wieder neu verursacht worden sind, zum Beispiel bei der Insel, Ausfahrt Forsthaus, Richtung Stadt: in der Richtung der Insel sind Spuren zusammengestrichen worden. Es gibt tagein und tagaus nur noch Stau und dadurch werden die Leute mehr belästigt. Es gibt verschiedenste Einfallstrecken in der Stadt Bern, bei denen genau dasselbe gemacht wurde. Auf Strecken, bei denen es früher nie Stau gegeben hat, wird künstlich überall Stau gemacht. Es werden die Fussgänger gefährdet. Nehmen wir die Bundesgasse: dort laufen Tausende von Leuten über den Fussgängerstreifen. Man nimmt aber die Ampelanlage nicht in Betrieb, man lässt sie einfach blinken, das führt zu ganz gefährlichen Situationen dort. Der Verkehrsplaner setzt absichtlich wahrscheinlich dort das Leben von Fussgängerinnen und Fussgängern auf das Spiel, wenn er solche gefährlichen Situationen provoziert. Wenn sie Bahnhofsplätze ohne Verkehr wollen, müsste man theoretisch einen Entlastungstunnel bauen quer unter dem Bahnhofplatz durch. Das heisst, wir müssen dort die Reitschule abbrechen, dort könnte man die Tunneleinfahrt machen, könnte quer unter dem Bundesplatz durch, man könnte einmal auf der Höhe Bubenbergplatz oder ein bisschen später eine Ausfahrt machen für die, die in die Region wollen. Man könnte nachher das bis zur Autobahn unterirdisch ziehen. Das heisst, die Ausfahrt würde dann dort sein, wo momentan die illegalen Hütten vom Zaffaraya stehen, dort direkt auf dem Kreisel. Es würde hervorragend funktionieren quer durch die Stadt. Wir müssten einfach unterirdisch genug Ausfahrten haben. Neuenburg hat es vorgemacht, wie die Stadt vom Verkehr entlastet werden kann und trotzdem der Verkehr nicht blockiert wird. Wir wissen seit der Römerzeit, dass je bessere Verkehrswege wir für alle haben, desto besser funktioniert eine Wirtschaft. Aber ich weiss, die Mehrheit vom Rat ist gar nicht interessiert an einer gut funktionierenden Wirtschaft. Sie sind sich nicht gewohnt zu arbeiten.

Präsident: Erich, die 3 Minuten sind durch.

Erich Hess (SVP) setzt seinen Vortrag fort: Deshalb sehen sie auch die Notwendigkeit nicht ein, wieso der Verkehr funktionieren muss. Ich bitte Sie, diesen Vorstoss ganz klar abzulehnen. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Danke vielmals. Wir wären noch bei den Einzelvoten, Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP), Einzelvotum: Der rot-grüne Feldzug gegen den motorisierten Individualverkehr geht weiter. Seit Jahren wollt ihr den Bahnhofplatz autofrei machen, aber so einfach ist es eben nicht. Der Bahnhofplatz respektive die Strasse, die dort entlang geht, ist nicht einfach eine Strasse, wie die Sulgeneckstrasse, bei der man eine Spur aufhebt und nachher jeden Tag im Stau steht und mehr CO₂-Belastung hat, worüber sie sich dann gleichzeitig wieder aufregen oder vor der Insel, wie Erich vorhin gesagt hat. Die Bahnhofstrasse oder die Strasse über den Bahnhofplatz ist vielmehr, wie bei einem Körper, die Hauptschlagader. Wenn ihr die kappt, läuft nichts mehr in dieser Stadt. Man muss sich das einfach bewusst sein. Über die Strasse geht so viel

Verkehr, der wichtig ist für die Stadt. Es sind die Pendlerinnen und Pendler, die jeden Tag in der Stadt arbeiten. Es sind Lieferanten, die in die Stadt hineinwollen und wenn es euch stört, es hat eine super Unterführung durch den Bahnhof durch. Also ich gehe nie über die Strasse, um dort an der Ampel zu warten. Wenn ich mit dem Zug in die Stadt fahre, mit der S-Bahn, dann gehe ich durch diese Unterführung. Dafür ist sie da und dann kann der Verkehr oben durchfliessen. Es ist wieder einmal rot-grüne-Verbotspolitik. Man will alles aus dieser Stadt draussen haben, was irgendwie der Wirtschaft etwas bringt, aber ja, das checkt ihr glaube ich nicht.

Präsident: Ich sehe keine weiteren Fraktions- oder Einzelvoten. Dann hat das Wort Gemeinderätin Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Verkehrspolitik, die hört eben nicht an der Stadtgrenze auf und wir haben wirklich ein grosses Interesse daran, dass wir eben gut mit der Region zusammenarbeiten und gute Lösungen für die Stadt auch ausarbeiten können. Es ist so, auf dem Land und in der Stadt oder in der Region brauchen wir nicht immer alle die gleichen Rezepte, aber es ist wichtig, dass wir zusammenarbeiten und uns dessen auch bewusst sind. Die vorliegende Antwort des Gemeinderates gibt einen Überblick über die laufenden Planungsarbeiten, die mit dem Bahnhofplatz in Verbindung stehen. Der Stand ist natürlich ein bisschen veraltet, ist aus dem Oktober 2021. Ich sage gerne noch kurz etwas zu den aktuellen Projekten. Eben, der Bahnhofplatz ist Teil des regionalen Basisnetzes. Im November 2022 hat die federführende Regionalkonferenz Bern-Mittelland die Arbeiten an der Studie zur Überprüfung und Optimierung vom Basisnetz gestartet. Ergebnisse dieser Netz-Überprüfung werden voraussichtlich noch Ende von diesem Jahr vorliegen und die Resultate dieser Studie fliessen dann auch in das RGSK (Regionale Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept) 2025 und das AP (Agglomerationsprogramm) 5 ein. Ganz sicher setzen wir uns als Stadt eben auch dort für den autoarmen Bahnhofplatz ein. Dann noch kurz etwas zum Stadtraum Bahnhof: der Gemeinderat hat im November 2022 darüber informiert, dass eine Testplanung mit 3 interdisziplinär zusammengesetzten Teams durchgeführt wird. Die entwickeln gesamtheitliche und langfristige Visionen für den Stadtraum Bahnhof, die städtebaulich, gestalterisch und stadtklimatisch überzeugen, die Baukultur berücksichtigen und den Verkehr optimal organisieren, so wie gleichzeitig den Freiraum und die Aufenthaltsqualität verbessern. Also es läuft durchaus etwas auch beim Bahnhof.

Präsident: Danke vielmals, Marieke. Wir sind beschlussfähig. Wir stimmen über die Motion als Richtlinie ab.

Abstimmung

2021.SR.000099: als Richtlinie		
Annahme		
Ja	51	
Nein	13	
Enthalten	0	Namensliste 029

Präsident: Ihr habt ihr zugestimmt. Wir kommen zum Traktandum Nummer 17. Das ist eine Motion der GB/JA!-, GFL/EVP-, SP/JUSO-, GLP/JGLP-Fraktion.

2021.SR.000100**17 Interfraktionelle Motion GB/JAI, GFL/EVP, SP/JUSO, GLP/JGLP (Eva Krattiger, JAI/Katharina Gallizzi, GB/Brigitte Hilty Haller, GFL/Timur Akcasayar, SP/Michael Ruefer, GLP/Jemima Fischer, AL): Bollwerk: Boulevard statt Beton-Wüste**

Präsident: Der Gemeinderat hat Annahme empfohlen. Ist die bestritten? Sie ist bestritten. Dann hat das Wort für die Einreichenden Katharina Gallizzi.

Katharina Gallizzi (GB) für die Einreichenden: Das Bollwerk ist ein Unort, das ist wohl unbestritten. Als ich nach Bern gezogen bin, habe ich mich gefragt, wie man eigentlich vom Bahnhof in die Schütz kommt, weil das schmale Trottoir dort neben dem Bollwerk, das ist so mit Velos überstellt gewesen, dass ich davon überzeugt gewesen bin, dass es nur die SBB-Mitarbeiter machen dürfen. Wenn jemand dort entgegenkommt, muss man auf die Fahrbahn ausweichen, um überhaupt kreuzen zu können. Und wenn man mit einem Kinderwagen oder gar mit einem Rollstuhl unterwegs ist, hat man keine Chance, überhaupt durchzukommen. Auch stadtklimatisch ist das Bollwerk ein absoluter Graus. Die tiefe Schlucht heizt sich im Sommer auf, die Luftqualität ist schlecht und Bäume oder anderes Grün sucht man vergeblich. Zudem ist es für Velofahrende sehr gefährlich, das Bollwerk zu nutzen, was spätestens seit dem tragischen Unfall mit Todesfolge im Jahr 2020 allen klar sein müsste. Das Bollwerk wirkt wie eine unüberwindbare Barriere zwischen Bahnhof und Schützenmatte, anstatt einzuladen, schreckt es ab. Die Forderungen des Vorstosses haben seit seiner Einreichung nichts an Wichtigkeit eingebüsst. Das Bollwerk muss unbedingt umgestaltet werden, für den Fuss- und Veloverkehr sicherer gemacht werden, und ein paar Bäume würden die triste Atmosphäre enorm verbessern. Es ist einiges passiert seit der Einreichung. Im Stadtrat wurde der Kredit «Strassenraum Bollwerk-Bahnhof» verabschiedet. Er hat versprochen bzw. verspricht die Reduktion vom MIV auf eine Spur zu Gunsten von einem breiteren Velostreifen ab 2022. Das ist meines Wissens noch nicht umgesetzt. Zudem muss auch die Trottoir-Verbreiterung endlich an die Hand genommen werden. Wie der Gemeinderat in seiner Antwort schreibt, ist die Umgestaltung des Bollwerks nicht Teil der ZBBS. Wir können aber nicht bis 2034 warten, bis die unhaltbare Situation am Bollwerk endlich gelöst ist. Auch temporäre Lösungen können und müssen mitgedacht werden. Damit die ZBBS-Baustelle überhaupt funktionieren kann, wird der Verkehr über das Bollwerk massiv reduziert werden müssen und das muss unbedingt genutzt werden, um bei diesem Strassenabschnitt jetzt schon Verbesserungen umzusetzen. Ein weiteres leidiges Thema ist Tempo 30, dass es hier nicht vorwärts geht, liegt weder am politischen Willen noch an den mangelnden Ressourcen in der Verwaltung. Tempo 30 wird seit 2019 durch Einsprachen blockiert. Hier können wir als Stadtrat also nichts machen, aber vielleicht habe ich ja Glück und irgendwo da draussen im Äther hört jemand von den Einsprechenden zu. Wenn dem so ist, dann würde ich ihnen raten, nur ein einziges Mal zu Fuss oder mit dem Velo das Bollwerk zu passieren und das am besten an einem heissen Sommertag.

Präsident: Katharina, deine Zeit ist durch.

Katharina Gallizzi (GB) setzt ihren Vortrag fort: Ja, nur noch einen Satz. Vielleicht merkt man ja dann, wie unmöglich die Situation dort ist, wenn man nicht 2 Tonnen Stahl um sich herum hat und vielleicht ziehen sie ja dann endlich ihre Einsprachen zurück.

Wie gesagt, es gibt noch viel zu tun in diesem Abschnitt und deshalb möchte ich diese Motion überweisen.

Präsident: Merci vielmals. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Ich sehe keine Voten, wir wären bei der Einzelvoten. Auch hier sehe ich keinen Input. Dann hat das Schlusswort noch Frau Gemeinderätin Marieke Kruit.

Alexander Feuz hat sich noch angemeldet. Entschuldigung, dann nehmen wir dich noch ganz kurz rein.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Also wie gesagt, wir lehnen den Vorstoss klar ab. Man will wieder Tempo 30 einführen auf den Achsen. Wir haben jetzt auch gesehen, was vorne alles passieren soll. Einfach immer daran denken, wenn der Verkehr dann nicht mehr auf der Achse fliesst, dann geht er hinten durch, dann geht er irgendwo durch die Länggasse hindurch, dann geht er durch das Kirchenfeld hindurch. Das Bollwerk ist kein schöner Ort. Es ist mir klar, dass es eine Achse ist, eine Verkehrsachse im Raum des Bahnhofs zwischen mittelmässig schönen Verwaltungsgebäuden. Den Bahnhof aus den Siebzigerjahren finde ich persönlich auch nicht schön, aber es ist eine Achse, die dort durchgeht. Wir müssen das Quartier schützen, dort, wo die Leute leben, dort, wo Freiraum ist, aber jetzt müssen wir nicht Utopien machen und dort den Verkehr behindern. Darum lehnen wir es klar ab.

Präsident: Jetzt Frau Gemeinderätin Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Ja, merci vielmals. Kurz nach der Verabschiedung der vorliegenden Antwort hat ja der Stadtrat bereits einen Kredit von 800'000 Franken für die Realisierung von kurz- und mittelfristigen Verbesserungsmaßnahmen bewilligt. Aktuell sieht die Situation so aus: die Vorstudie zur Umgestaltung der Achse «Bahnhofplatz-Bollwerk» wird nach Abschluss der Testplanung «Stadtraum Bahnhof» weiterbearbeitet, sodass die Ergebnisse dann optimal in die konkrete Projektierung eingearbeitet werden können. Vielleicht kurz noch etwas zu den Sofortmassnahmen «Bahnhofplatz-Bollwerk» mit Aufhebung einer MIV-Spur zugunsten eines breiteren Velostreifens: die ist leider ein bisschen verzögert. Mit einer Umsetzung ist jetzt frühestens im Jahr 2024 zu rechnen. Die Umsetzung der Sofortmassnahme Trottoir-Verbreiterung «Bollwerk Seite Bahnhof» ist aufgrund der Bauweise, der eingeschränkten personellen und eben auch finanziellen Ressourcen und dann auch der hohen Anzahl der Projekte, leider im Moment auch noch on hold, aber es ist ganz klar, dass wir das angehen wollen.

Präsident: Danke vielmals. Dann würden wir auch hier zur Abstimmung schreiten. Wir stimmen über die Motion als Richtlinie ab.

Abstimmung

2021.SR.000100 als Richtlinie

Annahme

Ja	49
Nein	13
Enthalten	0

Namensliste 030

Präsident: Sie ist angenommen worden. Ich frage gleich noch schnell hier. Traktandum Nummer 18: ist das bestritten? Das ist bestritten, dann brechen wir in diesem Fall hier

ab. Dann wünsche ich auch noch einen schönen Abend. Wir sehen uns das nächste Mal nicht mehr in diesem Saal. Wir gehen zurück nach Ostermündigen und machen dann AFP. Wir wünschen allen einen schönen Abend, macht es gut. Das Büro darf auch gehen, wir brauchen euch nicht mehr. Einen schönen Abend zusammen.

Verschobene Geschäfte

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

18. Interfraktionelles Postulat GB/JA!, GFL/EVP, SP/JUSO (Eva Krattiger, JA!/Katharina Gallizzi, GB/Brigitte Hilty Haller, GFL/Timur Akçasayar, SP/Jemima Fischer, AL/Simone Machado, GaP): Schützenmatte: Trennwirkung zur Stadt reduzieren; Annahme und gleichzeitig Prüfungsbericht
19. Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP (Regula Bühlmann/Cristina Anliker-Mansour, GB/Patrizia Mordini, SP) - übernommen durch Ursina Anderegg (GB): Einbürgerungen sind kein Privileg!; Abschreibung Punkt 1/Begründungsbericht Punkt 3 und 4 2016.SR.000104
20. Motion Henri-Charles Beuchat (SVP): Jedem seine Strasse, Denkmalfut im Stadtrat; Ablehnung 2019.SR.000084
21. Motion Fraktion GB/JA! (Eva Krattiger, JA!/Franziska Grossenbacher, GB) - übernommen durch Katharina Gallizzi (GB): Zufussgehen fördern durch einen Masterplan Fussverkehr; Ablehnung / Annahme als Postulat und gleichzeitig Prüfungsbericht 2019.SR.000166
23. Interfraktionelle Motion Fraktionen GB/JA!, GFL/EVP, GLP/JGLP, SP/JUSO (Franziska Grossenbacher, GB/Claude Grosjean, GLP/Brigitte Hilty Haller, GFL/Michael Sutter, SP): Bypass nur mit echter Stadtreparatur; Annahme als Richtlinie 2019.SR.000308
24. Motion Fraktion GB/JA! (Lea Bill/Katharina Gallizzi, GB): Sichtbarkeit von Frauen im öffentlichen Raum erhöhen – gendergerechte und diversitätsbewusste Verkehrsschilder auch für Bern; Annahme als Richtlinie 2020.SR.000014
25. Interfraktionelle Motion FDP/JF, SVP, BDP/CVP (Bernhard Eicher, FDP/Tom Berger, JF/Hans Ulrich Gränicher/Alexander Feuz, SVP/Lionel Gaudy, BDP/Sibyl Eigenmann, CVP): Pilotprojekt Überdachung von Verkehrsflächen an die Hand nehmen; Ablehnung 2020.SR.000235
26. Motion Fraktion SP/JUSO (Esther Muntwyler/Peter Marbet, SP): Sichere Situation für Velofahrende und Fussgänger*innen auf der Schösslistrasse; Annahme als Richtlinie 2020.SR.000214
27. Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Ulrich Gränicher SVP): Brücken müssen verbinden und nicht trennen!; Ablehnung 2020.SR.000049

Eingänge

An der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

1. Partizipationsmotion: Kreditantrag für bedürfnisgerechte und zielgruppenspezifische Programme zur Förderung der Berufstätigkeit von Migrantinnen
2. Kleine Anfrage Fraktion FDP/JF (Simone Richner, FDP): Zahlungsfristen und Zahlungsmoral der Stadt Bern
3. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz): Bloomberg Seminar in New York - Teilnahme des Stadtpräsidenten und der Kader: Ist dieser Besuch im Lichte der Rechtsprechung des Bundesgerichts im Falle Pierre Maudet rechtlich problematisch?
4. Interpellation Fraktion GB/JA (Lea Bill, GB/Ursina Anderegg, GB/Anna Leissing, GB): Mietzinserhöhungen bei den städtischen Wohnungen
5. Dringliches interfraktionelles Postulat GB/JA, SP/JUSO, AL/PdA, GFL/EVP (Anna Leissing, GB/Nora Joos, JA!/Barbara Keller, SP/Sofia Fisch, JUSO/David Böhner, AL/Matteo Micelli, PdA/Tanja Miljanovic, GFL/Judith Schenk, GLP): Keine unterirdischen Asylunterkünfte!
6. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser/Niklaus Mürner): Stopp Wasser predigen und Wein trinken des Stadtpräsidenten und der Kader!
7. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser): Möblierung der Dalmazibrücke. Fand eine Mitbestimmung der Quartierorganisationen statt? Wurden deren Wünsche berücksichtigt?

Schluss der Sitzung: 22.26 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

für das Protokoll

X

X

Michael Hoekstra

Redaktion: Clara Rüsi